

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Trägt sicher. Auch durch Krisen.

GESAMT*METALL*

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

IMPRESSUM

Gesamtmittel | Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Voßstraße 16

10117 Berlin

Telefon: 030 55150-0

Telefax: 030 55150-400

E-Mail: info@gesamtmittel.de

www.gesamtmittel.de

www.facebook.com/MEAArbeitgeber

www.twitter.com/MEAArbeitgeber

www.instagram.com/MEAArbeitgeber

Redaktion:

Alexander Dennebaum

Gestaltung und Produktion:

IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Bildnachweise:

Titelbild: DEA/W. BUSS/Kontributor via Getty Images

Amin Akhtar (3, 4, 118, 119, 120), Christian Augustin (118, 119, 120, 121), BILD (104, 17.9.2021),

BDA / Marius Schwarz (120), BILD (106, 26.1.2022), Peter Bongard (97), Daimler AG (118), DIE ZEIT (107, 21.4.2022),

Ford-Werke GmbH (121), Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (104, 12.9.2021),

Frankfurter Allgemeine Zeitung (104, 11.3.2022), Funke Mediengruppe (105, 17.8.2021),

Gesamtmittel / M+E-Verbände (31, 47, 53, 59, 67, 75, 82, 83, 93, 99, 100, 103, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 123, 124),

Getty Images / art159 (104/105, 106/107), Getty Images / Leontura (31, 117), Christian Hahn (109),

Handelsblatt (106, 23.9.2021), Matthias Hornung (99), Imago images / IPON / Stefan Boness (99),

Imago Images / Schöning (68), iStock.com / Portra (17), IW Medien (17), Mercedes-Benz Group AG (119, 120, 121),

MetallRente / Michael Fahrig (52), Verena Müller / Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (97),

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (104, 11.3.2022), Neue Osnabrücker Zeitung (105, 25.3.2022),

NEUMAN & ESSER GROUP (121), Philip Nuernberger (72, 73, 74, 75), picture alliance / imageBROKER/Schoening (72),

Robert Recker (68, 69, 70, 71), Siemens AG (121), Maren Strehlau (108), Stuttgarter Zeitung (107, 27./28.11.2021),

SÜDWEST PRESSE (105, 4.6.2022), Tagesthemen (106, 5.5.2021), WirtschaftsWoche (104, 3.9.2021),

WirtschaftsWoche (107, 29.4.2022)

Druck:

Warlich Druck Meckenheim GmbH

Der Gesamtmittel-Geschäftsbericht 2021/2022 als E-Paper unter

www.gesamtmittel.de/geschaeftsbericht2022

© Gesamtmittel 2022

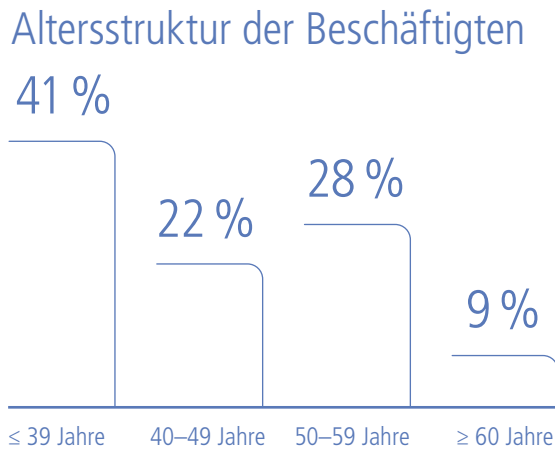
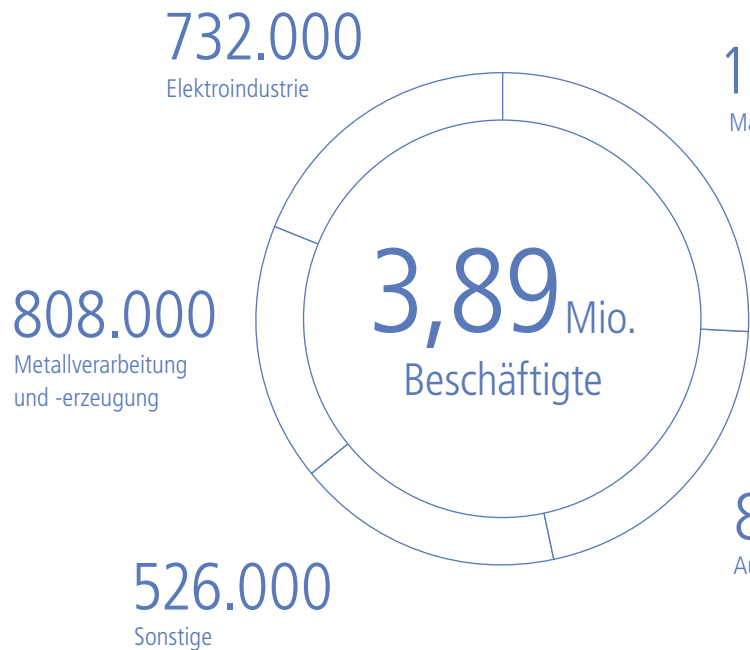
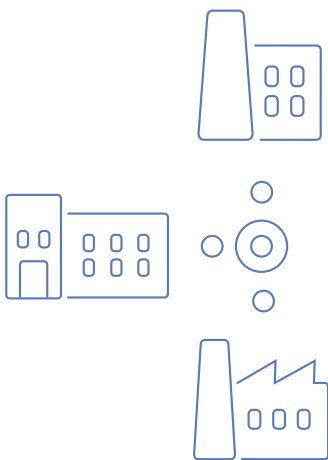
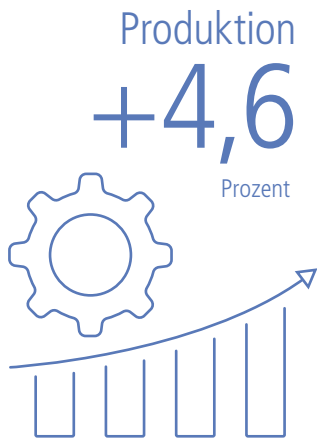
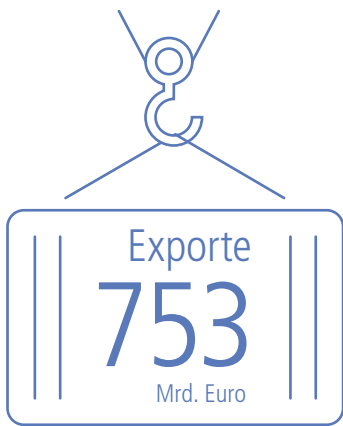
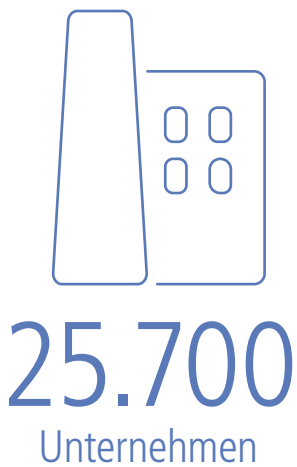
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet.

Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

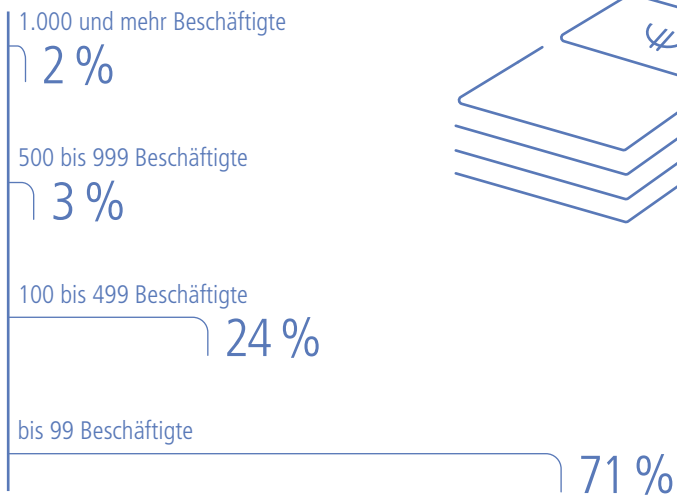
Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



METALL- UND ELEKTRO-INDUSTRIE IN ZAHLEN (2021)



Betriebsgrößen



Inhalt

Vorwort	3
Geleitwort	4
Spezial: Der Krieg in der Ukraine	6
Spezial: Die Corona-Pandemie	10
Volkswirtschaft und Statistik	26
Spezial: M+E-Strukturbericht 2021	32
Spezial: M+E-Statistiken	36
Tarifpolitik	40
Sozialpolitik	48
Arbeitswissenschaft und Arbeitspolitik	54
Recht	60
Mitgliederversammlung 2021	68
WELT Tarifforum 2022	
60. Geburtstag von Dr. Stefan Wolf / 80. Geburtstag von Martin Kannegiesser	72
Nachwuchssicherung und Berufsbildung	76
Spezial: Die Bildungsinitiativen von Gesamtmetall	84
Internationale Beziehungen	86
Kommunikation und Presse	94
Spezial: Gesamtmetall in den Medien	104
Spezial: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	108
Organisation und Gremien	114



Oliver Zander,
Hauptgeschäftsführer

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Soziale Marktwirtschaft trägt sicher. Auch durch Krisen.“ – das ist Leitthema dieses Geschäftsberichts 2021/2022. Die Soziale Marktwirtschaft, das bewährte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, verbindet die Freiheit des Marktes mit einem sozialen Ausgleich. Das macht Deutschland, seine Gesellschaft und seine Wirtschaft so stark und gibt dem Land auch die Kraft, Krisen jeweils gestärkt zu bestehen.

Die Krisen und der durch sie beschleunigte Strukturwandel werden nur erfolgreich zu meistern sein, das lehrt die Vergangenheit seit Gründung der Bundesrepublik, wenn die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft Grundlage des politischen Handelns sind und bleiben. Andernfalls drohen schwere Wohlstands- und Beschäftigungsverluste. Deshalb tritt Gesamtmetall so nachdrücklich für die Soziale Marktwirtschaft und ihre Prinzipien, wie zum Beispiel die Tarifautonomie, aktiv, klar und deutlich ein.

Der vorliegende Geschäftsbericht soll Sie in bewährter Weise über die Arbeit, die Aktivitäten, Leistungen und Erfolge von Gesamtmetall informieren. Das betrifft sowohl die Koordinierung der Tarifpolitik und die sozial- und wirtschaftspolitische Interessenvertretung als auch die für Gesamtmetall besonders wichtigen Beratungs- und Dienstleistungsaufgaben für die Mitgliedsverbände und deren Mitgliedsunternehmen der Metall- und Elektro-Industrie. Dabei war das enorme Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gesamtmetall, für das ich mich herzlich bedanke, wiederum das Fundament der erfolgreichen Arbeit.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihr

Oliver Zander
Oliver Zander



Dr. Stefan Wolf, Präsident

Die Soziale Marktwirtschaft trägt sicher. Auch durch Krisen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das vergangene Jahr war kein gutes Jahr für die Metall- und Elektro-Industrie. Die Welt scheint aus den Fugen geraten, eine Krise jagt die nächste. Zu Strukturwandel und Corona kam mit brachialer Gewalt eine weitere Krise dazu: Krieg in Europa.

In dieser schweren Zeit müssen wir als Arbeitgeber auch unserer Verantwortung für die Beschäftigten in unserer Branche und den Wohlstand in Deutschland gerecht werden und uns sehr genau mit den wirtschaftlichen – und auch geopolitischen – Auswirkungen des Krieges auseinandersetzen. Die Energieversorgung ist hier das prägnanteste Beispiel.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Metall- und Elektro-Industrie befindet sich inmitten ei-

nes Strukturwandels und viele sprechen gar von einer Transformation. Der Strukturwandel wird getrieben durch die Megatrends und Krisen unserer Zeit. Das bedeutet für nicht wenige Unternehmen – gerade in der Automobilindustrie – eine Umstellung ihres kompletten Produktportfolios binnen weniger Jahre und damit enorme Investitionen, die refinanziert werden müssen. Inmitten dieses hochkomplexen Prozesses kamen die Konjunkturunbrüche und die Stilllegungen der Produktion aufgrund der Corona-Pandemie zur Unzeit. Die Hoffnungen auf eine schnelle Erholung nach der Pandemie hat der Krieg erst mal zunichtegemacht.

Die Lieferketten standen schon seit Jahren immer mehr unter Druck. Zu steigenden Rohstoffpreisen und dem Mangel an wichtigen Vorprodukten, wie Halbleitern, kamen nun noch komplett wegbrechende Lieferketten aus der Ukraine hinzu.

Hier hat sich gezeigt, wie das Land auf dem Fundament der Sozialen Marktwirtschaft Krisen bewältigen kann. Denn binnen kürzester Zeit wurde in den Unternehmen reagiert und umgesteuert. Dafür gibt es viele weitere Beispiele: Zur Bekämpfung der Klimakrise entwickelt unsere Industrie die Klimaschutztechnologien, von der Energieerzeugung über den Maschinen- und Anlagenbau bis hin zur Automobilindustrie, die mit der Elektromobilität ein ganz neues Kapitel aufschlägt. Auch die Corona-Pandemie konnte in der Marktwirtschaft bekämpft werden: Unternehmen stellten schnell Masken und andere Medizinprodukte her und entwickelten im freien Wettbewerb in Rekordzeit unterschiedliche Impfstoffe mit hohen Wirksamkeiten.

Die Situation in der Ukraine ist eine gänzlich andere: Die Ukraine wurde angegriffen und hat jedes Recht sich zu verteidigen. Wenn wir sie dabei unterstützen, verteidigen wir

damit auch die multilaterale Ordnung. Was vor ein paar Monaten in Deutschland noch niemand laut ausgesprochen hätte, ist heute gesellschaftlicher Konsens: Deutschland muss wehrhaft sein und die M+E-Industrie leistet ihren Beitrag dazu mithilfe der starken Rüstungsindustrie im Land. Nur wenn wir in Europa selbst wehrhaft sind, leben wir auch in Sicherheit. Wir müssen hier auch als Industrie jederzeit deutlich machen: Die EU ist mit ihrem Binnenmarkt, ihrer gemeinsamen Währung und ihrem sicheren Rechtsrahmen – trotz vieler Fehler im Kleinen – die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs im Großen. Der Brexit war hier gerade auch für unsere Industrie ein herber Rückschlag, der wirtschaftlich wehgetan hat. Deshalb sollten wir immer darauf hinwirken, die EU so zu gestalten, dass wir die Menschen und die Unternehmen nicht verlieren. Aktuell bestehen hier Gefahren.

Besonders wichtig für die Menschen ist natürlich die eigene Arbeit, das eigene Unternehmen und sind die Kollegen. Deshalb hat Gesamtmetall im Vorfeld der Bundestagswahl mit der Kampagne „Ohne Industrie kein Wohlstand“ die Forderungen und die Sorgen der Arbeitgeber in der Metall- und Elektro-Industrie um den Industriestandort Deutschland klar und öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Wenn in unserer Industrie heute ganz neue Produktionslinien für ganz neue Produkte aufgebaut werden müssen, ist dies eine große Chance für den Standort Deutschland. Die Resilienz von Lieferketten hat durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg eine ganz neue Bedeutung bekommen. Leider sind die Kosten in Deutschland extrem hoch, die Bürokratie belastend und die Digitalisierung in vielen Bereichen ausbaufähig. Deutschland braucht nicht nur dort umfassende Reformen.

Aber die Grundlage für einen erfolgreichen Industriestandort ist da: Die Soziale Marktwirtschaft ist nach wie vor der Erfolgsgarant für Unternehmertum und Erfindergeist. Das funktioniert seit Jahrzehnten, wie unsere vielen Hidden Champions im Mittelstand eindrucksvoll beweisen, und es kann auch heute funktionieren, wie die Start-up-Kultur zeigt.

Damit Made in Germany auch künftig weltweit für innovative und zuverlässige Technologie steht und damit unseren Wohlstand sichert, muss die Politik jetzt ihre Hausaufgaben machen und die Rahmenbedingungen schaffen, dass Deutschland all seine Vorteile voll ausspielen kann: Wir haben hervorragende Fachkräfte, eine international renommierte Forschungslandschaft und eine passable, aber zu ertüchtigende Infrastruktur. So gibt es derzeit nicht ohne Grund ehrgeizige Ansiedlungsprojekte für Chip-, Batterie- und Autoproduktion in den neuen Ländern. Das ist ein tolles Zeichen für unsere Industrie in Deutschland. Wenn wir es schaffen, innovativ und technisch führend zu sein, wird Deutschland eine starke Industrienation bleiben.

Lassen Sie uns mit diesem Elan und diesem Ehrgeiz weiter mit Begeisterung für Technik die Zukunft konstruieren und fertigen. Die Krisen sind da, um bewältigt zu werden.

Ihr

Dr. Stefan Wolf

Der Ukraine-Krieg ist eine zusätzliche Belastung für die M+E-Industrie

Der 24. Februar 2022 bedeutete in vielerlei Hinsicht eine Zäsur: Bundeskanzler Olaf Scholz wird sie kurz darauf als „Zeitenwende“ beschreiben. Und in der Tat legte der russische Einmarsch in die Ukraine so manches politische Versäumnis der Vergangenheit offen und zerstörte die Illusion, dass Krieg nie nach Europa zurückkehren würde. Plötzlich wehte nicht nur durch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik der raue Wind der Wirklichkeit.

In der Folge zeigten sich nicht nur die Auswirkungen der jahrzehntelangen finanziellen Auszehrung der Bundeswehr und die Abhängigkeiten von Energielieferungen aus Russland, sondern auch die strategischen Schwachstellen der Energiewende. Um sicherzustellen, dass auch bei Dunkelheit und ohne Wind Energie verfügbar ist, bedarf es zusätzlicher Energieträger und des Aufbaus einer Speicherinfrastruktur. Der Verzicht auf Kernenergie und Kohlekraftwerke ging zwingend einher mit größerer Abhängigkeit von russischem Erdgas. Dies war keine strategische Entscheidung der Unternehmen, es war eine politisch so gewollte Entscheidung, die Deutschland nun auf die Füße fällt. Die Suche nach Alternativen hat deshalb völlig zu Recht oberste Priorität erhalten.

Aber auch für Gesamtmetall und die gesamte Metall- und Elektro-Industrie hat sich die Agenda seit Februar 2022 deutlich verändert. Andere – bis dahin als sehr wichtig eingestufte – Themen traten plötzlich in den Hintergrund. Das lag zum einen natürlich an den direkten wirtschaftlichen Verflechtungen der M+E-Unternehmen mit Russland, zum

anderen aber auch an den starken Abhängigkeiten der deutschen Industrie von russischen Rohstoffen, insbesondere von Gaslieferungen. Bei einem völligen Gasembargo wären diese unter den aktuellen Umständen nicht ersetzbar. Die politische Debatte über teilweise bis vollständige Embargos, die Verteilung bei Rohstoffknappheit und den dadurch folgenden möglichen Stillstand großer Teile der Industrie in Deutschland nahm sehr schnell Fahrt auf. Hinzu kommt: Die bereits vor dem Kriegsausbruch angespannte Liefersituation hat sich dramatisch verschärft und die ohnehin langsame wirtschaftliche Erholung der M+E-Branche nach der Corona-Krise abrupt beendet.

„Aktuell ist die Industrie laut Notfallplan beim Gas Kunde zweiter Klasse. Natürlich kann man einem Krankenhaus das Gas nicht abstellen. Aber dass die privaten Haushalte generell Vorrang vor der Industrie haben, das sollte man überdenken.“

Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf,
DIE ZEIT vom 21. April 2022

Gesamtmetall hat schnell auf diese bis dato einzigartige Situation reagiert und bot bereits im März 2022 mit einer Blitzumfrage unter den Mitgliedsunternehmen der Mitgliedsverbände eine wichtige volkswirtschaftliche Grundlage, um Themen wie das Wegbrechen von Lieferketten oder die Folgen eines möglichen Gasembargos für die M+E-Industrie

darzustellen. Zudem hat Gesamtmetall – wie viele andere Verbände und Unternehmen – in vielen öffentlichen und nichtöffentlichen Statements und Verlautbarungen auf die Bedeutung der Rohstofflieferungen für die Unternehmen und damit auch für die Arbeitsplätze hingewiesen.

Bei vollständigem Gasembargo wäre mit dem schlimmsten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg zu rechnen

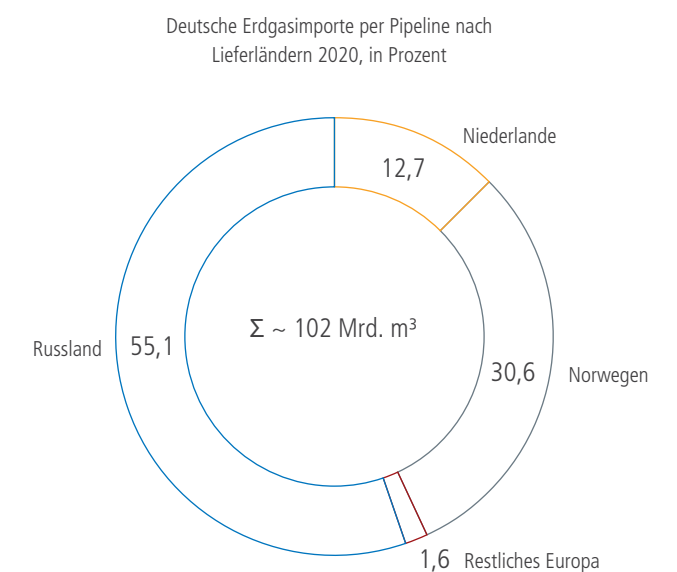
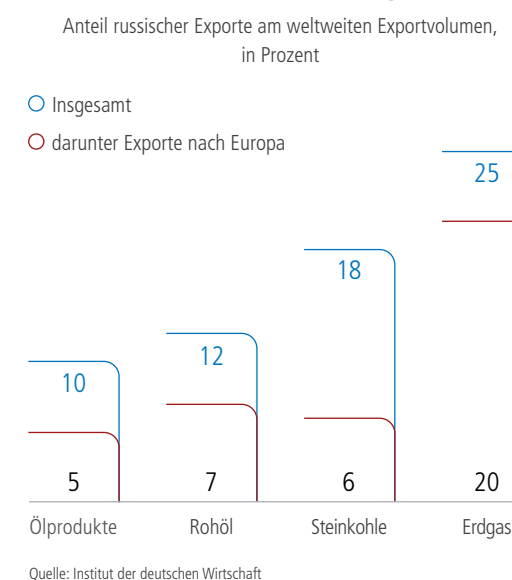
Dass dies nur folgerichtig war und ist, zeigt die enorme Bedeutung von russischen Rohstofflieferungen für die deutsche Industrie. So war Russland 2021 größter Energielieferant für Deutschland. Mit Blick auf die europäischen Handelsverflechtungen ist die Bedeutung russischer Importe noch größer, da ein Teil der russischen Energie erst in veredelter bzw. weiterverarbeiteter Form nach Deutschland geliefert wird. Bereinigt um die Raffinierung in anderen Ländern kamen 2021 mehr als 50 Prozent der Erdgaslieferungen, 45 Prozent der Steinkohleimporte sowie 34 Prozent des Rohöls aus Russland. Die deutschen Ener-

gieimporte aus Russland stiegen allein 2021 wertmäßig um über 50 Prozent.

Weiterhin bedeutsam ist Russland als Lieferant von Metallen: Deutschland importierte 2021 Metalle und Erze aus Russland im Gesamtwert von 5 Milliarden Euro, wobei Russland vor allem bei Eisenerz (10 Prozent) sowie Kupfer (13 Prozent) und anderen NE-Metallen (19 Prozent) einen überdurchschnittlichen Anteil an allen deutschen Importen einnimmt. Der Wert der aus Russland importierten Metalle und Erze stieg 2021 um 80 Prozent.

Auch die Ukraine hatte sich – wie anfangs Stillstände aufgrund fehlender Kabelbäume in der Automobilproduktion offenbarten – zu einem relevanten Lieferanten entwickelt: Aus der Ukraine importierte Deutschland 2021 vor allem Kfz-Elektrik (500 Mio. Euro bzw. 7 Prozent aller deutschen Importe), Getreide (500 Mio. Euro/6 Prozent) und Eisenerz (229 Mio. Euro/4 Prozent). Belarus hatte aufgrund der politischen Abschottung lediglich als Holz- und Drahtlieferant eine nennenswerte Relevanz.

Russland vor allem bei Erdgaslieferungen derzeit nicht ersetzbar



Zudem ist die M+E-Industrie stark abhängig von Lieferungen aus energie- und gasintensiven Industrien wie Chemie und Kunststoffe (20 Milliarden Euro), Stahl (13 Milliarden Euro) sowie Papier und Holz (4 Milliarden Euro). Wie die Corona-Krise verdeutlichte, reichen einzelne Fehlteile aus, um die Produktion von Fahrzeugen und Maschinen in Breite zum Stillstand zu bringen, was auch alle anderen Zulieferer trafe.

Im Falle eines derart massiven Schocks droht damit ein kompletter Stillstand vieler industrieller Wertschöpfungsketten in Deutschland. Empfehlungen einzelner Volkswirte, die in ihren Modellen Angebots- und Nachfrageanpassungen unterstellen, die technisch in kurzer Zeit überhaupt nicht möglich sind und damit Anpassungskosten und Kaskadeneffekte entlang der Wertschöpfungsketten fatal unterschätzen, waren dagegen schlicht und einfach verantwortungslos.

Fiele die Gasversorgung für die Industrie aus, müsste mit dem schlimmsten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg gerechnet

werden. Kurzfristiger Ersatz wäre unmöglich. Das hätte nicht nur monetäre Auswirkungen, die sich über Kurzarbeit und andere Sozialmaßnahmen wie in der Corona-Krise auffangen ließen. Die industrielle Substanz des Landes wäre bedroht. Neben dem Risiko steigender Arbeitslosigkeit wären leere Regale und kalte Wohnungen wahrscheinlich. Das würde die ohnehin zu erwartenden Verteilungskonflikte massiv verschärfen.

Auch sicherheits- und energiepolitische Investitionen wären letztlich gehemmt, wenn die komplexen Lieferketten gestört sind und die inländischen Produktionsbänder stillstehen müssen. Im schlimmsten Fall stünden der Wert des Euro und damit die gesamte Finanzstabilität unter massivem Druck, womit sich Europa letztlich seiner verbliebenen Stärke – der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten – berauben würde.

Gesamtmetall wird sich bei der Politik weiter mit ganzer Kraft dafür einsetzen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und hierfür auch den Notfallplan so anzupassen,

Bedeutung von Russland als Absatzmarkt für M+E insgesamt überschaubar

Russland besitzt als Exportmarkt nur noch eine untergeordnete Bedeutung für die M+E-Industrie. 2021 gingen rund 16 Milliarden Euro (zwei Prozent) aller M+E-Ausfuhren nach Russland. Weitere 2,8 Milliarden Euro wurden in die Ukraine und 0,9 Milliarden Euro nach Belarus exportiert, sodass die Kriegsregion insgesamt auf einen Exportanteil von 2,6 Prozent kam.

M+E-Erzeugnisse stellten dabei rund 60 Prozent aller deutschen Ausfuhren, wobei diese wiederum von Maschinen und Fahrzeugen dominiert werden. Fast zwei Drittel der M+E-Exporte wurden vom Maschinen- und Automobilbau erbracht.

Weiterhin bedeutsam waren sonstige Fahrzeuge und Elektroerzeugnisse. Aufgrund eingeschränkter Exportmöglichkeiten sowie des hohen Bedarfs an Energie und Rohstoffen überstiegen die deutschen Importe aus Russland die Ausfuhren bereits 2021 um 6,5 Milliarden Euro. Dies war vor allem die Folge einer erhaltenen Gasnachfrage bei deutlich gestiegenen Preisen. 2020 gab es dagegen noch eine positive Handelsbilanz, was in der Corona-Krise begründet war. Allerdings hatte sich das Verhältnis in den vergangenen Jahren aufgrund der Ausweitung der Energieimporte bei eingeschränkten Exportmöglichkeiten zunehmend zuungunsten Deutschlands entwickelt.

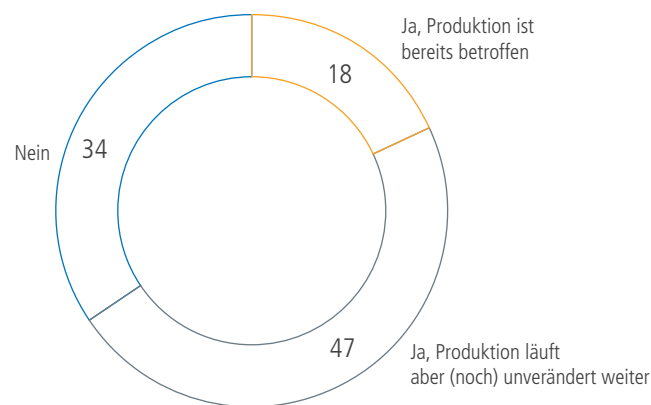
dass die industrielle Wertschöpfung im Falle einer Gasknappheit gesichert ist. Für die mittel- und langfristige Energiepolitik braucht es zudem einen unideologischen und strategischen Neuanfang, der auf einen diversifizierteren und sicheren Energiemix ausgerichtet

ist. Bestrebungen in Richtung Autarkie wären dagegen ebenso mit wirtschaftlichen Schäden verbunden und daher genauso falsch. Denn ein Exportland wie Deutschland profitiert von der Globalisierung in einer multilateralen Welt.

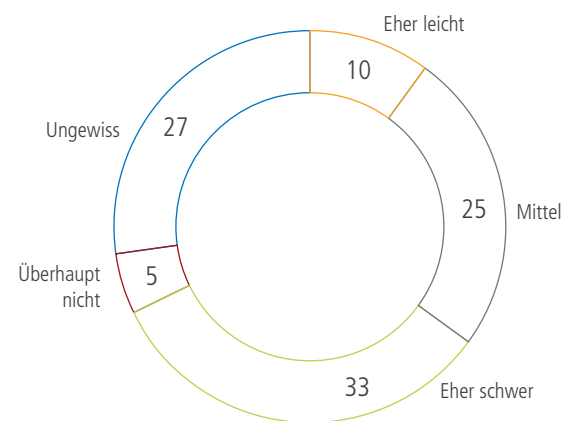
Zwei von drei Firmen von Lieferengpässen betroffen – Kompensation sehr schwierig

Wenn Sie Lieferbeziehungen zu Russland, Ukraine und Belarus haben:

Sind Sie bereits von Lieferengpässen betroffen?



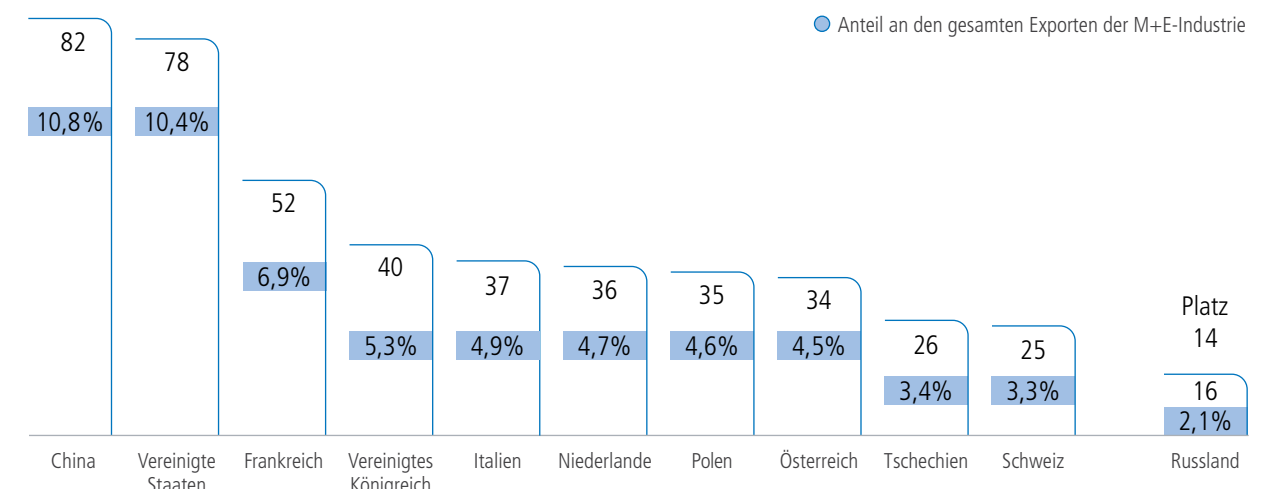
Wie gut können Sie (drohende) Lieferausfälle kompensieren?



Quelle: Gesamtmetall-Umfrage 04.-10.03.2022

Russland als Exportkunde nicht unter den Top Ten

Exporte der M+E-Industrie 2021, in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

M+E-Industrie hält der Corona-Pandemie auch im zweiten Jahr stand

Im März 2020 begann die Corona-Pandemie in Deutschland und damit eine bis dahin beispiellose Ausnahmesituation für Menschen, Wirtschaft und Politik. Die Metall- und Elektro-Industrie stürzte nach 2019 in ein zweites Rezessionsjahr und konnte sich 2021 zumindest dank der guten Auftragslage ein Stück weit erholen. Aber: Vom Vorkrisenniveau von 2018 ist die Industrie auch heute – mehr als zwei Jahre nach Pandemiebeginn – noch ein großes Stück entfernt.

Wirtschaft und Gesellschaft tragen eine schwere Last. Die Politik hat sich mit massiven Finanzspritzen gegen die Krise gewehrt, was hohe neue Schulden zur Folge hatte. Das war sicherlich richtig. Doch auch diese Schulden müssen irgendwann zurückgezahlt werden.

Hier ist eine nachhaltige Strategie zur Konsolidierung der Haushalte seitens der Politik erforderlich. Dazu gehört auch, dass die Schuldenbremse so schnell wie möglich wieder in Kraft gesetzt wird. Dagegen wäre eine Erhöhung von Steuern und Abgaben aus finanz- und sozialpolitischer Sicht definitiv der falsche Weg. Gesamtmetall unterstützt also die Politik des Bundesfinanzministers uneingeschränkt.

Deutschland muss aus dieser Krise stärker herauskommen, als das Land hineingegangen ist. Um dies zu erreichen, werden Gesamtmetall und seine Mitgliedsverbände weiterhin stark gefordert sein. Nur mit der Sozialen Marktwirtschaft als Fundament werden die Wirtschaft und die Metall- und Elektro-Industrie weiter stark bleiben können.

Lieferengpässe führen zu Long Covid in der M+E-Produktion

In der Corona-Pandemie waren das Verarbeitende Gewerbe insgesamt und die M+E-Industrie selbst besonders stark von den wirtschaftlichen Einschränkungen betroffen. Erstmals seit 1993 musste die M+E-Industrie 2020 das zweite Jahr in Folge einen Rückgang hinnehmen. Die 2021 einsetzende Erholung wurde trotz guter Auftragslage jäh gebremst durch sich stetig verschärfende Lieferengpässe. Eine weltweit schnelle Belebung der Nachfrage, die durch Nachholeffekte und staatliche Konjunkturpakete befördert wurde, traf auf begrenzte Kapazitäten bei Rohstoffen, Fertigung und Logistik.

Seit Beginn der Krise hat Gesamtmetall in insgesamt sechs Umfragen zur aktuellen wirt-

schaftlichen Situation der M+E-Unternehmen ein aktuelles Lagebild in der Corona-Krise geben können. Wie die im November 2021 zeigte, konnten in der zweiten Jahreshälfte 2021 neun von zehn M+E-Firmen wegen fehlender Teile nicht so viel produzieren, wie sie eigentlich wollten.

Es fehlten Rohstoffe als weitere Vorprodukte, was zu Preissteigerungen im Einkauf, Produktionseinschränkungen und Kurzarbeit führte. 89 Prozent der M+E-Firmen berichteten über steigende Einkaufspreise von im Schnitt 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Mit 86 Prozent der Firmen war die M+E-Industrie auch in Breite von verspäteten Liefere-

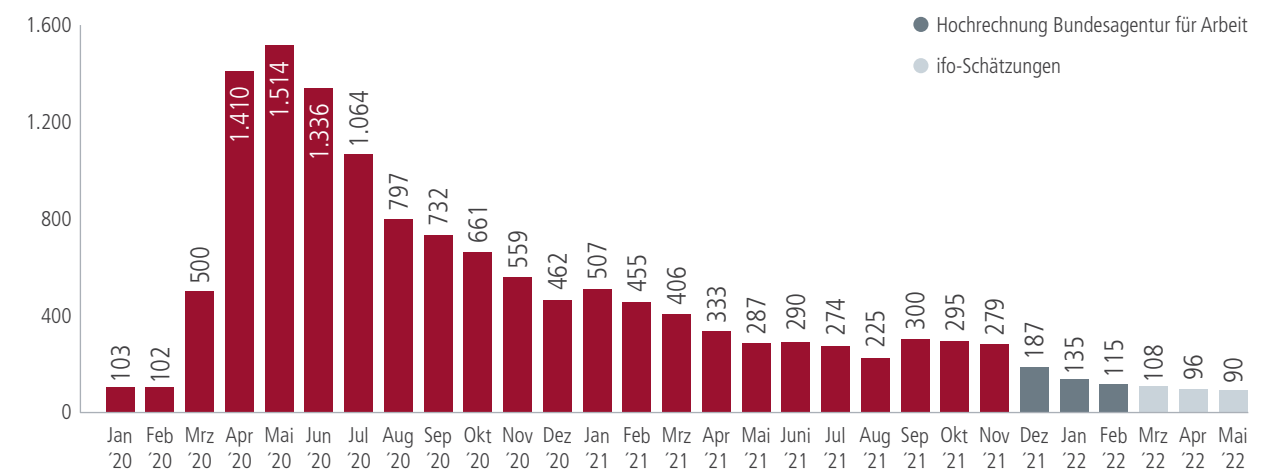
rungen betroffen. Über die Hälfte die Firmen klagte sogar darüber, dass Lieferungen zum Teil in viel geringerer Menge oder gar nicht kamen. Vor allem bei Lieferanten aus China und dem Inland traten Probleme auf, was die intensive globale Vernetzung der deutschen Wertschöpfungsketten unterstrich.

Trotz anhaltend schwachem Produktionsniveau konnte sich die Anzahl der M+E-Beschäftigten im Laufe des Jahres 2021 jedoch bei 3,89 Millionen Mitarbeitern stabilisieren – ein starkes Signal der M+E-Unternehmen zur Beschäftigungssicherung. Hier half einmal mehr die Kurzarbeit, um diese Brücke zu bauen. Jedes vierte M+E-Unternehmen musste in der zweiten Jahreshälfte hierauf zurückgreifen. Im Jahresmittel 2021 arbeiteten über 300.000 M+E-Beschäftigte pro Monat kurz, was rund 7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der M+E-Industrie entsprach. Gesamtmetall lieferte auch hier im Verlauf des vergangenen Jahres stets aktuelle Übersichten und Erwartungen der Unternehmen für die Öffentlichkeit. Der Abbau der Kurzarbeit in der M+E-Industrie wurde im Herbst 2021 allerdings

abrupt gestoppt. Die Anzahl der M+E-Kurzarbeiter stieg wieder an. Zum Jahreswechsel ließ eine leichte, temporäre Entspannung der Lieferengpässe die Anzahl der Kurzarbeiter in der M+E-Industrie deutlich sinken. Gemäß ifo-Schätzungen sank die Anzahl in den ersten drei Monaten des Jahres 2022 weiter auf durchschnittlich rund 90.000 Personen. Diese lagen von Januar bis März bei durchschnittlich 33.000 Personen pro Monat, was dem üblichen (Vorkrisen-)Niveau der Kurzarbeit in der M+E-Industrie entspricht. Auch der Anteil an M+E-Firmen, die laut ifo-Umfrage Kurzarbeit planen, sank von Dezember 2021 bis März 2022 überraschend von 24 auf 13 Prozent. Dem steht der angebotsseitige Schock infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gegenüber, der die Kostenexplosionen sowie Lieferprobleme nochmals massiv verschärfte und bei dem eine weitere Eskalation sowie Sanktionsverschärfungen drohen. Hinzu kommen die noch unklaren, aber sicherlich spürbaren Folgen der massiven Corona-Lockdowns in den chinesischen Wirtschaftszentren im April 2022 für Zulieferungen und Nachfrage nach M+E-Gütern.

Zahl der Kurzarbeiter sinkt wieder unter Vor-Corona-Niveau

Beschäftigte in konjunktureller Kurzarbeit in der M+E-Industrie, in Tausend



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Kurzarbeitsstatistik; Gesamtmetall; ifo

Kurzarbeitergeld bleibt zentrales Instrument zur Beschäftigungssicherung

Direkt nach dem Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 gelang es Gesamtmetall und den M+E-Verbänden, die Kurzarbeitergeld-Sonderregelungen aus der Finanzkrise 2008/2009 zu reaktivieren und so zahlreiche Arbeitsplätze zu bewahren. Ohne die stabilisierende Wirkung des Kurzarbeitergeldes wären auch im zweiten Pandemie-Jahr deutlich mehr M+E-Arbeitsplätze bedroht gewesen. Diese konnten durch Kurzarbeit erfolgreich gesichert werden. Nun muss sich dieses flexible Instrument in einer neuen Krisensituation bewähren.

Herzstück der seit März 2020 geltenden Krisenregelungen sind die Zugangserleichterungen, die mittlerweile auf 28 Monate verlängerte Bezugsdauer und die Sozialaufwandserstattung. Anfang 2022 deuteten die gestiegenen Auftragseingangszahlen darauf hin, dass der M+E-Industrie eine leichte Erholung bevorsteht. Diese hoffnungsvolle Entwicklung wurde allerdings durch den Ausbruch des Ukraine-Krieges Ende Februar 2022 im Keim erstickt.

// Rettungsanker auch bei kriegsbedingten Produktionsausfällen.“

Der Krieg zieht erneut erhebliche Produktionseinschränkungen nach sich, die ohne die Kurzarbeit mit massiven Entlassungen einhergegangen wären. Zu den pandemiebedingten Lieferkettenstörungen kommen nun noch kriegsbedingte Lieferengpässe und massiv gestiegene Energiepreise. Die Situation stellt die Unternehmen der M+E-Industrie vor große Herausforderungen. Insbesondere der Rohstoffmangel und das Fehlen von Kabelbäumen und Bordnetzsystemen in der Automobilindustrie führen zu vorübergehenden Produktionsstopps in vielen Werken. All dies ist nur mit dem Rettungsanker Kurzarbeit zu bewältigen.

Diese sich dramatisch zuspitzende Situation erforderte augenblickliche Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Die kurz vor Kriegs-

ausbruch vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen im Rahmen des Kurzarbeitergeldverlängerungsgesetzes reichten absehbar nicht aus, um die zu befürchtenden Verwerfungen abzufedern.

Neben finanziellen Entlastungen sind auch gut qualifizierte und eingearbeitete M+E-Zeitarbeitnehmer unabdingbar für das Wiederhochfahren der Produktion im Anschluss an die Produktionseinschränkungen.

Daher hat sich Gesamtmetall erfolgreich dafür eingesetzt, dass Zeitarbeitnehmer weiterhin in die Kurzarbeit einbezogen werden können. Diese Krisenregelung wurde erneut bis Ende Juni 2022 verlängert. Durch eine Verordnungsermächtigung kann die Bundesregierung diese Regelung erneut nach Bedarf verlängern.

// Verordnungsermächtigung für Kurzarbeitergeld-Sonderregelungen verlängert.“

Zudem hat Gesamtmetall erfolgreich darauf hingewirkt, dass die Verordnungsermächtigung zur Sozialaufwandserstattung während des Kurzarbeitergeldbezugs verlängert wird. Ohne die Verlängerung wäre die bisherige Ermächtigungsgrundlage andernfalls zum 31. März 2022 ersatzlos ausgelaufen. Diese Erstattung macht aber für viele Betriebe die Kurzarbeit erst finanziell möglich.

Um weiterhin die dringend notwendige Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Bedarf schnell und ohne langwieriges Gesetzgebungsverfahren zu ermöglichen, war daher eine neue Rechtsgrundlage erforderlich. Beide Ermächtigungen sollen nun am 30. September 2022 auslaufen.

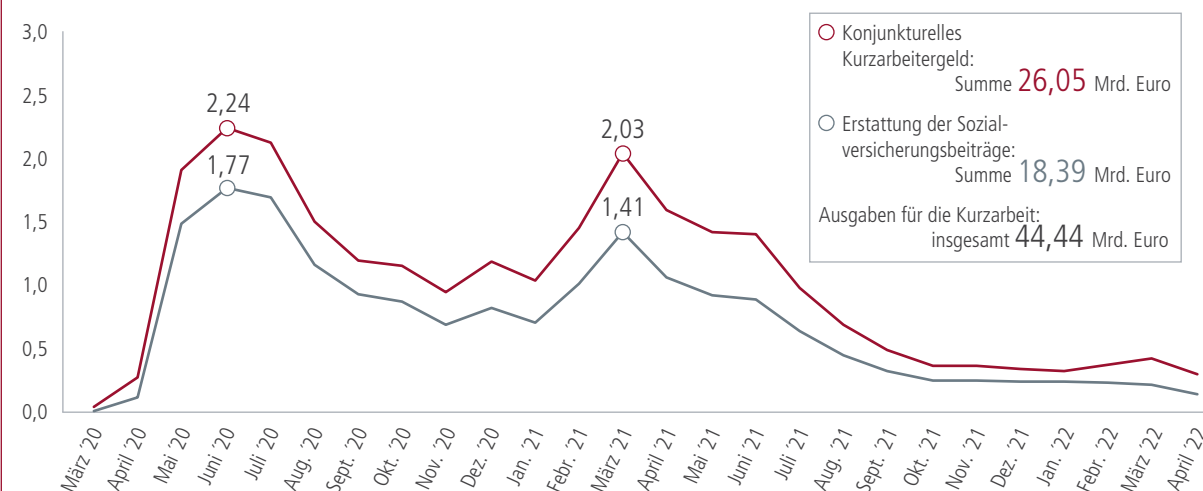
8 Gesetze und 8 Verordnungen

Regelungen zum Kurzarbeitergeld seit Beginn der Corona-Pandemie

- ▼ **14.03.2020**
Gesetz zur befristeten saisonbedingten Verbesserung der Regelungen für das Kurzarbeitergeld
- ▼ **25.03.2020**
Kurzarbeitergeldverordnung
- ▼ **27.03.2020**
Sozialschutz-Paket I
- ▼ **16.04.2020**
Kurzarbeitergeldbezugsdauerverordnung
- ▼ **20.05.2020**
Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung
- ▼ **20.05.2020**
Sozialschutz-Paket II
- ▼ **12.10.2020**
Zweite Kurzarbeitergeldbezugsdauerverordnung
- ▼ **21.10.2020**
Erste Kurzarbeitergeldänderungsverordnung
- ▼ **03.12.2020**
Beschäftigungssicherungsgesetz
- ▼ **25.03.2021**
Zweite Kurzarbeitergeldänderungsverordnung
- ▼ **17.06.2021**
Dritte Kurzarbeitergeldänderungsverordnung
- ▼ **23.09.2021**
Vierte Kurzarbeitergeldänderungsverordnung
- ▼ **30.11.2021**
Kurzarbeitergeldverlängerungsverordnung
- ▼ **10.12.2021**
Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie
- ▼ **18.03.2022**
Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und anderer Vorschriften
- ▼ **23.03.2022**
Gesetz zur Verlängerung von Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie beim Kurzarbeitergeld und anderer Leistungen

44 Milliarden Euro für die Kurzarbeit sichern Arbeitsplätze

Entwicklung der Kosten je Monat für das Kurzarbeitergeld seit Beginn der Corona-Pandemie, in Mrd. Euro



Infektions- und Arbeitsschutz: Gesamtmetall auch im zweiten Pandemie-Jahr stark gefordert

Infektionsschutzgesetz: Ein Irrgarten für Unternehmen

Der Gesetzgeber hat das Infektionsschutzgesetz anlässlich des Auslaufens der sogenannten epidemischen Lage von nationaler Tragweite im Herbst 2021 erneut geändert und damit auch Regelungen am Arbeitsplatz verschärft. Neben der Wiedereinführung der Homeoffice-Pflicht war der Zutritt zur Arbeitsstätte nur noch Beschäftigten mit 3G-Nachweis erlaubt. Der Arbeitgeber musste die Nachweise vor dem Betreten kontrollieren – für viele Unternehmen ein erhebliches bürokratisches Unterfangen. Zwar wurde nach zähem Ringen und der hartnäckigen Forderung Gesamtmetalls erstmals auch ein Auskunftsrecht des Arbeitgebers nach dem Immunitätsstatus gesetzlich normiert. Für die ohnehin krisengeplagten Unternehmen führten die Neuregelungen dennoch zu erheblichen Umsetzungsschwierigkeiten und Unmut, weil viele Anwendungsfragen, wie etwa zum Umgang mit Online-Testzertifikaten, trotz vorheriger Warnungen der Arbeitgeberverbände offenblieben.

Irritationen verursachte auch die Verweisung aus dem Infektionsschutzgesetz auf die Covid-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung, der entnommen werden musste, was überhaupt ein gültiger 3G-Nachweis ist. Für den Rechtsanwender nicht mehr nachvollziehbar war auch die Änderung der Verordnung im Januar 2022, als zur Gültigkeit von Genesennachweisen sowie des Impfstatus nunmehr dynamisch auf Vorgaben des Robert Koch-Instituts bzw. des Paul-Ehrlich-Instituts verwiesen wurde. Mit dieser verfassungsrechtlich fragwürdigen und von Gesamtmetall kritisierten Regelungstechnik

wurde quasi über Nacht der Genesenenstatus verkürzt und zugleich die Anforderungen bei der Grundimmunisierung für das Vakzin von Johnson & Johnson verändert. Infolgedessen mussten Arbeitgeber die 3G-Nachweise aller Arbeitnehmer erneut überprüfen – nochmals ein erheblicher und aufgrund fehlender Ankündigung und Übergangsregelung unnötiger Aufwand. Aufgrund teils massiver Kritik auch von Gesamtmetall wurden die Vorgaben zu den 3G-Nachweisen mit Wirkung vom 19. März 2022 in das Infektionsschutzgesetz zurückgeführt.

Die 3G-Zugangsregelung und die Verpflichtung zu Homeoffice sind mit Ablauf der gesetzlichen Befristung im März 2022 entfallen. Der Gesetzgeber hat damit auf die Bedenken der Wirtschaft reagiert und den längst überfälligen Gleichlauf mit den gelockerten Infektionsschutzregelungen im öffentlichen Bereich wiederhergestellt. Ein erneutes Sonderregime für Betriebe, wie es in den vergangenen Pandemie-Sommern bestand, konnte somit verhindert werden.

Unnötige politische Diskussion um 2G im Betrieb

Mit der Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht im Pflege- und Krankenhausbereich wurden teilweise auch Forderungen nach der Einführung einer 2G-Regelung für alle Betriebe laut. Diese Forderung hat angesichts bereits bestehender pandemiebedingter Personalengpässe für Verunsicherung bei den M+E-Unternehmen gesorgt. Gesamtmetall hat sich erfolgreich gegen eine flächendeckende branchenübergreifende Zugangsbeschränkung für Ungeimpfte ausgesprochen. Damit konnte nicht nur Bürokratie, sondern

auch eine Spaltung der Belegschaften verhindert werden.

Einfachere Handhabung beim betrieblichen Infektionsschutz erreicht

Politische Versäumnisse im Rahmen der nationalen Impfstrategie und die damit einhergehende abflachende Impfdynamik führten dazu, dass auch die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung trotz der Kritik Gesamtmetalls zunächst verschärft wurde. Neben der weiterhin geltenden Testpflicht wurden Arbeitgeber im Herbst 2021 zudem verpflichtet, eigene Beiträge zur Förderung der Impfbereitschaft zu leisten. Diese Belastungen der Wirtschaft, die im Kampf gegen Corona erhebliche Beiträge geleistet hat, wurden erst mit der erneuten Änderung der Verordnung im März 2022 deutlich abgemildert. Bis einschließlich 25. Mai 2022 waren noch sogenannte Basisschutzmaßnahmen zum Infektionsschutz bei der Arbeit vorgesehen. Diese wurden allerdings nicht mehr in der Verordnung selbst starr vorgeschrieben, sondern waren durch den Arbeitgeber im Rahmen eines betrieblichen Hygienekonzepts festzulegen. Arbeitgeber konnten die Entscheidung über erforderliche Maßnahmen nun eigenverantwortlich im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung treffen, was passgenauere Lösungen ermöglichte.

Erfolgloser politischer Vorstoß zur Impfpflicht

Als weitere Schutzmaßnahme wurde auch eine allgemeine Impfpflicht in Erwägung gezogen und im Bundestag intensiv erörtert. In diversen – teils interfraktionellen – Anträgen wurden im Vorfeld Vorschläge zur Impfpflicht und zur Erhöhung der Impfbereitschaft in der Bevölkerung zur Diskussion gestellt. Sämtliche Vorlagen wurden bei der Abstimmung

im Bundestag am 7. April 2022 abgelehnt. Gesamtmetall war in dem gesamten Prozess bestrebt, negative Folgen für die Wirtschaft, beispielsweise in Form von betrieblichen Zugangsbeschränkungen, abzuwehren und hat gegenüber der Politik auf die Risiken solcher Vorschläge hingewiesen. Immer im Blick hatte Gesamtmetall dabei auch die Entwicklungen in Österreich. Dort war kurzfristig eine Impfpflicht eingeführt worden, die mittlerweile aufgrund der Entwicklung des Infektionsgeschehens und der zweifelhaften praktischen Umsetzbarkeit wieder ausgesetzt wurde.

Lessons learned?

Auch das zweite Jahr der Pandemie zeigt, dass die Einbindung der Arbeitgeberseite in die gesetzlichen Vorhaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz unzureichend und kaum praxisorientiert war. Fehlende Ankündigungsfristen bei einer sich ständig ändernden Rechtslage und teils unklare Regelungen führten so erneut zu teils erheblichen Umsetzungsschwierigkeiten. Dennoch haben sich die M+E-Unternehmen beim betrieblichen Infektionsschutz als sehr handlungsfähig erwiesen und einen wesentlichen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Pandemie-Bekämpfung geleistet.

Für künftige Fälle bedeutet dies: Unnötige Belastungen der Wirtschaft sind ebenso zu vermeiden wie eine Verlagerung hoheitlicher Aufgaben auf Arbeitgeber, wie sie mit der Testpflicht, der Überprüfung von 3G oder auch der Abwicklung von Entschädigungsansprüchen für Ausfallzeiten aufgrund von Quarantäne oder Isolation erfolgt ist. Auch der Datenschutz muss endlich gezielt an die Herausforderungen einer Pandemie angepasst und bei jedem Gesetzesvorhaben mitgedacht werden. Gegebenenfalls müssen konkrete Ermächtigungsgrundlagen geschaf-

fen werden. Hierzu gehört auch die gesetzliche Klarstellung, dass Arbeitgeber ein berechtigtes Interesse an einem Fragerecht zum Immunitätsstatus oder Testergebnis der Beschäftigten sowie einer Auskunft über Reisen in Risikogebiete haben.

Arbeitsschutzregeln müssen für die Unternehmen schlank, einfach und verständlich sein

Auch der Rechtsrahmen für betriebliche Infektionsschutzmaßnahmen war im zweiten Jahr der Corona-Pandemie geprägt durch zahlreiche neue und geänderte Vorschriften. In den Jahren 2021 und 2022 wurden speziell auf SARS-CoV-2 bezogene Vorschriften teilweise sogar mehrfach geändert – entfallen ist jedoch lange Zeit keine davon.

Positiv hervorzuheben ist dagegen die starke inhaltliche Straffung des SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards, für die sich auch Gesamtmetall stets eingesetzt hatte. Allerdings blieben mit der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung und vor allem der umfangreichen SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel bis vor Kurzem zwei Regelwerke mit enormen Anforderungen an die betriebliche Praxis bestehen. Die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel erfuhr zwischenzeitlich drei Änderungen – zuletzt im November 2021. Diese Änderungen waren gekennzeichnet durch Klarstellungen, Konkretisierungen und Ergänzungen. Entfallen war jedoch praktisch keine der in ihr enthaltenen Regelungen.

Bereits im November 2021, direkt nach der jüngsten Anpassung, stellte das BMAS erste, ganz vorsichtige Überlegungen an, in die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel einige wenige Vereinfachungen für die Betriebe einfließen zu lassen, zum Beispiel in Bezug auf die Desinfektion von Arbeitsmitteln oder

Dienstfahrzeugen, die von mehreren Personen verwendet werden. Die Gewerkschaften wandten sich jedoch umgehend massiv gegen jegliche Aufwandssenkung für die Arbeitgeber. Auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Stakeholder äußerten Bedenken. Als Folge davon wurden zu Beginn des Jahres 2022 gleich drei aufeinander folgende Änderungsentwürfe zur SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel vom federführenden Ausschuss für Arbeitsstätten (ASTA) vorgelegt, die jedoch allesamt von den Arbeitgebervertretern im ASTA geschlossen abgelehnt wurden, wofür sich auch Gesamtmetall eingesetzt hatte. Die Entwürfe sahen entgegen den zwischenzeitlich erfolgten gesellschaftlichen Öffnungsschritten keine Erleichterungen für die Unternehmen vor.

Im März 2022 wurde die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung verlängert und geändert. Für den betrieblichen Infektionsschutz war seitdem die Gefährdungsbeurteilung der Prüfmaßstab dafür, ob bestimmte Infektionsschutzmaßnahmen weiterhin erforderlich sind. Grundsätzlich war der Arbeitgeber ab der Änderung im März 2022 laut Verordnung nur noch zur Durchführung sogenannter „Basischutzmaßnahmen“ verpflichtet. Ende Mai 2022 traten die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung und damit auch die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel – zumindest „fürs Erste“ – außer Kraft. Die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel galt in ihrer epischen Breite bis zu ihrem Außerkrafttreten, von den marginalen Änderungen abgesehen, seit August 2020 trotz fortwährender Kritik von Gesamtmetall.

Projekte und Initiativen der Nachwuchssicherung weiter digital ausgebaut

Bereits im ersten Corona-Jahr wurden viele Projekte und Initiativen im Bereich Nachwuchssicherung digitalisiert oder um digitale Kanäle und Nutzungsmöglichkeiten erweitert. Eine der vielen Neuerungen war der ME-Berufe-Stream. Was in 2021 als Ersatz für die coronabedingt ausgefallenen InfoTruck-Einsätze entwickelt wurde, hat sich im ersten Halbjahr 2022 zu einem zusätzlichen Angebot in der M+E-Berufsinformation etabliert. Mit den einstündigen „ME-Berufe Live-Streams“ konnten allein 2021 in neun Monaten rund 10.000 Schüler zu Hause oder in den Klassenzimmern erreicht werden. Die Inhalte sind dabei stark an das Informationsangebot der InfoTrucks angelehnt – also die Vermittlung von Berufsbildern und Ausbildungsmöglichkeiten in der Region, Vorteile einer M+E-Ausbildung und Tipps rund um die Bewerbung in M+E-Unternehmen. In vielen Streams konnten Ausbil-



Der Live-Stream ME-Berufe erreichte allein 2021 mehr als 10.000 Schüler.

der oder Azubis unmittelbar die vielen Fragen der Teilnehmer beantworten. Streaming-Angebote wurden nicht nur für Schulklassen, sondern erstmals auch für Eltern sowie virtuelle Berufsorientierungsmessen entwickelt. In 2022 kommen als weitere Zielgruppe die Abiturienten hinzu, denen Alternativen zu einem Studium aufgezeigt werden.

Unnötige Grenzschießungen innerhalb der EU müssen in Zukunft verhindert werden

Mit Beginn der Pandemie schlossen einige EU-Mitgliedsstaaten unkoordiniert ihre Grenzen und fügten damit dem Binnenmarkt schweren Schaden zu. Gesamtmetall forderte daraufhin gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden, die EU-Verordnung zum Schengener Grenzkodex zu überarbeiten, um einseitige Grenzschießungen in Zukunft besser zu koordinieren – und bestenfalls ganz zu vermeiden. Dieser Forderung ist die EU-Kommission gefolgt und hat im Dezember 2021 einen Vorschlag zur Überarbeitung des Schengener Grenzkodex vorgelegt. Erklärtes Ziel der Überarbeitung ist es, dass Kontrollen an den Binnengrenzen wirklich nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden. Zwar blieb der Vorschlag in seiner Tragweite hinter den Erwartungen von Gesamtmetall zurück, ist aber ein klarer Schritt



Strenge Corona-Kontrollen gab es in einigen EU-Staaten.

Zudem wurde im Sommer 2021 in Rekordzeit eine EU-Verordnung verabschiedet, die die europaweite Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung von Covid-Zertifikaten zum Impf-, Genesungs- oder Teststatus regelt. Dieses Instrument war gerade während der Pan-

demie von zentraler Bedeutung, um die Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt zu erleichtern. Die Verordnung hatte zunächst eine Gültigkeit von nur einem Jahr und wird aktuell um ein Jahr bis zum Sommer 2023 verlängert.

Gesamtmittel informiert weiter über aktuelle Entwicklung in der Pandemie

Zum Thema Impfen – anfangs täglich, später im wöchentlichen Rhythmus – informierte Gesamtmittel über die aktuellen Entwicklungen in der Corona-Pandemie. Dabei spielten Impfstoffe, Impflieferungen und die Impfkampagnen im Bund, in den Ländern und den Betrieben eine große Rolle, aber auch aktuelle Impfquoten, die Hospitalisierung sowie die Belastungen der Intensivbetten, um

auf mögliche Folgen für die Mitgliedsunternehmen der M+E-Verbände aufmerksam zu machen. So führten die (bislang) vier Wellen der Corona-Pandemie dazu, die teilweise sehr verwirrenden Informationen zu 2G, 2G+ oder 3G von Bund und Ländern zu entschlüsseln und in Kürze verständlich zu machen. Informiert wurde ebenso über aktuelle Schutzmaßnahmen des Bundes und der Länder sowie über aktuelle Arbeitsschutzverordnungen. Informationen aus der von der BDA geführten Impfgruppe wurden ebenfalls regelmäßig im Bericht dokumentiert.

Ein Erfolg war der gemeinsame Impfpflicht der M+E-Sozialpartner aus dem Spätsommer 2021. Die Unternehmen der M+E-Industrie haben auch daraufhin ihr Test- und Impfangebot stark ausgeweitet und konnten somit eine beachtliche Erhöhung der Anzahl an Geimpften erreichen. Im Frühjahr 2022 lag der Fokus dann auf der Impfpflicht.

Auch wenn die Bedeutung der Corona-Pandemie in den vergangenen Wochen abgenommen hat: Gesamtmittel wird auch weiterhin die aktuelle Corona-Lage genau verfolgen und bei Bedarf die Informationen an seine Mitgliedsverbände und deren Mitgliedsunternehmen wieder verstärken.

GESAMTMETALL
Der Arbeitgeberverband der Metall- und Elektro-Industrie



Gemeinsamer Appell von Dr. Stefan Wolf, Gesamtmittel-Präsident, und Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall: „Lassen Sie sich impfen. Nur so schaffen wir die Rückkehr zur Normalität.“

Berlin/Frankfurt am Main, 10. August 2021. Rund 55 Prozent der Deutschen sind inzwischen vollständig geimpft, über 60 Prozent haben zumindest ihre Erstimpfung erhalten. Derzeit werden noch im Schnitt rund 350.000 Dosen pro Tag verabreicht. Von der wichtigen Zielmarke einer Herdenimmunität – nach wissenschaftlicher Meinung mindestens 85 Prozent Geimpfte – ist Deutschland damit noch weit entfernt. Gleichzeitig werden immer wieder Termine für Zweitimpfungen nicht wahrgenommen – und das bei zuletzt wieder deutlich steigenden Inzidenzwerten. Die Sozialpartner der Metall- und Elektro-Industrie sind sich einig, dass nur eine hohe Impfquote die Rückkehr zur Normalität ermöglichen kann.

Daher appellieren Dr. Stefan Wolf, Gesamtmittel-Präsident, und Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, gemeinsam an die Beschäftigten der Metall- und Elektro-Industrie: „Nehmen Sie – egal wo – die Impfangebote an. Ob in den Impfzentren, beim Hausarzt oder im Betrieb – jede Impfung zählt! Nur wenn wir schnell eine hohe Impfquote erreichen, können wir eine drohende vierte Welle verhindern und die Rückkehr zur Normalität entscheidend beschleunigen. Selbstverständlich ist die Impfung eine persönliche Entscheidung. Aber es geht auch um unser gesellschaftliches Zusammenleben. Hier tragen alle ihren Teil der Verantwortung. Sich impfen zu lassen, ist auch ein Akt der Solidarität.“

Auch die Unternehmen der M+E-Industrie stehen zu ihrer Verantwortung und bieten dort, wo es möglich und notwendig ist, umfangreiche Impf- und auch Testangebote an. Wir wissen, nicht alle Unternehmen können diese Angebote machen, auch wegen der hohen organisatorischen und finanziellen Belastungen. Aber wo vorhanden, sollte diese Möglichkeit genutzt werden. Ziel muss es sein, es den Menschen so einfach wie möglich machen, an ihre Impfung zu kommen. Dabei gilt es, auch kreative und neue Lösungen zu finden und zu nutzen.“

GESAMTMETALL
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der
Metall- und Elektro-Industrie e.V. | 60329 Frankfurt am Main
Vollstr. 16 | 10117 Berlin | Postfach 10 02 49 | 10002 Berlin
Tel. 030 55 150-0 | Fax 030 55 150-400

IG Metall Vorstand
Wilhelm-Liebsch-Str. 79 | 60329 Frankfurt am Main
Tel. 069 6695-0 | Fax 069 6695-2543

Der gemeinsame Impfpflicht von IG Metall und Gesamtmittel.

Die wichtigsten Ereignisse sowie arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Entscheidungen im Überblick

Die vorherigen Ereignisse seit Beginn der Corona-Pandemie finden Sie in den Gesamtmittel-Geschäftsberichten 2019/2020 und 2020/2021.

🔧 Mai 2021

9. Mai: Die Covid-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung tritt in Kraft und schafft Erleichterungen der Grundrechtseinschränkungen für Geimpfte und Genesene auf Bundesebene.

31. Mai: Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) lässt den Impfstoff von BioNTech/Pfizer auch für Kinder ab 12 Jahren zu.

🔧 Juni 2021

1. Juni: Ein wichtiger Meilenstein des digitalen Covid-Zertifikats der EU wurde erreicht: Das technische System auf EU-Ebene, mit dem die Zertifikate sicher und unter Wahrung des Datenschutzes geprüft werden können, der sogenannte EU-Gateway, ist online und startet in sieben Ländern.

7. Juni: Die Priorisierung in der Corona-Impfkampagne entfällt. Das bedeutet, dass die Impfungen nicht mehr nach Altersgruppen gestaffelt sind.

9. Juni: Das EU-Parlament gibt endgültig grünes Licht für das digitale Covid-Zertifikat der EU. Die Abgeordneten billigen das digitale Covid-Zertifikat der EU, um das Reisen innerhalb der EU zu erleichtern und zur wirtschaftlichen Erholung beizutragen.

9. Juni: Das Bundeskabinett beschließt die Dritte Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung. Enthalten sind vor allem folgende Regelungen:

- Vollständige SV-Beitragserstattung bis 30. September 2021.

- Häufige SV-Beitragserstattung bis 31. Dezember 2021.

- Ermöglichung des erleichterten KuG-Zugangs bis zum 31. Dezember 2021 für Betriebe, die bis zum 30. September 2021 Kurzarbeit eingeführt haben.

- Verlängerung des KuG-Zugangs für Zeitarbeitnehmer bis 30. September 2021.

10. Juni: Der digitale Impfnachweis wird in Deutschland eingeführt. Er kann direkt in der Corona-Warn-App oder mit der Cov-Pass-App genutzt werden. Die Ausstellung erfolgt direkt über die Impfzentren sowie über die Apotheken. Die Betriebsärzte sind jetzt Teil der Impfkampagne.

18. Juni: In Deutschland ist inzwischen mehr als die Hälfte der Bevölkerung mindestens einmal gegen das Coronavirus geimpft. 50,1 Prozent haben die erste Impfung bekommen, 29 Prozent sind schon vollständig geimpft.

30. Juni 2021: Die Regelungen des Paragraphen 28b des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) – die sogenannte Bundesnotbremse – treten außer Kraft.

🔧 Juli 2021

1. Juli: Startschuss für das digitale Covid-Zertifikat in der EU. Wer in der EU lebt,

kann sich das digitale Covid-Zertifikat nun ausstellen lassen und bei Bedarf vorzeigen.

Gleichzeitig wird die Kreuzimpfung aus einer ersten Corona-Schutzimpfung mit dem Vektor-Wirkstoff von AstraZeneca und einer Zweitimpfung mit einem mRNA-Vakzin von Moderna oder BioNTech von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlen.

Zudem tritt die geänderte Corona-Arbeitschutzverordnung mit zusätzlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes während der Pandemie in Kraft.

Die Delta-Variante des Covid-19-Virus hält nun auch in Deutschland Einzug.

21. Juli: Gesundheitsminister Spahn legt dem Bundeskabinett einen Bericht über den Aufbau einer „Nationalen Reserve Gesundheitsschutz“ vor. Diese sei gedacht, um bei künftigen Pandemien und Katastrophen eingesetzt zu werden.

28. Juli: Mehr als jeder zweite Deutsche (50,2 Prozent / 41,8 Mio.) hat den vollen Impfschutz, 61,1 Prozent (50,85 Mio.) der Bürger sind mindestens einmal geimpft.

🦠 August 2021

1. August: Die neue Einreiseverordnung wird vom Bundeskabinett beschlossen. Die geltende Einreiseverordnung wird bis zum 10. September 2021 mit zwei Neuerungen verlängert. Unter anderem gilt bei Einreise aus Virusvariantengebieten keine 14-tägige Quarantäne mehr. Voraussetzung: Die einreisende Person ist mit einem Impfstoff geimpft, der gegen diese Virusvariante wirksam ist.

16. August: Die Ständige Impfkommission (STIKO) spricht ab sofort für alle 12- bis 17-Jährigen eine allgemeine Covid-19-Impfempfehlung aus.

26. August: Der Bundestag hat in einer Sondersitzung die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ für maximal drei weitere Monate verlängert. Zudem soll bis zum 30. August eine Änderung des Paragraphen 28a des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vorbereitet werden. Die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz soll aufgrund des Impffortschritts nicht mehr zentraler Maßstab sein. Die Schutzmaßnahmen gegen Corona sollen „zukünftig insbesondere auch an der Covid-19-Hospitalisierungsrate“ ausgerichtet werden.

🦠 September 2021

10. September: Aufgrund der Erweiterung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung sind Arbeitgeber nun auch verpflichtet, Beschäftigte über die Risiken einer Covid-19-Erkrankung und bestehende Möglichkeiten einer Impfung zu informieren (Unterweisung), die Betriebsärzte bei betrieblichen Impfangeboten zu unterstützen sowie Beschäftigte zur Wahrnehmung von Impfangeboten freizustellen.

13. September: Unter dem Motto #HierWirdGeimpft startet eine Aktionswoche von Bund und Ländern mit niedrigschwelligen Impfangeboten in ganz Deutschland.

15. September: Das Bundeskabinett beschließt die Vierte Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung. Sie verlängert folgende Sonderregelungen:

- Vollständige SV-Beitragserstattung bis 31. Dezember 2021.
- Ermöglichung des erleichterten KuG-Zugangs für alle Betriebe bis zum 31. Dezember 2021.
- Verlängerung des KuG-Zugangs für Zeitarbeitnehmer bis 31. Dezember 2021.

22. September: Die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) beschließt, dass Nichtgeimpfte, die die Möglichkeit zu einer Corona-Schutzimpfung gehabt haben, ab dem 1. November keine staatliche Lohnersatzleistung auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) im Falle einer behördlich angeordneten Quarantäne mehr erhalten sollen.

30. September: Die Schließung eines Großteils der Corona-Impfzentren in Deutschland steht bevor.

🦠 Oktober 2021

6. Oktober: In Deutschland wurden mittlerweile 108 Millionen Covid-19-Impfungen verabreicht. Fast vier von fünf Erwachsenen sind damit mindestens einmal geimpft. Zudem haben bereits über 40 Prozent der 12- bis 17-Jährigen mindestens eine Impfung erhalten.

18. Oktober: Das digitale Covid-Zertifikat der EU ist mit mehr als 591 Millionen ausgestellten Zertifikaten ein entscheidendes Element der Reaktion Europas auf die Covid-19-Pandemie.

18. Oktober: Die Europäische Union hat in den letzten zehn Monaten über eine Milliarde Impfstoffdosen exportiert. In der EU hergestellte Impfstoffe wurden in mehr als 150 Länder auf allen Kontinenten versandt. Parallel dazu wurden über 75 Prozent der Erwachsenen in der EU vollständig geimpft.

28. Oktober: Eine Forsa-Studie ergibt: „Ungeimpfte wollen sich nicht überzeugen lassen“.

🦠 November 2021

1. November: Impfzentren in Deutschland öffnen wieder.

5. November: Beschluss der 94. GMK: Bund und Länder betonen gemeinsam, dass Auffrischimpfungen vorangetrieben und zeitnah durchgeführt werden müssen. Dies gilt insbesondere für die älteren Personengruppen in den Alten- und Pflegeheimen.

Die 3G-Regel soll bei Veranstaltungen in Innenräumen die Regel sein. Hintergrund der Entscheidung sind deutlich gestiegene Infektionszahlen in der vierten Welle der Pandemie.

12. November: Für öffentliche Veranstaltungen gilt künftig 2G+: Geimpfte und Genesene müssten danach einen aktuellen negativen Test vorweisen, um eine Veranstaltung besuchen zu können.

16. November: Die Testverordnung, mit der kostenfreie Bürgertests wieder eingeführt werden, tritt in Kraft.

24. November: Das Gesetz zur Änderung des IfSG und weiterer Gesetze anlässlich der Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite tritt in Kraft. Durch das Gesetz wird 3G im Betrieb eingeführt. Zugang zu einem Betrieb sollen künftig Beschäftigte nur dann erhalten, wenn sie geimpft, genesen oder aktuell getestet sind. Zudem wurde der Entschädigungsanspruch im Falle einer notwendigen pandemiebedingten Kinderbetreuung nach dem Infektionsschutzgesetz von der epidemischen Lage entkoppelt und der Anspruch auf Kinderkrankengeld weiter verlängert.

Zudem beschließt das Bundeskabinett die Verordnung über die Bezugsdauer und Verlängerung der Erleichterungen der Kurzarbeit. Die Verordnung beinhaltet unter anderem folgende Regelungen:

- Häftige SV-Beitragserstattung bis 31. März 2022.

- Verlängerung der Bezugsdauer auf 24 Monate bis maximal 31. März 2022 für alle Beschäftigten, deren KuG-Anspruch bis zum 31. März 2021 entstanden ist.

- Ermöglichung des erleichterten KuG-Zugangs für alle Betriebe vom 1. Januar 2022 bis zum 31. März 2022.

- Verlängerung des KuG-Zugangs für Zeitarbeitnehmer bis 31. März 2022.

25. November: Die epidemische Lage von nationaler Tragweite endet.

26. November: Eine neue Virusvariante tritt in Südafrika auf (B.1.1.529).

❖ Dezember 2021

3. Dezember: Es werden wieder über eine Million Impfungen pro Tag erreicht.

10. Dezember: Bundestag und Bundesrat beschließen das „Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19“. Beschäftigte in Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegebereichs müssen künftig nachweisen, dass sie geimpft oder genesen sind oder aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können. Diese einrichtungsbezogene Impfpflicht ist Teil des „Gesetzes zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie“.

Zudem wird das Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie beschlossen. Enthalten sind folgende Sonderregelungen:

- Verlängerung der Verordnungsermächtigung zur Einführung des erleichterten KuG-Zugangs sowie einer SV-Beitrags-erstattung bis zum 31. März 2022.

- Verlängerung der erhöhten KuG-Leistungssätze bis zum 31. März 2022 und Ausweitung auf die Beschäftigten, die ab April 2021 erstmals in Kurzarbeit beschäftigt waren.

13. Dezember: Es wird damit begonnen, Kinder zwischen fünf und elf Jahren bundesweit zu impfen.

14. Dezember: Konstituierende Sitzung des neuen Expertenrats der Bundesregierung.

16. Dezember: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat für die zusätzlichen Impfstoffe 2,2 Milliarden Euro bewilligt.

17. Dezember: Die fünfte Welle wird durch die neue Virusvariante Omikron ausgelöst.

20. Dezember: Der von der Firma Novavax entwickelte Covid-19-Impfstoff Nuavax erhält eine bedingte Marktzulassung in der EU. Es handelt sich um den fünften Impfstoff, der nach einer positiven wissenschaftlichen Empfehlung der Europäischen Arzneimittel-Agentur zugelassen wurde.

21. Dezember: Beschluss der EU-Kommission, dass die Impfbescheinigungen für das digitale Covid-Zertifikat der EU bei Reisen innerhalb der EU nur noch neun Monate lang gültig sein sollen. Die Entscheidung stützt sich auf die Empfehlung, spätestens sechs Monate nach der ersten Impfung eine Auffrischungsdosis zu erhalten, und sieht eine zusätzliche Frist von drei Monaten vor. Die neuen Regeln gelten seit dem 1. Februar 2022.

22. Dezember: Bis Weihnachten wird das Ziel erreicht, 30 Millionen Menschen mit einer Auffrischungsimpfung zu versorgen. Ursprünglich wollte die Bundesregierung dies bis Ende November schaffen.

❖ Januar 2022

14. Januar: PCR-Tests von medizinischen Fachkräften, die eine Freitestung benötigen, werden in Laboren priorisiert.

Die Omikron-Variante macht mittlerweile 70 Prozent der Neuinfektionen in Deutschland aus.

20. Januar: Das EU-Parlament billigt eine vorläufige Einigung mit dem Rat über die Stärkung der Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur. So soll sichergestellt werden, dass die EU besser auf künftige Gesundheitskrisen vorbereitet ist, indem Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten wirksamer bekämpft werden. Der Beschluss gilt seit dem 1. März 2022.

24. Januar: Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zieht vorläufige Bilanz: In den zwei bisherigen Corona-Jahren gab es in Deutschland einen Wertschöpfungsausfall in Höhe von rund 350 Milliarden Euro.

25. Januar: Der Rat verabschiedet eine neue Empfehlung für eine koordinierte Vorgehensweise zur Erleichterung der sicheren Ausübung der Freizügigkeit während der Covid-19-Pandemie. Mit dieser Empfehlung wird dem erheblichen Anstieg der Impfquote und der raschen Einführung des digitalen Covid-Zertifikats der EU Rechnung getragen. Nach der neuen Empfehlung sollten Covid-19-Maßnahmen unter Berücksichtigung des Gesundheitsstatus der Person und nicht der epidemiologischen Lage in der Region angewandt werden, mit Ausnahme von Gebieten, in denen das Virus in sehr hohem Maße zirkuliert.

❖ Februar 2022

11. Februar: Aufgrund der stark steigenden Infektionszahlen sollen die Testkapazitäten noch gezielter eingesetzt werden.

Das Gesamtvolumen an PCR-Tests pro Woche beträgt nun drei Millionen. Dazu kommen zusätzlich 350.000 Schnelltests.

15. Februar: Im Rahmen der neuen „Impfen hilft“-Kampagne der Bundesregierung wurden Spots auch als Kinowerbung geschaltet. Zugang zu Kinovorstellungen haben allerdings ausschließlich geimpfte oder genesene Personen.

16. Februar: Die Bund-Länder-Konferenz beschließt Lockerungsschritte in drei Stufen:

1. Künftig sollen private Zusammenkünfte für Geimpfte und Genesene wieder ohne Begrenzung stattfinden können.

2. Ab dem 4. März wird in der Gastronomie und bei Übernachtungsangeboten die 3G-Regel gelten. Diskotheken und Clubs werden mit 2G+ öffnen. Bei überregionalen Großveranstaltungen können wieder mehr Personen zugelassen werden.

3. Ab dem 20. März sollen alle tiefgreifenderen Schutzmaßnahmen entfallen, wenn die Situation in den Krankenhäusern dies zulässt. Auch die Homeoffice-Pflicht entfällt. Arbeitgeber können zum Infektionsschutz aber weiterhin Homeoffice anbieten.

22. Februar: Seit Beginn der Omikron-Welle haben sich 5 Millionen Menschen mit Covid-19 infiziert. Arztpraxen haben mittlerweile 83 Millionen Impfungen vorgenommen. Rund 12 Prozent Ungeimpfte gibt es in der Altersgruppe über 60 Jahre noch.

22. Februar: Der Rat aktualisiert seine Empfehlung zu Reisen aus Drittländern. Gemäß der Empfehlung dürfen folgende Personengruppen unter bestimmten Bedingungen wieder in die EU einreisen: Geimpfte und Genesene, Personen, die aus zwingenden Gründen reisen müssen und

Personen ohne zwingenden Reisegrund aus einem Land auf der EU-Liste. Die neue Empfehlung gilt seit dem 1. März 2022.

✚ März 2022

3. März: Die „Dritte Änderungsverordnung der Coronavirus-Einreiseverordnung“ tritt in Kraft. Bei der Einreise in die Bundesrepublik gilt weiterhin die 3G-Regel, unabhängig davon, ob ein Land als Hochrisikogebiet eingestuft ist oder nicht. Ungeimpfte und Nichtgenesene müssen also bei Einreise über einen negativen Corona-Test verfügen.

3. März: Der Rat gibt grünes Licht für die Aufnahme von Verhandlungen über eine internationale Übereinkunft über Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion, einen sogenannten internationalen Pandemievertrag.

11. März: Grund für die steigenden Infektionszahlen ist die sehr ansteckende Virus-Subvariante BA.2 (Omikron). Ihr Anteil liegt mittlerweile bei rund 50 Prozent.

11. März: Der Bundesrat billigt das Gesetz zur Verlängerung von Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie beim Kurzarbeitergeld und anderer Leistungen, mit dem folgende Regelungen eingeführt worden sind:

- Verlängerung der maximalen KuG-Bezugsdauer von 24 auf 28 Monate maximal bis zum Ablauf des 30. Juni 2022 für diejenigen Betriebe, die spätestens bis zum 30. Juni 2021 mit dem KuG-Bezug begonnen haben.
- Ermöglichung des erleichterten KuG-Zugangs für alle Betriebe vom 1. Januar 2022 bis zum 30. Juni 2022.
- Verlängerung der erhöhten KuG-Leistungssätze bis zum 30. Juni 2022.

- Verlängerung des KuG-Zugangs für Zeitarbeitnehmer bis zum 30. Juni 2022.
- Erweiterung der Verordnungsermächtigung u. a. zur Verlängerung der Bezugsdauer, des erleichterten KuG-Zugangs und der erhöhten KuG-Leistungssätze bis zum 30. September 2022.

18. März 2022: Der Bundesrat billigt das Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und anderer Vorschriften. Es enthält folgende Neuregelungen:

- Einführung einer vom 1. Juli 2022 bis zum 30. September 2022 befristeten Verordnungsermächtigung für die weitere Verlängerung des KuG-Zugangs für Zeitarbeitnehmer.
- Einführung einer bis zum 30. September 2022 befristeten Verordnungsermächtigung für die Wiedereinführung der SV-Beitragserstattung.
- 19. März:** Mit dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz wurden der Anspruch auf Kinderkrankengeld sowie der Entschädigungsanspruch im Falle einer notwendigen pandemiebedingten Kinderbetreuung nach dem Infektionsschutzgesetz bis zum 23. September 2022 verlängert.

20. März: Die Änderungen am Infektionsschutzgesetz treten in Kraft. Nach einem Beschluss von Bund und Ländern vom 16. Februar 2022 können die Landesregierungen allgemeine Schutzmaßnahmen anordnen. Es sind zudem Testpflichten möglich. Darüber hinaus wird eine Hotspot-Strategie angewendet. Sie greift, wenn hohe Inzidenzen die Versorgung in den Krankenhäusern gefährden oder neue, gefährliche Virusvarianten auftreten. Für diese Fälle können die Landesparlamente zusätzliche Schutzmaßnahmen für konkret benannte Regionen vorschreiben. Die Bundesländer

bekommen bis zum 2. April Zeit, ihre landesrechtlichen Regelungen anzupassen. Mit der ersatzlosen Streichung von § 28b Abs. 1 bis 4 IfSG entfallen die bundesweite Regelung zu 3G in Betrieben und die Homeoffice-Angebotspflicht.

25. März: Neue Höchststände bei den Corona-Infektionen. Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Infektionen liegt bei 1.733. Die vierte Impfung wird von der STIKO für Menschen über 70 Jahre und für jene mit einem Immundefekt empfohlen.

30. März: Das Bundeskabinett verabschiedet einen Gesetzentwurf zum 500-Euro-Pflegebonus im Bereich der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

✚ April 2022

6. April: Wer sich mit dem Corona-Virus infiziert, ist auch künftig zur Isolation verpflichtet. Danach sollen sich Infizierte ab Mai schon nach fünf Tagen freitesten können. Zur Entlastung der Gesundheitsämter entfällt künftig die Anordnung der Quarantäne für direkte Kontaktpersonen.

7. April: Der Bundestag lehnt die Impfpflicht ab. Keine der fünf Vorlagen der Gruppen von Abgeordneten findet die erforderliche Mehrheit.

Mai 2022

10. Mai: Der verringerte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent soll in der Gastronomie über die bisher bestehende Befristung hinaus bestehen bleiben. Seit dem 1. Juli 2022 beträgt die Umsatzsteuer für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen 7 statt 19 Prozent. Mit dem „Dritten Corona-Steuerhilfegesetz“ hatte der Bundestag die Verlängerung dieser Regelung bis Ende 2022 beschlossen.

16. Mai: Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) muss aus Sicht der Gesundheitsminister der Länder spätestens zum 23. September mit Auslaufen der Befugnisgrundlagen überarbeitet werden. Den Ländern sollten gesetzliche Befugnisse eingeräumt werden, um auf das Infektionsgeschehen im Herbst und Winter reagieren sowie notwendige Infektionsschutzmaßnahmen schnell, effektiv und rechtssicher ergreifen zu können.

In einem weiteren Beschluss hat sich die GMK für die Verlängerung der Coronavirus-Surveillanceverordnung zunächst um ein Jahr bis zum 30. September 2023 ausgesprochen. Diese Verordnung verpflichtet Labore zur Sequenzierung eines bestimmten Anteils an positiven SARS-CoV-2-Proben und zur Weiterleitung der Ergebnisse an das Robert Koch-Institut.

25. Mai: Die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung (Corona-ArbSchV) und die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel treten mit Ablauf des Tages außer Kraft.

**SOZIALE
MARKT-
WIRTSCHAFT
BEDEUTET**

Soziale Marktwirtschaft bedeutet Krisen meistern zu können. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Freiheit des Marktes mit einem sozialen Ausgleich. Gerade in Krisensituationen erweist sich die Dynamik, die Marktwirtschaft freisetzt, als ungeheuer schlagkräftig und wirkungsvoll. So hat in der Corona-Pandemie die vielfältige, wettbewerbsfähige Marktwirtschaft für die Gesellschaft essenzielle Leistungen erbracht. Mit der Sozialen Marktwirtschaft werden wir auch kommende Krisen meistern.

KRISEN MEISTERN KÖNNEN

Lieferengpässe und Kostenexplosion stoppen Aufholprozess in der M+E-Industrie

Nach zwei Rezessionsjahren 2019 und 2020 in Folge blieb 2021 der erhoffte Aufholprozess in der Metall- und Elektro-Industrie aus. Die Gründe: Lieferengpässe und explosionsartig gestiegene Preise für Energie, Material und Vorleistungen. Trotz guter Auftragslage erholte sich die M+E-Produktion im Jahresschnitt nur um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr und lag damit noch immer 14 Prozent unter dem Vorkrisenniveau von 2018.

Die Kosten stiegen schneller als die Erlöse, was die Erholung zusätzlich bremste und die finanziellen Möglichkeiten für Investitionen und Innovationen gerade in den massiv vom Strukturwandel betroffenen Unternehmen weiter einschränkte. Die schwierige Situation der Unternehmen spiegelte sich 2021 in anhaltend hohen Zahlen bei der Kurzarbeit wider.

Im Februar 2022 begann der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser führt zu enormen wirtschaftlichen Konsequenzen für die M+E-Industrie: Es droht erneut eine Rezession! Die weitere Ent-

wicklung hängt maßgeblich von weiteren Eskalationsstufen des Krieges sowie den verhängten Sanktionen ab. Bereits das aktuelle Umfeld führte zu einer Verschärfung der Engpässe sowie zu weiteren Kostenexplosionen bei Energie, Rohstoffen sowie Metallen und Stahl. Hinzu kommt eine angespanntere Corona-Lage in China mit neuerlichen Lockdowns in wichtigen Industrieregionen.

Der M+E-Industrie droht 2022 erneut eine Rezession!

Angesichts dessen wird die M+E-Industrie erneut mit anhaltenden Lieferschwierigkeiten und Produktionsunterbrechungen konfrontiert sein. Auch 2022 wird daher ein schwieriges Jahr für die M+E-Industrie. Eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau 2018 erscheint ausgeschlossen. Stattdessen bleibt das große Risiko eines Wirtschaftseinbruchs insbesondere bei weiteren Sanktions- oder Embargomaßnahmen.

Lieferengpässe sorgen für schwache Produktion bei starken Auftragseingängen

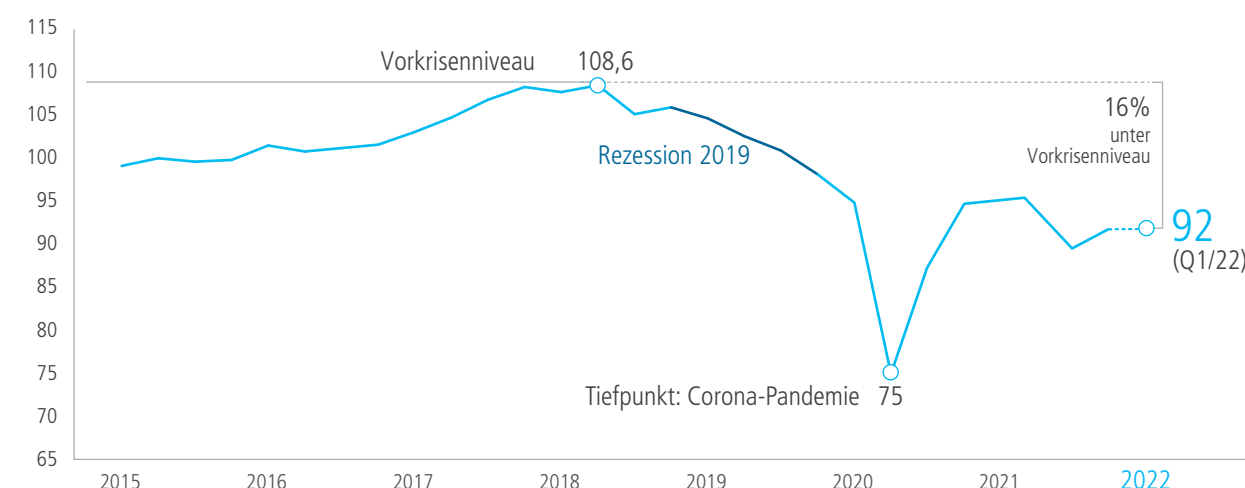
Nach der Rezession 2019 führte die Corona-Krise im zweiten Quartal 2020 zu einem historischen Absturz in der M+E-Industrie. Zwar konnte sie sich seit der zweiten Jahreshälfte 2020 von einem niedrigen Niveau aus erholen, seit Jahresbeginn 2021 behinderten jedoch zunehmend fehlende Teile und Knappheiten bei Materialien wie Halbleitern, Stahl oder Kunststoffen den Aufholprozess in der Produktion. So erholte

sich die M+E-Produktion 2021 lediglich um 4,6 Prozent – nach einem Rückgang um 4,5 Prozent 2019 und 13,9 Prozent 2020 – und lag damit 14 Prozent unter dem Vorkrisenniveau von 2018.

Die Automobilindustrie war besonders schwer von den Engpässen betroffen. Die Branche erlebte in den ersten drei Quartalen 2021 einen sehr starken Einbruch der Produktion gegenüber dem Niveau des vierten Quartals 2020. Erst zum Jahreswechsel 2021/2022 konnte sich die Produktion auf niedrigem Niveau erholen. Allerdings griffen

M+E-Produktion: Bereits vor dem Krieg in der Ukraine noch weit unter Vorkrisenniveau

Saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte, Index (2015 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt

die Lieferengpässe im Jahresverlauf zunehmend auf die anderen Branchen über, deren Produktion nach moderater Erholung in der ersten Jahreshälfte zum Teil bereits im dritten, spätestens aber im vierten Quartal einen spürbaren Dämpfer erlitt.

Auf der anderen Seite stiegen die Auftrags-eingänge in der M+E-Industrie im Jahr 2021 um 20,3 Prozent. Sie wurden dabei vor allem von einer starken Auslandsnachfrage gestützt, die um 22,4 Prozent zulegte. Die Inlandsnachfrage nahm mit 17,2 Prozent etwas schwächer zu. Im Ergebnis ergab sich eine zunehmende Schere zwischen Neuaufträgen und Produktion, was zu einem extrem hohen Auftragsbestand führte.

Umsatz steigt, aber die Kosten steigen noch stärker

Der Umsatz der M+E-Industrie stieg 2021 um 10,3 Prozent auf 1.176 Milliarden Euro. Vom Gesamtumsatz erzielten die Unternehmen 670 Milliarden Euro im Ausland (plus 12,0 Prozent) und 506 Milliarden Euro (plus 8,1 Prozent) im Inland. Die Exportquote der M+E-Industrie lag 2021 bei 57 Prozent.

Dem gestiegenen Umsatz stehen jedoch oftmals noch stärker gestiegene Einkaufskosten gegenüber. Die Preise für Energie verteuerten sich 2021 um 25 Prozent, die für Vorleistungsgüter um 12 Prozent. Im gleichen Zeitraum stiegen die Preise für Investitionsgüter lediglich um 2 Prozent und blieben damit deutlich hinter den gestiegenen Einkaufskosten zurück. Dabei beschleunigte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf dramatisch. Im Dezember 2021 mussten die Industrieunternehmen in Deutschland für Erdgas 234 Prozent und für Strom 92 Prozent mehr als vor einem Jahr bezahlen.

Während die Exporte 2021 gegenüber fast allen Handelspartnern anstiegen, sanken die Exporte ins Vereinigte Königreich infolge des Brexits erneut um 3,9 Prozent. Großbritannien blieb zwar auch 2021 der viertwichtigste Abnehmer deutscher M+E-Exporte, allerdings mit stark abnehmender Tendenz.

Mit einem Anteil von 62,0 Prozent blieb Europa vor Asien (21,1 Prozent), Nord- und Südamerika (14,2 Prozent) und Afrika und Ozeanien (2,7 Prozent) die mit Abstand wichtigste Zielregion deutscher M+E-Exporte. Die

Importe von M+E-Gütern stiegen 2021 um 11,4 Prozent auf 528 Milliarden Euro.

Noch in der vergangenen Dekade konnte die deutsche M+E-Industrie ihre Weltmarktanteile verteidigen. Inzwischen wirken sich die Investitionszurückhaltung und der Strukturwandel spürbar aus. Nachdem sich die deutsche M+E-Produktion bis 2018 parallel zur weltweiten Industrieproduktion und dem Welthandel entwickeln konnte, bleibt diese seit 2019 deutlich zurück. Zum Jahreswechsel 2021/2022 lag die Lücke zwischen globaler Industrieproduktion und der deutschen M+E-Industrie bei über 20 Prozent.

Kurzarbeit trägt maßgeblich zur Beschäftigungssicherung bei

Nach fast 620.000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen seit der Finanzkrise 2008/2009 mussten die M+E-Unternehmen im Rezessionsjahr 2019 erstmals wieder Beschäftigung abbauen. Bis Mai 2021 gingen im Saldo 207.000 Stellen verloren. Die unterschiedliche Entwicklung in den M+E-Zweigen spiegelt dabei vor allem auch die Folgen des beschleunigten Strukturwandels wider.

Im weiteren Jahresverlauf konnte sich die M+E-Beschäftigung zwar stabilisieren, der erhoffte Beschäftigungsaufbau blieb jedoch vor dem Hintergrund anhaltender Produktionsbehinderungen aus. Im Vorjahresvergleich sank die Zahl der M+E-Beschäftigten um 0,9 Prozent auf 3,89 Millionen.

Kurzarbeit erwies sich hierbei erneut als beschäftigungssicherndes Instrument. So stoppte im September und Oktober der Trend zum Abbau der Kurzarbeit in den M+E-Branchen, wobei der Bedarf an Kurzarbeit im Fahrzeugbau wieder zunahm. Im vierten Quartal 2021 nutzte noch ein Viertel der Unternehmen Kurzarbeit. Im Dezember waren immerhin noch 191.000 M+E-Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen.

Dank der Kurzarbeit erholte sich der Arbeitsmarkt trotz der Produktionsbehinderungen sehr zügig. Die Arbeitslosigkeit in den M+E-Berufen ging bis Dezember kontinuierlich um mehr als 44.000 auf 135.000 Personen zurück. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg auf der anderen Seite um 38.000 auf 146.000 an. Die Kehrseite: Im Jahresverlauf 2021 verschärften sich auch wieder Fach-

kräfteengpässe. Im vierten Quartal 2021 gab mehr als ein Drittel der Unternehmen Produktionsbehinderungen durch fehlende Arbeitskräfte an.

Lohnstückkosten bleiben über Vorkrisenniveau

Die Entwicklung von Produktivität, Arbeits- und Lohnstückkosten wird weiterhin von den Einbrüchen in der Corona-Krise und der nachfolgenden Normalisierung beeinflusst. Aufgrund der Verringerung von Kurzarbeit sanken die Arbeitskosten je Stunde 2021 um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während

Weitere Themen rund um die Corona-Pandemie finden Sie im Corona-Spezial ab Seite 10.

die Produktivität um 1,9 Prozent stieg. Dadurch ergab sich eine leichte Normalisierung der Lohnstückkosten um minus 2,3 Prozent. Im Jahr 2020 waren die Lohnstückkosten noch um 8,3 Prozent gestiegen.

Infolge des Strukturwandels und der Kostenbelastungen standen die Gewinne in der deutschen M+E-Industrie bereits vor der Corona-Krise unter erheblichem Druck. Nach Hochrechnungen von Gesamtmetall auf Basis von ifo-Umfragen konnte sich die Nettoumsatzrendite 2020 bei 2,5 Prozent und 2021 bei 2,6 Prozent stabilisieren. Aber: Die Ertragslage der Firmen ist sehr heterogen.

Das haben wir vor!

Die Analyse und Auswertung der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine für die Unternehmen der M+E-Industrie werden in den nächsten Monaten Mittelpunkt der Arbeit von Gesamtmetall sein. Gleichzeitig richtet sich der Fokus auf die anstehende Tarifrunde 2022. Dabei muss klar sein: Jede zusätzliche Kostenbelastung schränkt die Möglichkeiten der M+E-Unternehmen noch weiter ein, in neue Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle zu investieren, um für die Herausforderungen des Strukturwandels und die nochmals beschleunigte Energie- und Klimawende gewappnet zu sein. Gesamtmetall wird sich auch weiterhin für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort Deutschland einsetzen, um eine Deindustrialisierung wie in anderen Ländern zu verhindern.

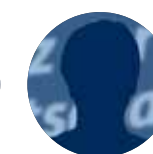
Ihre Ansprechpartner. Unser Service



Lars
Kroemer



Jannick
Joost

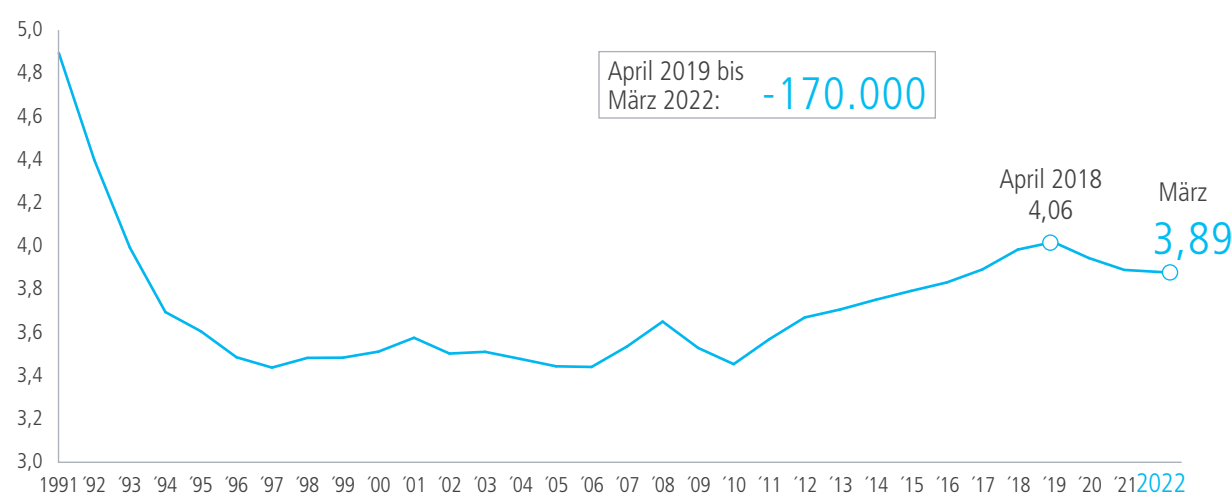


Anne-Katrin
Biereigel

- Konjunkturanalyse: Beobachtung und Analyse der wirtschaftlichen Lage der M+E-Industrie
- Wirtschaftliche Grundlagen für die Tarifpolitik und die Tarifrunde 2022
- Ansprechpartner für Fragen zu (Wirtschafts-)Statistiken
- Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen
- Organisation und Auswertung von Umfragen
- Erstellung des jährlichen Zahlenheftes mit den wesentlichen Daten der M+E-Industrie
- Veröffentlichung der Gewinnsituation der M+E-Industrie in einem Gewinnreport
- Koordination und Veröffentlichung des jährlichen M+E-Strukturberichts
- Auswertung der Verbandsmeldungen über die Entwicklung der Mitgliedsunternehmen

M+E-Beschäftigung: Aufbau bleibt wegen anhaltender Produktionsbehinderungen aus

Angaben in Mio., Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten



Quellen: Statistisches Bundesamt, Gesamtmetall

M+E-Industrie bleibt trotz großer Herausforderungen wichtigster Wirtschaftszweig

Der achte Strukturbericht für die M+E-Industrie in Deutschland macht die Entwicklung und Bedeutung der Branche deutlich – und das insbesondere vor dem Hintergrund von Strukturwandel und Corona-Krise. Denn trotz der großen Herausforderungen ist die M+E-Industrie nach wie vor für das Verarbeitende Gewerbe der mit Abstand bedeutendste Wirtschaftszweig und damit wesentlicher Pfeiler der deutschen Wirtschaft insgesamt. Rund zwei Drittel der industriellen Wertschöpfung werden von der M+E-Industrie erbracht. Die M+E-Industrie steht für 60 Prozent der Industrieumsätze und beschäftigt 63 Prozent der in der Industrie tätigen Personen.

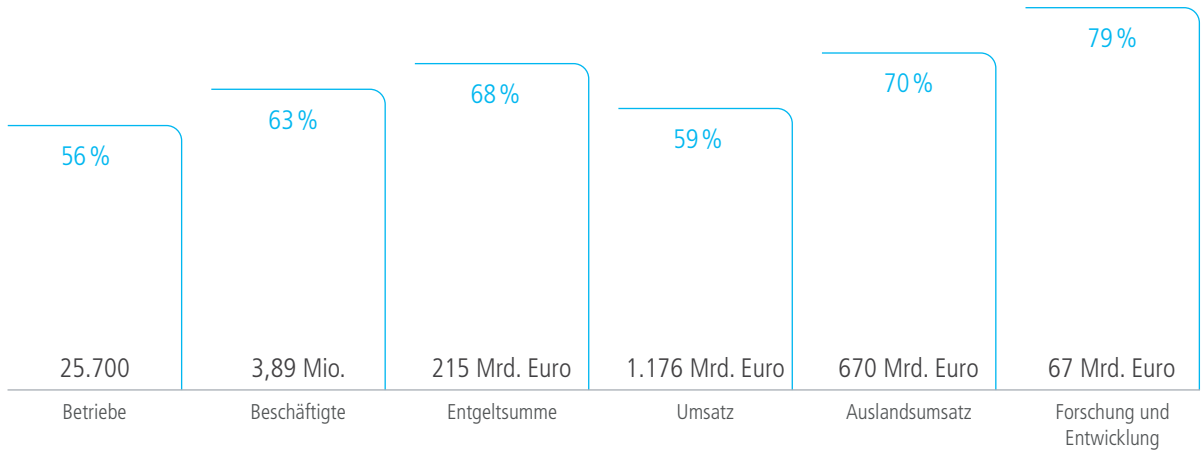
Die Auslandsmärkte blieben weiterhin entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg. Die überdurchschnittliche Auslandsaktivität der M+E-Industrie zeigt sich daran, dass sie über 70 Prozent der industriellen Auslands-

umsätze erwirtschaftete. Deutschland konnte im Zeitraum 2000 bis 2019 stark vom wachsenden Weltmarkt profitieren. Der Wert der Exporte der M+E-Wirtschaft in Deutschland wuchs zwischen 2000 und 2019 jahresdurchschnittlich ungefähr in gleichem Tempo wie der Weltmarkt – um 5,4 Prozent gegenüber 5,3 Prozent.

Die Werte zeigen damit eindrucksvoll, dass die M+E-Industrie und auch Deutschland insgesamt die großen Verlierer einer Antiglobalisierung und von Entflechtungsmaßnahmen wären. Protektionismus und Autarkiebestrebungen dürfen daher nicht die Antworten auf die aktuellen Herausforderungen sein. Es braucht vielmehr kluge Diversifikation und eine konsequente Verteidigung des Freihandels, der in den vergangenen Dekaden den Wohlstand in Deutschland, Europa und weltweit rasant steigen ließ.

M+E-Industrie trägt rund zwei Drittel zur industriellen Wertschöpfung bei

Anteile M+E-Industrie am Verarbeitenden Gewerbe



Angaben für 2021 (FuE-Aufwendungen für 2020), Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband, Gesamtmetall-Berechnungen

Auch weltweit nimmt die Bedeutung der M+E-Industrie zu

Weltweit nahm der Beitrag der Industrie zur Gesamtwirtschaft in den vergangenen 40 Jahren zu. Die industrielle Wertschöpfung hat sich im Zeitraum 1970 bis 2019 verfünffacht und ist schneller gewachsen als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Der Anteil der Industrie an der weltweiten Wertschöpfung ist von 16 auf 18 Prozent gestiegen. Die Analysen zeigen auch: Eine weltweite Deindustrialisierung kann also nicht beobachtet werden. Im Gegenteil: Der Freihandel hat die Industrialisierung und dadurch den Beitritt der großen Schwellenländer in die internationale Arbeitsteilung ermöglicht, was wiederum zu Wohlstand und einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse führte.

Der internationale Strukturwandel führt damit einerseits zu einer stärkeren Industrialisierung der aufstrebenden Länder, andererseits aber auch zu einer Verlagerung des Schwerpunkts der industriellen Tätigkeiten in diese Länder. Allen voran haben die asiatischen Schwellenländer eine beeindruckende indus-

trielle Aufholjagd verzeichnet. Die M+E-Industrie ist auch hier ein zentraler Treiber dieses Trends. Neue Wettbewerber haben an Bedeutung gewonnen und sich in globalen Produktionsnetzwerken etabliert. China spielt unter den neuen Wettbewerbern die größte Rolle. Der chinesische M+E-Weltmarktanteil erhöhte sich von 2000 bis 2019 von 3,8 auf

Auslandsmärkte weiter entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg

18,1 Prozent. Auf der anderen Seite hat die Gruppe der traditionellen Wettbewerber – darunter die USA, Frankreich und das Vereinigte Königreich – deutlich an Marktanteilen und industrieller Bedeutung verloren.

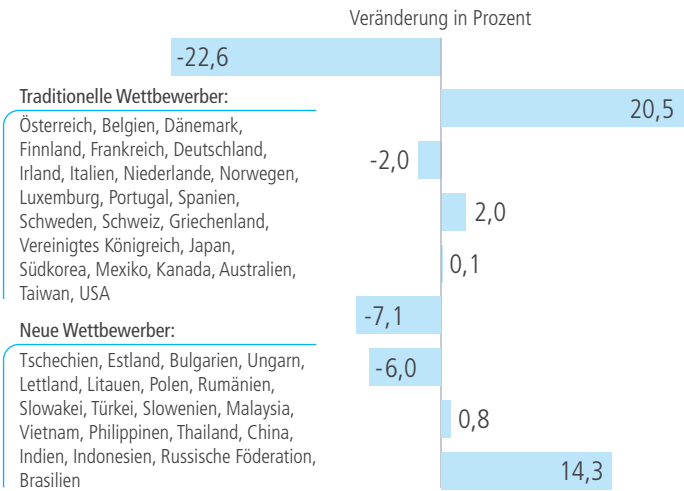
Deutsche M+E-Industrie profitiert von der Globalisierung

Die deutsche M+E-Industrie konnte über Exporterfolge und internationale Direktinvestitionen an den globalen Trends partizipieren

Deutsche M+E-Industrie behauptet sich im harten internationalen Wettbewerb

Weltmarktanteile der M+E-Exporte, Anteile in Prozent

	2000	2019
Traditionelle Wettbewerber	78,8	56,3
Neue Wettbewerber	12,2	32,7
Gesamt (G44)	90,9	89,9
Übrige Welt	9,1	11,1
Deutschland	10,1	10,2
USA	15,2	8,1
Japan	11,6	5,6
Südkorea	3,4	4,2
China	3,8	18,1



Quellen: UN COMTRADE 82021; OECD (2021); eigene Berechnungen IW Consult

Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben.

und ihren Weltmarktanteil – im Gegensatz zu vielen anderen traditionellen Industrieländern – im globalen Wettbewerb mit rund 10 Prozent behaupten. Während wichtige traditionelle Industrieländer inzwischen mehr M+E-Güter importieren als exportieren, weist die deutsche M+E-Industrie einen positiven Außenbeitrag auf. Diese internationale Wettbewerbskraft der M+E-Unternehmen trug wesentlich dazu bei, dass Deutschland

// Technologieintensität und breites Produktportfolio entscheidende Wettbewerbsvorteile“

eine Deindustrialisierung vermeiden konnte. Die vorliegenden Daten zeigen damit zwar weiterhin eine stabile internationale Wettbewerbsposition der deutschen M+E-Wirtschaft. Sie kann ihre Anteile an weltweiter Bruttowertschöpfung und Exporten aufrechterhalten. Die positiven Strukturmerkmale wie die Technologieintensität, die Komplexität der Produkte und das breite Produktportfolio sind weiterhin entscheidende Wettbewerbsvorteile. Sie bedürfen aber stetiger

Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie konsequenter Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten.

Investitionsstandort Deutschland muss wieder attraktiver gestaltet werden

Auf der anderen Seite deckt die Entwicklung der Investitionen inzwischen auch eine auffällige Schlagseite auf. Weltweit sind die deutschen M+E-Investitionen seit 2010 ununterbrochen gewachsen. Im Jahr 2019 erreichten die Direktinvestitionsbestände mit 255 Milliarden Euro ihren bisherigen Höchststand. Der ausländische Kapitalstock wuchs damit seit 2010 um 70 Prozent, während er im gleichen Zeitraum im Inland nur um 30 Prozent zulegte. Treiber sind der Maschinenbau und – vor allem anfangs – die Elektrotechnik. Im Fahrzeugbau haben sich die Direktinvestitionsbestände im Ausland zwar ebenfalls dynamischer entwickelt, allerdings geht die Schere zum Inland hier nicht ganz so weit auseinander.

Vor allem ein zunehmender Fachkräftemangel sowie überdurchschnittlich hohe Steuern,

Abgaben und Energiekosten belasten im internationalen Standortwettbewerb und lenken Zukunftsinvestitionen vieler M+E-Unternehmen an Deutschland vorbei. Auch die Weiterentwicklung der Digitalisierung ist von zentraler Bedeutung, da hier wichtige Wettbewerber deutlich bessere Standortbedingungen bieten.

Die Folge: Seit 2019 bleibt die M+E-Produktion hinter der weltweiten Entwicklung von Handel und Industrieproduktion zurück. Diese Trends gefährden Arbeitsplätze und müssen dringend umgekehrt werden, indem die Attraktivität Deutschlands als Investitions- und Produktionsstandort wieder spürbar verbessert wird. Dies gilt umso mehr mit Blick auf die Anforderungen des Strukturwandels: Fahrzeug- und Maschinenbau sowie die damit verbundenen Wertschöpfungsketten bilden die Schwerpunkte der deutschen M+E-Industrie.

// Herausforderungen auch durch Antiglobalisierung und Protektionismus intensiviert“

Gerade hier haben sich die Herausforderungen insbesondere durch Dekarbonisierung, Digitalisierung sowie Antiglobalisierung und Protektionismus weiter intensiviert. Wie der M+E-Strukturbericht 2021 weiter verdeutlicht, müssen prioritär der Freihandel gesichert, die Kostenbelastungen am Standort gesenkt sowie die infrastrukturellen Voraussetzungen gestärkt werden, um die industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa zu sichern und auszubauen.

Beispielsweise liegt Deutschland bei der Glasfaserversorgung bis zum Grundstück im in-

Der Strukturbericht für die M+E-Industrie

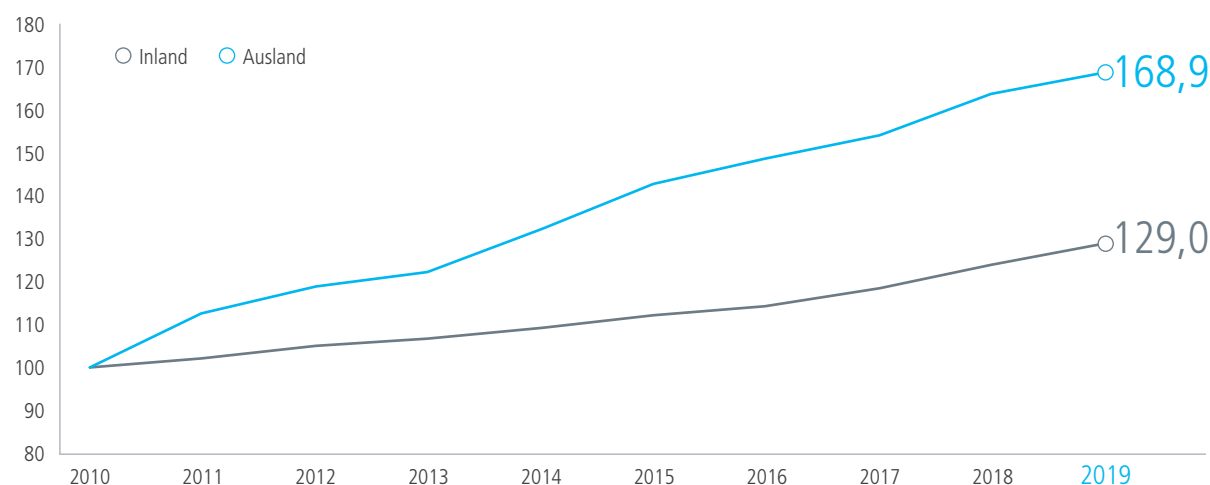
Seit 2014 untersucht IW Consult im Auftrag von Gesamtmetall jährlich die wirtschaftliche Entwicklung der M+E-Industrie im nationalen und internationalen Kontext und stellt die Ergebnisse im M+E-Strukturbericht vor. Zusätzliche Schwerpunktthemen waren 2021 die Entwicklung der Direktinvestitionen im internationalen Vergleich und der Internationale Strukturwandel.



Der Bericht zum Herunterladen unter:
www.gesamtmetail.de/strukturbericht2021

Direktinvestitionen der M+E-Unternehmen: Das Ausland wächst schneller

Entwicklung der Direktinvestitionen der Unternehmen der M+E-Industrie ins In- und Ausland, Index (2011 = 100)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2021), Deutsche Bundesbank (2021), eigene Berechnungen IW Consult

ternationalen Vergleich der Nutzer in der Schlussgruppe, wie Daten der OECD zeigen. Im zweiten Quartal 2020 waren lediglich 4,7 Prozent aller Breitbandanschlüsse in Deutschland Glasfaseranschlüsse, gegenüber 29,2 Prozent im OECD-Durchschnitt. An der Spitze lagen Südkorea (84 Prozent) und Japan (81 Prozent). In Europa waren Schweden (73 Prozent), Spanien (70 Prozent), Finnland (55 Prozent) oder Portugal (53 Prozent) um ein Vielfaches weiter.

Trotz gewisser Fortschritte gibt es in Deutschland beim Glasfaser-Netzausbau noch viel zu tun. Das Ziel des „Turbo-Internets“ mit einer Übertragungsrate von 1 Gbit/s erfordert noch einen erheblichen Ausbau des Glasfasernetzes und dürfte bis 2025 nicht erreicht werden. Hier wäre insbesondere in Hinsicht auf Big Data und Künstliche Intelligenz deutlich mehr Tempo geboten.

Umsatz

Der Umsatz ist – nach dem starken Einbruch des Vorjahres – 2021 wieder um 10 Prozent gestiegen. Dabei legte der Umsatz im Ausland deutlich stärker zu als im Inland.

Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, in Milliarden Euro

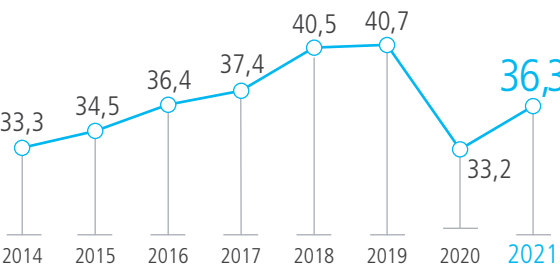
Jahr	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Deutschland
1970	124,6		
1980	255,3		
1990	399,0		
2000	642,9	41,3	684,2
2001	665,7	45,0	710,6
2002	665,8	46,0	711,8
2003	669,1	48,0	717,1
2004	718,9	52,5	771,4
2005	740,8	65,5	806,3
2006	803,1	74,8	877,9
2007	862,3	84,1	946,4
2008	879,3	87,6	966,9
2009	698,7	71,8	770,5
2010	810,4	82,3	892,7
2011	905,9	94,2	1.000,1
2012	908,3	92,2	1.000,5
2013	908,4	90,7	999,1
2014	926,9	96,4	1.023,3
2015	981,3	100,6	1.081,9
2016	992,5	100,8	1.093,3
2017	1.049,6	105,8	1.155,4
2018	1.072,9	107,1	1.180,1
2019	1.079,5	107,3	1.186,9
2020	967,2	99,2	1.066,3
2021	1.064,9	110,8	1.175,6

Angaben ohne Umsatzsteuer
Quelle: Statistisches Bundesamt

Investitionen

Die Unsicherheit bei den Unternehmen spiegelt sich auch bei den Investitionen wider. Diese liegen noch deutlich unter Vorkrisenniveau.

Betriebe der M+E-Industrie, in Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Gesamtmetall-Berechnungen

Beschäftigung

Aufgrund der anhaltenden Produktionsbehinderungen blieb der für 2021 erwartete Beschäftigungsaufbau aus. Im Vorjahresvergleich verlor die M+E-Industrie knapp 60.000 Beschäftigte.

Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, in Tausend, Jahresdurchschnitt

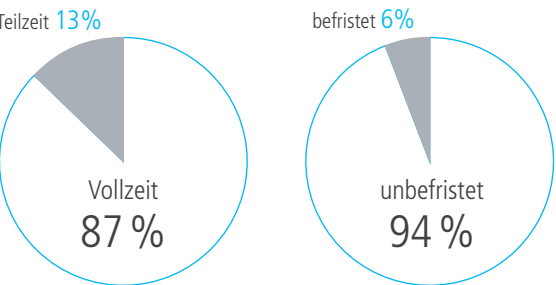
Jahr	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Deutschland
1970	4.276		
1980	3.900		
1990	4.031		
2000	3.221	291	3.512
2001	3.270	306	3.576
2002	3.265	315	3.580
2003	3.194	317	3.511
2004	3.156	322	3.478
2005	3.074	371	3.444
2006	3.063	378	3.441
2007	3.135	401	3.537
2008	3.225	426	3.651
2009	3.108	421	3.529
2010	3.035	419	3.454
2011	3.126	443	3.569
2012	3.212	457	3.670
2013	3.249	459	3.707
2014	3.289	463	3.752
2015	3.324	469	3.793
2016	3.363	469	3.832
2017	3.416	476	3.892
2018	3.513	487	4.000
2019	3.552	495	4.047
2020	3.468	477	3.945
2021	3.419	469	3.888

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeiten in der M+E-Industrie

Attraktive Arbeitsplätze in einer Erfolgsbranche: Rund 87 Prozent der Stellen in der M+E-Industrie sind Vollzeitstellen, rund 94 Prozent sind unbefristet.

So viel Prozent der Beschäftigten in der M+E-Industrie arbeiten ...



Quelle: IAB Betriebspanel 2020

Ältere Arbeitnehmer

Der demografische Wandel beeinflusst auch 2021 weiter die Beschäftigtenstruktur: So nahm die Zahl der älteren Beschäftigten in den M+E-Betrieben weiter zu. Die Rente mit 63 verhindert zugleich einen noch stärkeren Anstieg und verschärft den Mangel an erfahrenen Fachkräften.

Alle Betriebe, in Tausend, jeweils 30.6. eines Jahres

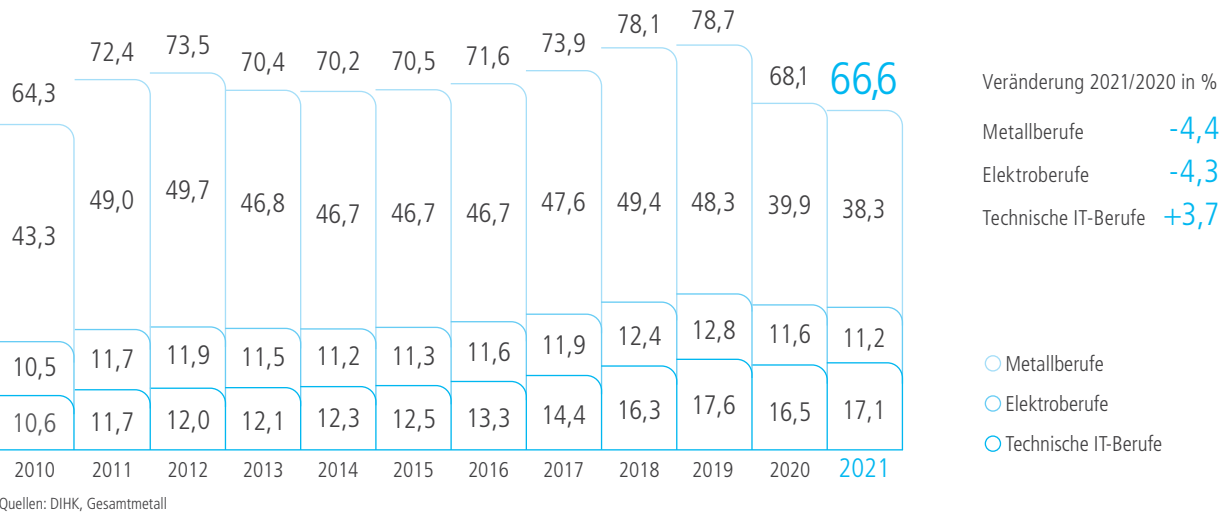
Jahr	Alle Altersgruppen	Altersgruppe 60+	Anteil der Gruppe 60+
2000	3.532	85	2,4 %
2001	3.624	94	2,6 %
2002	3.571	103	2,9 %
2003	3.454	104	3,0 %
2004	3.415	109	3,2 %
2005	3.384	111	3,3 %
2006	3.377	105	3,1 %
2007	3.468	114	3,3 %
2008	3.585	125	3,5 %
2009	3.497	140	4,0 %
2010	3.419	153	4,5 %
2011	3.528	173	4,9 %
2012	3.632	193	5,3 %
2013	3.680	214	5,8 %
2014	3.794	239	6,3 %
2015	3.834	245	6,4 %
2016	3.859	261	6,8 %
2017	3.925	286	7,3 %
2018	3.978	307	7,7 %
2019	4.075	342	8,4 %
2020	3.927	350	8,9 %
2021	3.888	373	9,6 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausbildung

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den industriellen Metall- und Elektroberufen, den Kernberufen der M+E-Industrie, hat sich nach dem Einbruch 2021 wieder stabilisiert, bleibt aufgrund von Corona-Pandemie und Strukturwandel aber deutlich unter Vorkrisenniveau.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den M+E- und technischen IT-Berufen, in Tausend



Außenhandel

Mit einem Anteil von rund 60 Prozent an allen deutschen Exporten unterstreicht die M+E-Industrie ihre große Bedeutung für den Wohlstand in Deutschland. Aufgrund der anhaltenden Produktionsbehinderungen wurde 2021 das Vorkrisenniveau von 2018 noch nicht wieder erreicht.

In Millionen Euro

Jahr	Exporte	Importe	Saldo
1965	19.881	5.670	14.211
1970	35.041	12.604	22.437
1975	60.391	20.269	40.122
1980	92.074	40.040	52.034
1982	117.080	46.886	70.194
1984	128.829	57.726	71.103
1986	148.222	66.367	81.856
1988	161.154	77.541	83.613
1990	186.598	106.726	79.872
1991	191.749	135.001	56.748
1992	196.038	133.526	62.512
1994	198.702	126.599	72.102
1996	236.832	154.316	82.516
1997	271.733	173.431	98.301
1998	299.435	199.962	99.473
1999	312.102	212.384	99.718
2000	375.091	262.360	112.731
2001	401.941	269.978	131.963
2002	411.806	268.478	143.328
2003	400.998	249.425	151.573
2004	444.070	270.720	173.350
2005	484.360	292.961	191.399
2006	552.859	348.164	204.695
2007	595.058	367.480	227.578
2008	572.299	349.106	223.193
2009	449.166	289.105	160.061
2010	547.631	355.101	192.531
2011	616.229	385.616	230.613
2012	633.429	379.236	254.193
2013	625.818	371.472	254.346
2014	647.351	388.954	258.397
2015	696.218	426.589	269.630
2016	707.320	437.677	269.643
2017	754.651	472.217	282.435
2018	771.593	493.319	278.274
2019	770.868	502.695	268.173
2020	679.678	466.376	213.302

2021 753.044 527.636 225.408

Ab 1991 = Gesamtdeutschland
Quelle: Statistisches Bundesamt

Exporte 2021: Gütergruppen und Märkte

Die drei großen M+E-Branchen (Automobil- und Maschinenbau sowie die Elektroindustrie) sind für rund 82 Prozent der M+E-Exporte verantwortlich. Wichtigster Absatzmarkt ist weiterhin Europa mit einem Anteil von 62 Prozent.

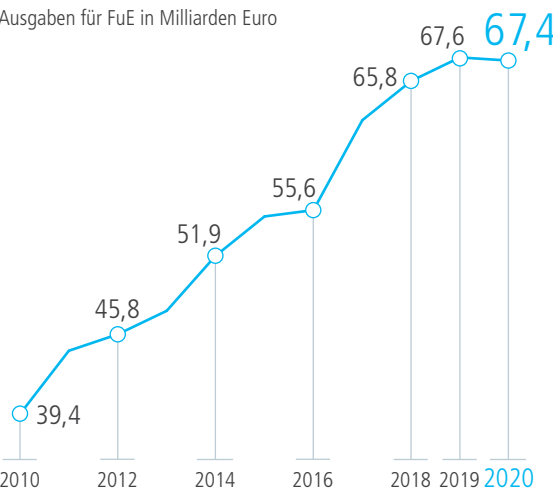
	in Mio. Euro	in Prozent
Exporte nach Gütergruppen		
Metalle	43.367	5,8
Metallerzeugnisse	46.590	6,2
EDV-Geräte, elektr. und opt. Erzeugnisse	119.761	15,9
Elektrische Ausrüstungen	97.498	12,9
Maschinen	194.920	25,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile	209.435	27,8
Sonstige Fahrzeuge	41.371	5,6
Exporte nach Regionen		
Europa	466.879	62,0
davon:	397.387	52,8
EU-28 (ohne Deutschland)		
davon:	240.117	31,9
Eurozone		
Asien	159.265	21,1
Nordamerika	93.798	12,5
Ozeanien und Afrika	20.205	2,7
Latein- und Südamerika	12.761	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Die M+E-Industrie ist Deutschlands innovativste Branche. Das zeigt sich auch in den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE).

Ausgaben für FuE in Milliarden Euro



Quellen: Stifterverband, Gesamtmetall-Berechnungen

Exporte 2021: Die Top-25-Handelspartner

2021 erhielten sich die Exporte in fast alle Länder. Besonders stark stiegen die Exporte in die USA. China konnte dennoch knapp seinen ersten Platz als wichtigster Abnehmer deutscher M+E-Güter verteidigen.

Land	Exporte in Mio. Euro	Anteil in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Volksrepublik China	81.653	10,8	8,6
Vereinigte Staaten von Amerika	77.952	10,4	19,2
Frankreich	52.307	6,9	5,5
Vereinigtes Königreich	39.647	5,3	-3,9
Italien	37.182	4,9	21,8
Niederlande	35.634	4,7	15,1
Polen	34.593	4,6	13,4
Österreich	34.079	4,5	18,1
Tschechien (ab 1993)	25.670	3,4	12,2
Schweiz	24.616	3,3	0,1
Spanien	23.076	3,1	11,9
Ungarn	19.235	2,6	15,6
Belgien (ab 1999)	18.886	2,5	5,1
Russische Föderation (ab 05/1992)	15.864	2,1	12,8
Schweden	15.192	2,0	10,4
Republik Korea	13.389	1,8	3,1
Türkei	13.012	1,7	-13,9
Japan	11.091	1,5	4,3
Rumänien	10.743	1,4	9,8
Dänemark	9.738	1,3	7,9
Slowakei (ab 1993)	9.485	1,3	9,5
Mexiko	9.309	1,2	15,4
Indien	8.300	1,1	14,6
Finnland	7.169	1,0	18,4
Taiwan	6.558	0,9	13,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Importe 2021: Die Top-25-Handelspartner

Auch die Importe von M+E-Gütern zogen wieder an. Die Einfuhren aus China stiegen mit 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr besonders stark und festigten Chinas Platz als wichtigster Handelspartner bei den Importen.

Land	Importe in Mio. Euro	Anteil in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Volksrepublik China	93.904	17,8	25,0
Vereinigte Staaten von Amerika	34.241	6,5	3,6
Polen	31.440	6,0	15,6
Tschechien (ab 1993)	30.187	5,7	5,3
Italien	26.988	5,1	20,0
Frankreich	26.657	5,1	1,1
Ungarn	22.060	4,2	7,1
Österreich	22.048	4,2	8,3
Schweiz	21.504	4,1	11,3
Niederlande	18.189	3,4	3,2
Vereinigtes Königreich	18.161	3,4	2,9
Japan	16.523	3,1	7,5
Spanien	15.646	3	-3,1
Slowakei (ab 1993)	12.691	2,4	7,8
Belgien (ab 1999)	12.013	2,3	12,6
Rumänien	10.475	2,0	3,4
Taiwan	10.144	1,9	27,1
Türkei	8.326	1,6	23,8
Republik Korea	7.909	1,5	3,6
Malaysia	7.136	1,4	12,2
Schweden	6.575	1,2	9,5
Südafrika	6.282	1,2	35,8
Mexiko	5.572	1,1	-7,1
Vietnam	4.922	0,9	3,0
Thailand	4.641	0,9	28,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

SOZIALE MARKT- WIRTSCHAFT BEDEUTET

In der Sozialen Marktwirtschaft schafft der Staat einen Ordnungsrahmen, unter anderem für die Regelung der Arbeitsbeziehungen. Die Arbeitsbedingungen sollen von Arbeitgebern und Beschäftigten selbst bestimmt werden – ohne Einmischung des Staates. Das ist nicht nur graue Theorie, sondern hat auch Verfassungsrang erhalten. Die Tarifautonomie war damit von Anfang an eine der tragenden Säulen der Sozialen Marktwirtschaft. Und die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften stellt auch in unsicheren Zeiten ihre Handlungsfähigkeit stets neu unter Beweis.

TARIFAUTONOMIE BEWAHREN

Stärkung von Tarifautonomie und Tarifbindung durch wettbewerbsfähige Tarifverträge

Das haben wir erreicht!

Das haben wir erreicht!

Neben der Nachbereitung konnte im Anschluss an die M+E-Tarifrunde 2021 eine Lösung für die schon lange schwelende Diskussion um die Arbeitszeit Ost in der M+E-Industrie gefunden werden. Außerdem konnte mit der Anpassung an den Tarifabschluss 2021 die Attraktivität des Tarifwerks Kontraktlogistik gesteigert werden.

Eine der zentralen und langfristigen Anliegen der Arbeitgeberverbände der M+E-Industrie ist und bleibt die Stärkung von Tarifaufonomie und Tarifbindung durch wettbewerbsfähige Tarifverträge. Gerade die Tarifaufonomie stand im vergangenen Jahr nicht zuletzt wegen der Bundestagswahl sehr im Fokus der politischen und auch der öffentlichen Debatte. Gesamtmetall hat dabei, auch im Rahmen der Forschungsstelle Tarifaufonomie, in der öffentlichen Debatte immer wieder Sinn und Notwendigkeit der Tarifaufonomie deutlich gemacht.

Nachbereitung der M+E-Tarifrunde 2021 insbesondere bei der „Automatischen Differenzierung“

In der Tarifrunde 2021 sind einige materielle Änderungen neben der Corona-Beihilfe für 2021 und der Einführung der neuen Sonderzahlung Transformationsgeld ab 2022 vereinbart worden. Insbesondere zu der erstmals vereinbarten „Automatischen Differenzierung“ und zu der Corona-Beihilfe gab es zahlreiche Rechtsfragen, die in den entsprechenden Gremien behandelt wurden. Bei der neu geschaffenen Möglichkeit der Arbeitszeitabsenkung im Strukturwandel und den Möglichkeiten zur Vereinbarung von betrieblichen Zukunftstarifverträgen hingegen blieb es bislang relativ ruhig.

In der Nacht vom 29. auf den 30. März 2021 hatten sich die M+E-Tarifvertragsparteien in Nordrhein-Westfalen in der Tarifrunde 2021 auf einen Tarifabschluss geeinigt. Die Übernahme dieses Pilotabschlusses in die anderen Tarifgebiete gestaltete sich teilweise ungewöhnlich langwierig. Erst am 19. Mai 2021 war der Abschluss in ganz Deutschland vereinbart.

Grund für die Verzögerung war eine Forderung der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen nach einem Tariflichen Ausgleichsgeld (TAG), einem Ausgleich für die im Osten höhere Arbeitszeit, zu der in der Übernahme des Pilotabschlusses eine Verhandlungsverpflichtung vereinbart wurde.

Anpassung der Arbeitszeit Ost als betriebliche Option ist ein ausgewogener Kompromiss

In einem sehr kurzen und straff geführten Verhandlungsprozess, den Gesamtmetall eng begleitet und unterstützt hat, konnte dann am 25. Juni 2021 ein Verhandlungsergebnis zur Arbeitszeit Ost in Sachsen erzielt werden, das noch am selben Abend für Berlin-Brandenburg übernommen wurde. Inhalt der Einigung war die freiwillige Möglichkeit der Betriebsparteien, die Arbeitszeit auf bis zu 35 Stunden abzusenken.

Da dies ein auch kostenintensiver Schritt in den Betrieben ist, wurde zudem vereinbart, dass die Betriebsvereinbarung eine Kostenkompensation vorsehen muss, ohne dass die Tarifvereinbarung konkrete Vorgaben hierfür macht.

„Automatische Differenzierung“ und Variabilisierung stabilisieren die Tarifbindung

Gewerkschaften und Arbeitgeber beschäftigt seit Langem intensiv die Frage, wie Flächentarifvertrag und Tarifbindung gestärkt bzw. stabilisiert werden können. Diese Frage war auch zentrales Thema der Studie „Einstellung zur Tarifbindung in der M+E-Industrie heute“ (Forschungsstelle Tarifaufonomie im Institut der deutschen Wirtschaft, 2017). Die Studie ergab als Hauptgründe für den Ausstieg aus einer Flächentarifvertragsbindung eine „schlechte Ertragslage“, „die Tarifierhöhungen waren damals zu hoch“ und „die Tarifierhöhungen waren zu unflexibel“. Da lag die Überlegung nahe, wie Tarifabschlüsse die zunehmend heterogene wirtschaftliche Lage der M+E-Unternehmen abbilden könnten, um Verbandsaustritte und den Ausstieg aus der Flächentarifbindung zu vermeiden.

Mit dem M+E-Tarifabschluss 2021 gelang es, ein funktionables, einfaches Instrument zu schaffen, das erstmals die Vereinbarung einer automatischen, kriterienbasierten Differenzierung beinhaltete. Dies bedeutet, bei Erfüllen eines Kriteriums – hier eine Nettoumsatzrendite von unter 2,3 Prozent – entfällt die Zahlung des T-ZUG (B) durch einfache Erklärung des Arbeitgebers. Eine solche

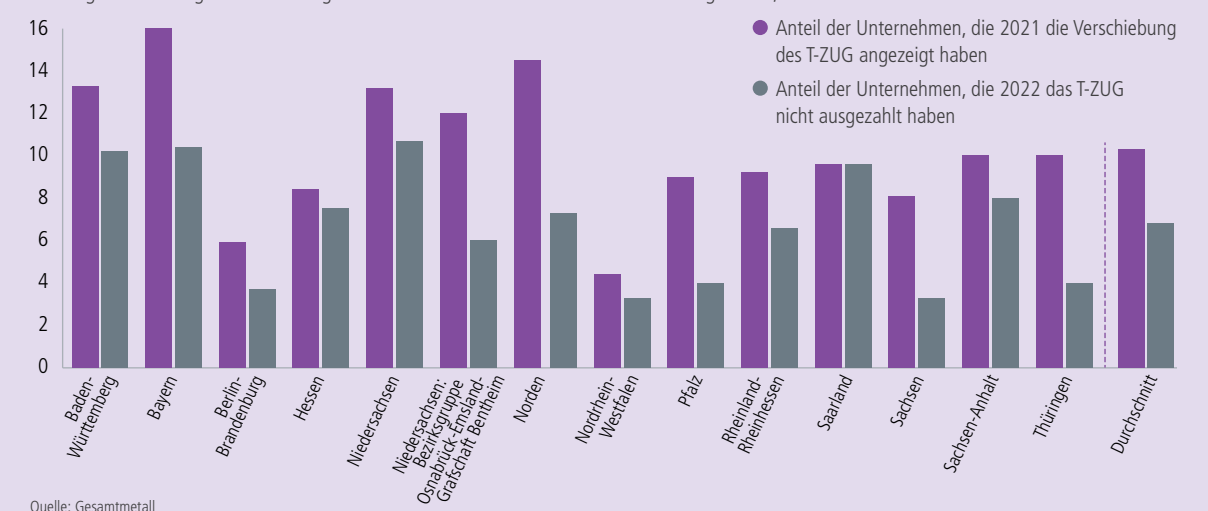
Differenzierung innerhalb der tarifvertraglichen Regelungen ist notwendig, um die heterogene Lage der Industrie abzubilden und ihr gerecht zu werden. Die Mitgliedsunternehmen haben das Instrument daher dankbar angenommen und es vertrauensvoll und umsichtig angewendet.

Das Besondere an der automatischen Differenzierung ist, dass es keinerlei Zustimmung der Tarifvertragsparteien mehr bedarf. Vielmehr wurde durch dieses Instrument ein rein objektives Verfahren geschaffen, das große Transparenz für die Arbeitnehmer und die Sozialpartner bietet. Es ist aber auch kein vollautomatisches Verfahren. Selbst wenn alle Voraussetzungen vorliegen, unterliegt es der alleinigen Entscheidung der Unternehmen, ob sie die Differenzierung nutzen.

In Baden-Württemberg wurde in der M+E-Tarifrunde 2021 zudem die Variabilisierung der betrieblichen Sonderzahlung vereinbart. Dort kann nunmehr durch freiwillige Betriebsvereinbarung in Abhängigkeit von betrieblich vereinbarten Kennzahlen die betriebliche Sonderzahlung um bis zu 50 Prozent erhöht oder gekürzt werden.

So nutzen die Betriebe die „Automatische Differenzierung“

Nutzung bei den tarifgebundenen Mitgliedsunternehmen der M+E-Verbände nach Tarifgebieten, in Prozent



Quelle: Gesamtmetal

Ein sehr wichtiges Element des Abschlusses sind die erweiterten Möglichkeiten zur Arbeitszeitflexibilisierung in den Betrieben, die sich zu einer Absenkung der Arbeitszeit entschließen. Als Flexibilisierungen sind zum Beispiel eine erweiterte Auszahlungsmöglichkeit aus Arbeitszeitkonten ohne Mehrarbeitszuschlag oder Flexi-Konten ohne Ausgleichszeitraum möglich. Hier sind Möglichkeiten für die Unternehmen geschaffen worden, die echte Erleichterungen bedeuten.

Die Tarifvereinbarung zur Arbeitszeit Ost wurde am 9. November 2021 in das Tarifgebiet Sachsen-Anhalt und am 14. Januar 2022 in das Tarifgebiet Thüringen übernommen. Für Mecklenburg-Vorpommern stehen die Tarifvertragsparteien in Gesprächen.

Gesamtmittel hat im Nachgang zu den Abschlüssen die betroffenen Unternehmen bei der technischen Umsetzung der Tarifvereinbarungen und der Beantwortung der auftretenden rechtlichen und praktischen Fragen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden intensiv unterstützt.

Anpassung in der Kontraktlogistik steigert Attraktivität des Tarifvertrags

Aufgrund des Tarifabschlusses der M+E-Industrie 2021 wurde am 17. Juni 2021 das Tarifwerk der Kontraktlogistik im Tarifgebiet Bayern angepasst.

Für das Transformationsgeld wurde unter Wahrung des Entgeltabstandes von 23 Prozent zu M+E ein Volumen errechnet, das auf das T-ZUG (A) und das Weihnachtsgeld umgelegt wurde. Weitere Bausteine sind eine Verhandlungsverpflichtung zur Transformation und die Übernahme der Regelung zu den ausbildungsintegrierten dual Studierenden aus dem Tarifabschluss der M+E-Industrie in Bayern.

Für das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen wurde ein ähnlicher Weg gewählt. Statt der Einführung eines Transformationsgeldes wird das 13. Monateinkommen im Jahr 2022 auf 26,7 Prozent und im darauffolgenden Jahr auf 34,7 Prozent steigen. Zudem wird das T-ZUG auf 27,6 Prozent erhöht. Durch diese Erhöhung können die Berechtigten statt drei zukünftig sechs Freistellungstage beantragen. Auch wurde der Tarifvertrag um eine Regelung zur Übernahme der dual Studierenden ergänzt.

Die Anpassung im Norden erfolgte am 14. Dezember 2021. Eine bloße Nachzeichnung der bayerischen Regelungen war nicht möglich, da im Norden der vereinbarte Entgeltabstand von 23 Prozent zu M+E anders als in Bayern generiert werden musste. Unter anderem mussten im Jahr 2019 die Grundentgelte für die Kontraktlogistik abgesenkt werden. Im Zuge der Anpassung des Tarifwerks ist daher das Volumen aus dem Transformationsgeld anders verwendet worden.

So erfolgte eine Anpassung der Grundentgelte, die dazu führen wird, dass die Stundenentgelte der M+E-Industrie erreicht werden. Weiterhin erhalten die Beschäftigten mit der Entgeltabrechnung Juli 2022 einen Einmalbetrag in Höhe von 250 Euro und ab 2023 ein T-ZUG (A) in Höhe von 16,5 Prozent eines Monatsverdienstes mit der Umwandlungsmöglichkeit in vier Freistellungstage.

Für Mecklenburg-Vorpommern musste eine andere Lösung gefunden werden. Hier wurde das Volumen aus dem Transformationsgeld komplett für die Anhebung der Grundentgelte in zwei Stufen benötigt. Dennoch ist die Anpassung an die M+E-Grundentgelte noch nicht vollendet. Den Einmalbetrag im Jahr 2022 und ein T-ZUG (A) ab dem Jahr 2023 wird es dort nicht geben. Die Corona-Beihilfe, die im gesamten Norden gezahlt wird und

Neues Buch: „Tarifautonomie und Tarifgeltung – Zur Legitimation und Legitimität der Tarifautonomie im Wandel der Zeit“

Die Tarifautonomie steht und stand immer wieder im Fokus politischer Debatten. Aus diesem Grund hat Gesamtmittel Ende 2021 das Buch „Tarifautonomie und Tarifgeltung – Zur Legitimation und Legitimität der Tarifautonomie im Wandel der Zeit“ herausgegeben. Darin wird aus einer historischen Perspektive untersucht, wie die Tarifautonomie über die Zeit hinweg legitimiert und in den letzten 100 Jahren von Politik und Gesellschaft als legitime Institution angesehen wurde. Das Buch ist in Zusammenarbeit der Forschungsstelle Tarifautonomie unter der Leitung von Dr. Hagen Lesch beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sowie Prof. Dr. Clemens Höpfner, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsrecht an der Universität Münster, entstanden.

Es verbindet eine juristische Perspektive mit einer ökonomisch-sozialwissenschaftlichen Sichtweise. Bei der Legitimation der Tarifautonomie geht es um die juristische Frage, wodurch die Tarifvertragsparteien ihre Befugnis zum Abschluss von Tarifverträgen erhalten. Unter Legitimität wird die Funktionsfähigkeit des Tarifsystems und dessen Effektivität im jeweils aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Umfeld verstanden.

Tarifautonomie als kollektiv ausgeübte Privatautonomie

Im Buch wird weiter herausgearbeitet, dass die Tarifautonomie – auch nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts – „kollektiv ausgeübte Privatautonomie“ ist, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gegen massive Widerstände erkämpft haben. Die Tarifvertragsparteien erhalten ihre Legitimation „von unten“ durch die Mitglieder. Tarifautonomie ist gerade keine Delegation staatlicher Befugnisse auf die Tarifvertragsparteien. Trotz der verfassungsrechtlichen Garantie der Tarifauto-

nomie und des Erfolges des Modells der freien Aushandlung von Arbeitsbedingungen im bestehenden Tarifvertragssystem gibt es immer wieder Angriffe auf die Tarifautonomie. Aktuell entzündet sich die Kritik an ausufernden Tarifkonflikten, der Inflexibilität und zunehmenden Komplexität von Tarifverträgen sowie einer abnehmenden Tarifbindung.

Gesetzgeber sollte Attraktivität der Verbandsmitgliedschaft erhöhen

Im Rückblick zeigt sich, dass lediglich Änderungen der Rahmenbedingungen, welche die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie sichern und das Miteinander der Tarifvertragsparteien regeln, erfolgreich waren. Eingriffe in die Tarifautonomie, die nur die Symptome kurieren wollen, ohne die Problemursachen anzugehen, scheiterten. Für die aktuelle Debatte um eine sinkende Tarifbindung bedeutet das: Eine zwangsweise Ausweitung der Tarifgeltung – zum Beispiel durch Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) oder Tariftreueregelungen – bedeutet eben keine Stärkung der Tarifbindung und damit der Tarifautonomie. Will der Gesetzgeber die Tarifbindung stärken, sollte er die Attraktivität der Verbandsmitgliedschaft erhöhen, ohne die negative Koalitionsfreiheit einzuschränken und damit die Tarifautonomie als „kollektiv ausgeübte Privatautonomie“ absichern.



„Tarifautonomie und Tarifgeltung – Zur Legitimation und Legitimität der Tarifautonomie im Wandel der Zeit“, erschienen im Verlag Duncker & Humblot.

deren Zufluss für März 2022 vorgesehen ist, wurde entsprechend der Situation im Norden auf 350 Euro angepasst.

Entgeltumwandlung für Fahrrad-Leasing ermöglicht

Im Herbst 2021 wurde von der IG Metall nach Aufgabe ihres vorherigen Widerstands ein neues Thema aufgerufen: Entgeltumwandlung für das Fahrrad-Leasing. Daraufhin fand ein intensiver Austausch über Gesamtmetall statt, sodass bereits zum 1. Mai 2022 in Baden-Württemberg der erste Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte.

Wesentlicher Inhalt ist eine Öffnungsklausel für die Umwandlung tariflichen Entgelts für das Fahrrad-Leasing nebst wenigen Rahmenbedingungen. Die Nutzung dieser Öffnungsklausel erfolgt über eine freiwillige Betriebsvereinbarung. Die Option wird von einigen Unternehmen als Möglichkeit angesehen, ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen.

Der Abschluss hat keinen Pilotcharakter. In einigen Tarifgebieten laufen die Gespräche noch.

Forschungsstelle Tarifaufonomie arbeitet innovativ und erfolgreich

Seit 2016 untersucht die Forschungsstelle Tarifaufonomie beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Fragen im Zusammenhang mit der Tarifbindung. In einer Studie zur Flexibilität des M+E-Flächentarifvertrags, die im Mai 2021 veröffentlicht wurde, hat sich die Forschungsstelle vertieft mit Abweichungen vom M+E-Flächentarifvertrag beschäftigt und hierfür knapp 400 sogenannte Ergänzungstarifverträge ausgewertet. Dabei ist festgestellt worden, dass in diesen Tarifverträgen insbesondere von Arbeitszeit- und Entgeltregelungen abgewichen wurde.

In 44 Prozent der untersuchten Ergänzungstarifverträge wurden Arbeitszeitverlängerungen vereinbart, 47 Prozent sahen Kürzungen beim monatlichen Entgelt oder bei Einmalzahlungen vor. Weitere Abweichungen wie bei der Altersteilzeit oder bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen finden sich nur in 7 Prozent der Fälle. Im Gegenzug zu solchen Entlastungen wurden in vielen Fällen die Arbeitgeber zu Zusagen verpflichtet. So fand die Forschungsstelle in 63 Prozent der Ergän-

Ihre Ansprechpartner. Unser Service



Jens Dirk Wohlfeil



Sabine Schäfer



Annette Karpaty



Alexandra Rakei



Katrin Brauner

- Koordination und Begleitung von Tarifgesprächen und -verhandlungen der M+E-Arbeitgeberverbände
- Konzeptionelle Vorbereitung der Tarifrunde 2022 in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden
- Umsetzungsbegleitung des Tarifabschlusses 2021 sowie die Unterstützung der Mitgliedsverbände inkl. der Unterstützung bei entsprechenden Ausarbeitungen
- Erstellung von Überblicken und Vergleichen von tariflichen Regelungen in den einzelnen Tarifgebieten
- Koordination bundesweit relevanter Auslegungsfragen in Tarifverträgen und Erstellung von Auslegungshilfen

zungstarifverträge Beschäftigungszusagen, wie beispielsweise der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen.

In einer weiteren Studie vom Dezember 2021 beleuchtet die Forschungsstelle das Zusammenspiel zwischen Staat und Tarifaufonomie in einer institutionentheoretischen Analyse. Die aktuellste Analyse vom März 2022 beschäftigt sich mit der Legitimität der Tarifaufonomie in Deutschland und untersucht wirtschaftspolitische Lehren aus historischen Debatten von 1918 bis heute. Dabei wird insbesondere auch die sinkende Tarifbindung sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite in den Blick genommen. Staatliche Einflussnahme stelle dabei enorme Risiken dar. So hätten sich zwar Änderungen der Rahmenbedingungen, die die Funktionsfähigkeit der Tarifaufonomie sichern und das Miteinander der Tarifvertragsparteien regeln, als sinnvoll erwiesen.

Ein zu tiefes Eindringen des Staates in den Kompetenzbereich der Tarifvertragsparteien führe jedoch nicht zur Erhöhung der Tarifbindung. Wenn die Tarifbindung von staatlicher Seite gestärkt werden sollte, müsse eine

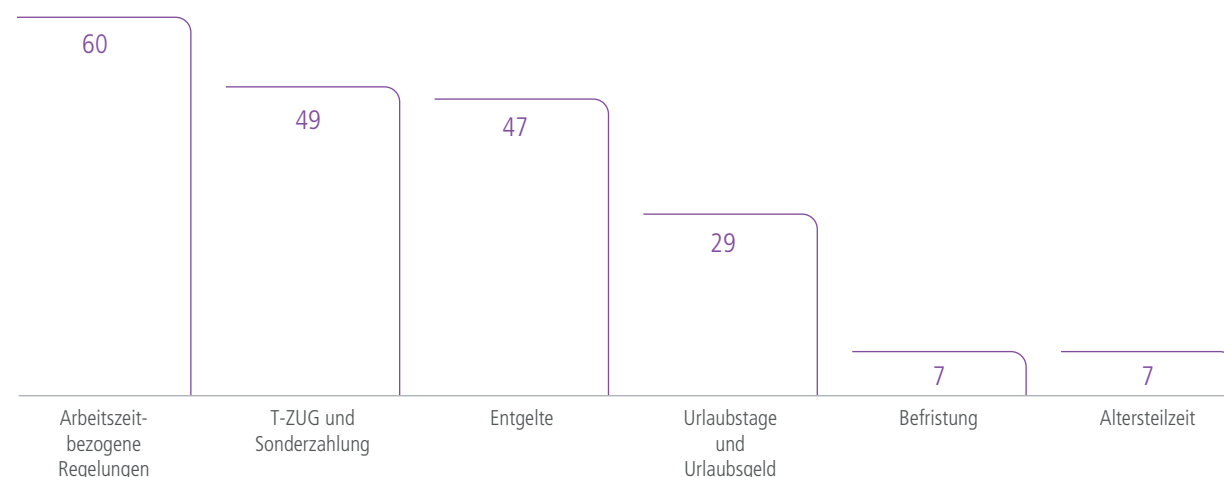
Stärkung „von unten“ erfolgen, indem die Verbandsmitgliedschaft erhöht und damit die Tarifaufonomie als kollektiv ausgeübte Privataufonomie abgesichert werde. Ein Mittel hierfür wäre eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen zur Gewerkschaft oder der Entfall der Nachbindung, um die Hürden für eine Tarifbindung zu senken.

Das haben wir vor!

Die beiden vergangenen Tarifrunden waren von der Corona-Krise und den Anforderungen des Strukturwandels geprägt. Die Auswirkungen auf die Unternehmen waren und sind höchst unterschiedlich, sodass die Lösung insbesondere über optionale Bausteine gesucht wurde. Dafür hat sich nicht zuletzt auch Gesamtmetall immer wieder eingesetzt. Auch die in der Tarifrunde 2021 erstmals vereinbarte automatische Differenzierung trug dem Rechnung und wurde von den Unternehmen verantwortungsvoll genutzt. Diese automatische Differenzierung muss als dauerhaftes Instrument verankert werden, so dass sich auch auf Dauer die Heterogenität der Branche besser abbilden lässt und die Attraktivität der Tarifverträge erhöht wird. Gesamtmetall wird an solchen und ähnlichen Instrumenten und auch insgesamt an der Attraktivität der Tarifverträge in der Tarifrunde 2022 weiterarbeiten.

Abweichung von Tarifverträgen: Angepasst wird vor allem bei Arbeitszeit und Entgelt

in Prozent



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

SOZIALE MARKT- WIRTSCHAFT BEDEUTET

Wirtschaftlicher Erfolg macht in der Sozialen Marktwirtschaft den sozialen Ausgleich erst möglich. Nur das, was Unternehmen und Beschäftigte erwirtschaften, kann verteilt werden. Ohne die Hunderte Milliarden Euro Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen und ihrer Beschäftigten wäre der Sozialstaat in seiner ganzen Breite und Tiefe nicht aufrechtzuerhalten. Aber in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft muss immer wieder neu bestimmt werden, was der Sozialstaat leisten kann und soll.

SOZIALEN AUSG LEICH SCHAFFEN

Sozialpolitik braucht mutige Reformen gerade in Krisenzeiten

Das haben wir erreicht!

Die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie waren auch im vergangenen Jahr durch die Folgen der Corona-Pandemie und zuletzt auch die des Russland-Ukraine-Krieges weiterhin stark betroffen. Gesamtmetall musste sich erneut erfolgreich dafür einsetzen, dass den Unternehmen mit dem hochwirksamen Mittel der Kurzarbeit auch durch diese herausfordernden Zeiten geholfen wird. Ein zweiter Arbeitsschwerpunkt der Abteilung war die kritische Begleitung sozialpolitischer Vorhaben der neuen Bundesregierung und deren erster Umsetzungen. Dazu gehörten die Kernthemen Zukunft der gesetzlichen und betrieblichen Altersvorsorge sowie die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent.

Kurzarbeitergeld elementar wichtig für die M+E-Unternehmen in Krisenzeiten

Das Kurzarbeitergeld war und ist während der Corona-Pandemie das wichtigste und entscheidendste Instrument zur Beschäftigungssicherung in den M+E-Unternehmen. Möglich war dies nicht zuletzt durch die von Gesamtmetall bereits zu Beginn der Pandemie geforderte Wiedereinführung der erprobten Krisenregelungen aus der Finanzkrise 2008/2009.

Und auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie war das Kurzarbeitergeld als schnell wirkende Unterstützung für die Unternehmen extrem wichtig, damit diese möglichst viel Beschäftigung halten konnten. Dies war und ist vor allem den Zugangserleichterungen für die Unternehmen der mittlerweile auf 28 Monate verlängerten Bezugsdauer und der Sozialaufwandserstattung zu verdanken. Seit dem Beginn der Corona-Pandemie sind so rund 44

Milliarden Euro für Kurzarbeit aufgewendet worden, davon 26 Milliarden aus Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit.

Bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges im Februar 2022 hatten sich die wirtschaftliche Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt vorübergehend stabilisiert. Aufgrund des Krieges kommt es nun erneut zu erheblichen Produktionseinschränkungen. Neben den pandemiebedingten Lieferkettenstö-

// **Seit Beginn der Pandemie wurden rund 44 Milliarden Euro für Kurzarbeit aufgewendet.**

rungen stellen nun kriegsbedingte Lieferengpässe und massiv gestiegene Energiepreise die Unternehmen der M+E-Industrie vor große Herausforderungen. Insbesondere der Rohstoffmangel und das Fehlen von Teilen und Komponenten führen dazu, dass die

Weitere Informationen zum Thema Kurzarbeitergeld in der Corona-Pandemie finden Sie im Corona-Spezial ab Seite 12.

Fertigung in vielen Werken erneut heruntergefahren werden muss. Auch in dieser Situation ist die Kurzarbeit kombiniert mit dem Kurzarbeitergeld eine wichtige Stütze für die Unternehmen.

Großer Reformbedarf in der Sozialversicherung

Die Sozialpolitik in Deutschland ist seit Jahren dringend reformbedürftig. Die Kosten

und Ausgaben für alle Zweige der Sozialversicherung steigen weiter stark an. Gleichzeitig blieb in Zeiten der Großen Koalition der politische Wille aus, eine zukunftsfähige Sozialversicherung auf die Beine zu stellen. Stattdessen wurde zum Beispiel bei der Rentenversicherung an Haltelinien beim Rentenniveau festgehalten und teure, wenig zielgenaue Projekte wie die Grundrente wurden beschlossen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Gesamtmetall hat immer wieder auf die hohen Belastungen – auch für die Unternehmen – hingewiesen. Die Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent war eine der zentralen Forderungen der M+E-Arbeitgeber bei der Bundestagswahl 2021, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten.

Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag keine grundlegenden Reformen in der Sozialversicherung angekündigt. Auch ist das Ziel, die Sozialversicherungsbeiträge nicht über 40 Prozent ansteigen zu lassen, im Koalitionsvertrag bedauerlicherweise nicht verankert. Stabile und maßvolle Lohnnebenkosten sind jedoch ein unverzichtbarer Faktor für die Planungssicherheit der Unternehmen. Mit aktuell 39,95 Prozent ist die Belastung des Faktors Arbeit bereits jetzt – auch im internatio-

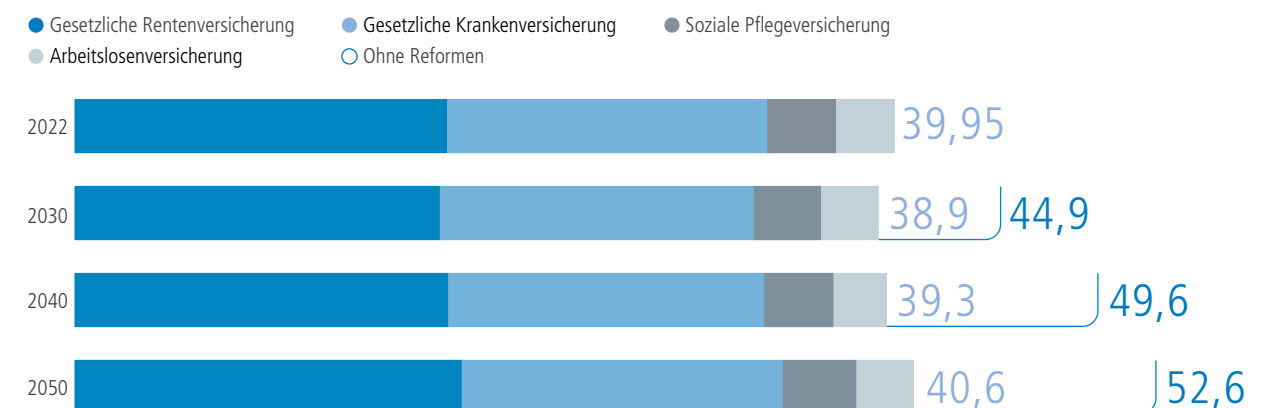
nalen Vergleich – sehr hoch und alarmierend knapp an der Grenze von 40 Prozent. Und dieses Niveau ist nur mit mutigen und schnellen Reformen zu halten.

Es scheint aber auch gar nicht politischer Wille der Ampelkoalition zu sein, die Sozialversicherungsbeiträge zumindest auf dem bereits heute sehr hohen Niveau zu halten. Im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung sind Anhebungen des Beitrags bereits angekündigt. Und im Bereich der Rentenversicherung sind in dieser Legislaturperiode Beitragsanhebungen zu befürchten, was den Gesamtsozialversicherungsbeitrag weiter unter Druck setzt. Dies gilt ebenso für die Vorhaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung wie Bildungs(teil)zeit, Qualifizierungsgeld, Ausweitung des Transferkurzarbeitergeldanspruchs sowie des Arbeitslosengeldanspruchs für Selbstständige. Daher wird Gesamtmetall alle Vorhaben kritisch begleiten und sich weiterhin für einen nachhaltigen Sozialstaat einsetzen.

Im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge ist zumindest erfreulich, dass die Ampelkoalition eine Stärkung auf freiwilliger Basis anstrebt. Die Erlaubnis von Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen kann dazu einen Beitrag

Sozialversicherungsbeiträge: Ohne Reformen nicht unter 40 Prozent

Entwicklung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags mit und ohne umfassende Reformen, in Prozent



Quellen: Gesetzliche Regelungen, Gesamtmetall-Berechnungen, BMAS, SIM.18

leisten. Um die Haftungsrisiken der Arbeitgeber im Rahmen zu halten, sollte dies allerdings auch dahingehend umgesetzt werden, dass es eine Klarstellung zur Zulässigkeit der beitragsorientierten Leistungszusage mit abgesenkten Garantien gibt.

Zudem sind aus Sicht von Gesamtmetall gesetzliche Anpassungen notwendig, um den Einstieg in das Sozialpartnermodell für die Tarifvertragsparteien zu erleichtern. Mit diesem kann über die reine Beitragszusage das zentrale Verbreitungshindernis der betrieblichen Altersvorsorge – die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers – beseitigt werden, was zu einer stärkeren Verbreitung führen würde.



Heribert Karch (Mitte) übergibt die Geschäftsführung der MetallRente an Kerstin Schminke und Hansjörg Müllerleile.

MetallRente nach 20 Jahren weiter auf Wachstumskurs

Seit inzwischen 20 Jahren trägt die MetallRente als gemeinsames Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall maßgeblich zur Altersvorsorge von vielen Beschäftigten der M+E-Industrie bei. Mit rund einer Million Versicherten aus 50.000 Unternehmen ist die MetallRente das größte Branchenversorgungswerk Deutschlands. Ein Erfolg, der am 29. Oktober 2021 auf der Festveranstaltung in Berlin gefeiert wurde, unter anderen mit Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf und dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann.

Zugleich gab es Ende 2021 einen Wechsel an der Spitze der MetallRente. Heribert Karch, seit der Gründung 2001 Geschäftsführer der MetallRente, übergab die Geschäftsführung an Hansjörg Müllerleile, zuvor bei der Bosch Pensionsfonds AG tätig, und Kerstin Schminke, politische Sekretärin im Fachbereich Tarifpolitik der IG Metall.

Und die MetallRente ist weiterhin auf Wachstumskurs: Der Gesamtbestand der Verträge konnte 2021 um fünf Prozent auf über eine Million gesteigert werden, 56.700 Neuverträge wurden abgeschlossen.

Zudem konnte die Anzahl der Kundenunternehmen auf über 50.000 zulegen. Das zeigt das Vertrauen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in das gemeinsame Versorgungswerk der Sozialpartner. Und das mit gutem Grund: Gerade im aktuell sehr herausfordernden Anlageumfeld wird zudem der Bedarf an verlässlichen und ertragsstarken Lösungen für die Altersvorsorge immer deutlicher. Die MetallRente bietet seit Langem die Möglichkeit, beim Vorsorgespüren von den Entwicklungen der Kapitalmärkte zu profitieren, ohne dabei gänzlich auf Sicherheit zu verzichten.

M+E-Ausgleichsvereinigung sorgt für erfolgreiche Entlastung bei Mitgliedern

Unternehmen und Verbände, die künstlerische und publizistische Leistungen in Anspruch nehmen oder verwerten – sogenannte Verwerter –, unterliegen der Abgabepflicht nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG). Konkret bedeutet dies, dass der Verwerter bei jedem erteilten Auftrag klären muss, ob eine Abgabepflicht vorliegt. Dies ist ein komplexer, fehleranfälliger und zeitaufwendiger Vorgang, für den geschultes Personal bereitgestellt werden muss. Um diesen bürokratischen Aufwand für die M+E-Verbände und ihre Mitgliedsunternehmen auf ein Minimum zu senken, wurde im Jahr 2009 auf Initiative von Gesamtmetall die M+E-Ausgleichsvereinigung gegründet.

// 529 Mitglieder haben die Leistungen genutzt.“

Seit nunmehr 13 Jahren übernimmt der Verein für seine Mitglieder alle administrativen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Künstlersozialabgabe. Zum Ende des Geschäftsjahres 2021 hat die M+E-Ausgleichsvereinigung für 529 Unternehmen und Verbände mit der Künstlersozialkasse abgerechnet. Das Abgabevolumen betrug mehr als 4,2 Millio-

Ihre Ansprechpartner. Unser Service



Antonia Fischer-Dieskau



Annette Bartos*



Julia Vanessa Stahn



Liane Schäfer



Anika Süß*

*Ansprechpartnerinnen für die M+E-Ausgleichsvereinigung

- M+E-FAQ zum Kurzarbeitergeld: Grundsätzlich und in Zeiten der Corona-Pandemie
- M+E-FAQ zum erweiterten Kinderkrankengeld
- M+E-Handreichung zur Weiterbildung
- Infoveranstaltung zu den Änderungen beim Statusfeststellungsverfahren
- Ständige juristische Unterstützung im sozialpolitischen Bereich, insbesondere bei Fragen der betrieblichen Altersvorsorge und des Sozialversicherungsrechts

nen Euro. Durch Zahlung einer „pauschalieren Abgabe“ können sich die Unternehmen von bestimmten Aufzeichnungspflichten und von den turnusgemäßen Überprüfungen der Deutschen Rentenversicherung zum Thema Künstlersozialabgabe freizeichnen. Unabhängig davon setzt sich Gesamtmetall weiter für eine völlig bürokratiefreie Abrechnung ein.

Das haben wir vor!

Die Folgen des Krieges in der Ukraine, mögliche weitere Sanktionen gegen Russland, der Rohstoffmangel, fehlende Zulieferprodukte und die steigenden Energiepreise werden auch im kommenden Jahr starke Auswirkungen auf die Unternehmen der M+E-Industrie haben. Auch die Kurzarbeit wird weiter notwendig sein und daher die Arbeit der Abteilung Sozialpolitik auch künftig prägen. Gesamtmetall wird sich auch künftig stark einbringen, damit dieses Mittel bei Bedarf weiterhin zur Unterstützung der Unternehmen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der M+E-Industrie zur Verfügung steht. Zudem wird sich Gesamtmetall im Rahmen der Umsetzung des Koalitionsvertrages nach wie vor mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Sozialabgaben dauerhaft unter 40 Prozent bleiben.

SOZIALE
MARKT-
WIRTSCHAFT
BEDEUTET

Ohne technologischen Fortschritt wären nicht nur neue und verbesserte Produkte und die Steigerung der Produktivität nicht möglich, auch die Arbeitsbedingungen würden sich nicht verbessern. Die Soziale Marktwirtschaft schafft den entsprechenden Rahmen dafür. Die M+E-Industrie – von der Dampfmaschine bis zum Cobot – ist mit ihren Innovationen ein Paradebeispiel dafür. Und die sozialen Sicherungssysteme profitieren von einem hohen Beschäftigungsgrad auf dem Arbeitsmarkt.

FORTSCHRITT SICHERN

Entgelttransparenz und Arbeitsschutz praxisgerecht realisieren

Das haben wir erreicht!

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie standen staatliche Arbeitsschutzregelungen und deren unmittelbare Auswirkungen auf die M+E-Unternehmen im Fokus der Arbeitswissenschaft und Arbeitspolitik. Aber auch jenseits der Pandemie machte sich Gesamtmetall unter anderem in den Bereichen Entgelttransparenz und bei den Arbeitsschutzregelungen der Unfallversicherungsträger in den entsprechenden Fachgremien für die Interessen der M+E-Unternehmen stark und konnte so viele nachteilige, nicht praxisgerechte Regelungen verhindern oder deren Inhalte entscheidend beeinflussen.

EU-Lohntransparenz-Richtlinie brächte enorme bürokratische Mehrbelastung

Schon im März 2021 hatte die EU-Kommission einen Richtlinien-Vorschlag zur Lohntransparenz unterbreitet, der in weiten Teilen über die Regelungen des deutschen Entgelttransparenzgesetzes hinausgeht. Gesamtmetall hatte dies bereits im Vorfeld beim Konsultationsprozess deutlich gemacht. Im Dezember 2021 einigten sich dann auch die EU-Mitgliedstaaten im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz auf eine Allgemeine Ausrichtung zur Lohntransparenz-Richtlinie – für die trotz der Enthaltung Deutschlands die erforderliche Mehrheit zustande kam. Dabei blieben fast alle kritischen Elemente des ursprünglichen Vorschlags – mit kleineren Abwandlungen – bestehen.

Gemeinsam mit Partner- und Dachverbänden hat sich Gesamtmetall daraufhin intensiv für sozialpartnerschaftliche Lösungen auch im Meinungsbildungsprozess des EU-Parlaments

eingesetzt und insbesondere Ausnahmen für tarifgebundene und tarifynwendende Unternehmen gefordert. Wenngleich Teile der Europäischen Volkspartei (EVP) die Position teilen und dies in mehreren Änderungsanträgen zum Ausdruck gebracht haben, fanden entsprechende Vorschläge keine Mehrheit. Im Gegenteil: Die Position des EU-Parlaments vom April 2022 sieht sogar weitere – und für die M+E-Unternehmen kaum umsetzbare – Verschärfungen des Kommissionsvorschlags vor.

Demnach soll der Geltungsbereich der Richtlinie alle Arbeitnehmer erfassen und somit keinerlei Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie tarifgebundene bzw. tarifynwendende Unternehmen vorsehen. Das Auskunftsrecht soll auch hypothetische Vergleiche – etwa zwischen Arbeitnehmern unterschiedlicher Branchen – ermöglichen. Darüber hinaus sollen die Berichtspflichten bereits in Unternehmen mit mindestens 50 (oder auch weniger) Beschäftigten greifen.

Die Vorgaben zur Bestimmung gleicher und gleichwertiger Arbeit fordern zwar auf nationaler Ebene einen Einklang mit Tarifverträgen, dennoch enthält der Bericht des EU-Parlaments keine Ausnahmen für tarifgebundene oder tarifynwendende Unternehmen. Darüber hinaus sei ab einer Entgeltlücke von bereits 2,5 Prozent in einem Unternehmen eine sogenannte „Gemeinsame Entgeltbewertung“ mit den Arbeitnehmervertretern durchzuführen. Auch andere äußerst kritische Elemente des Richtlinienvorschlags wurden beibehalten bzw. um weitere Details ergänzt, so die frühzeitige Verlagerung der Beweislast zulasten der Arbeitgeber, weitreichende Erörterungs- und Verbandsklagerechte, Sank-

tionsregelungen sowie weitere Formen der Diskriminierung.

Die Umsetzung der Richtlinie würde eine enorme bürokratische Mehrbelastung für die deutschen M+E-Unternehmen bedeuten. Der Bericht des EU-Parlaments berücksichtigt keinen der zentralen Kritikpunkte und ignoriert gänzlich die Schlüsselrolle von Tarifverträgen und damit der Tarifautonomie.

Im nun anstehenden institutionellen Trilog von EU-Parlament, Kommission und den Mitgliedsstaaten über den finalen Richtlinienentwurf wird sich Gesamtmetall weiter im Dialog mit Entscheidungsträgern auf EU-Ebene für Ausnahmeregelungen für tarifgebundene bzw. -anwendende Unternehmen sowie Erleichterungen für KMU einsetzen.

Auch eine entsprechende Verschärfung des erst seit 2017 geltenden Entgelttransparenzgesetzes (EntgTranspG) im Rahmen der nationalen Umsetzung einer möglichen EU-Richtlinie ist angesichts der Forderungen im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zur Weiterentwicklung des EntgTranspG absehbar: Aus den Wahlprogrammen von SPD

und Grünen ist bekannt, dass diese unter der Weiterentwicklung des Gesetzes die Ausweitung von Auskunfts- und Berichtspflichten, Lohncheckverfahren bzw. eine Verpflichtung zur Überprüfung von Tarifverträgen sowie die Einführung von Sanktionen verstehen.

Mobile Arbeit muss praktisch umsetzbar bleiben

Durch die Corona-Pandemie hat das mobile Arbeiten Prominenz erlangt – insbesondere in seiner Ausprägung als Arbeit im sogenannten Homeoffice. Das BMAS hatte sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode hierzu einen gesetzlichen Anspruch für Beschäftigte zum Ziel gesetzt. Im Sinne einer politischen Flankierung legte die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) zu Beginn des

Weitere Themen rund um die Corona-Pandemie finden Sie im Corona-Spezial ab Seite 14.

Jahres 2021 einen Entwurf für ein Positionspapier zu mobiler Arbeit vor. Dieser war gekennzeichnet durch zahlreiche Punkte, die nicht im eigentlichen Aufgabenbereich der gesetzlichen Unfallversicherung liegen. Viel-

Mehr Beschäftigte können von zu Hause arbeiten

So viel Prozent der Arbeitnehmer geben an, dass ihr Arbeitgeber die Möglichkeiten zur Arbeit im Homeoffice ausgeweitet hat



Quelle: DAK-Gesundheit

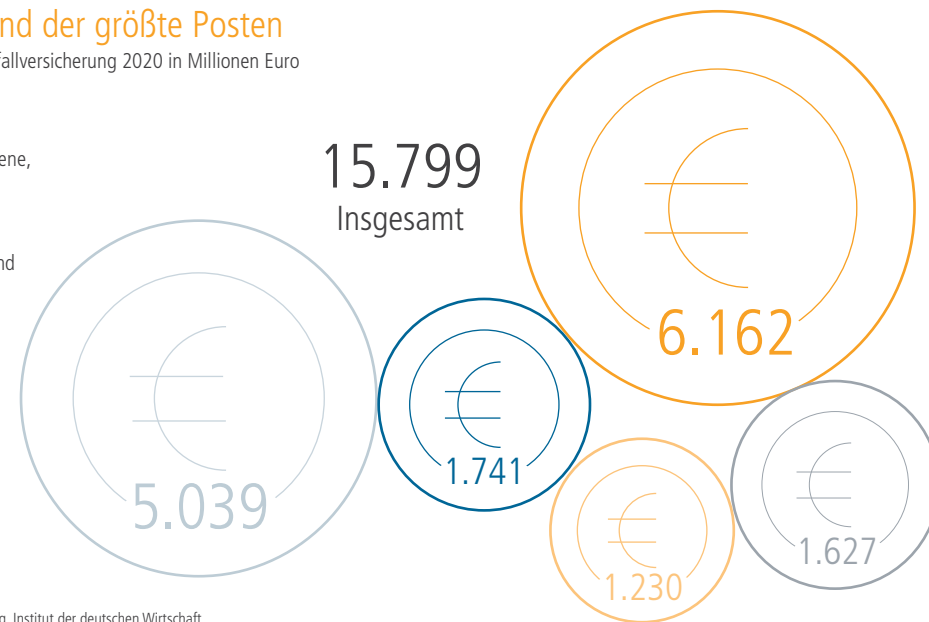
Ausgewählte Arbeitsbereiche;
Befragung von 7.226 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland im April und Mai 2020

Ausgaben: Renten sind der größte Posten

Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherung 2020 in Millionen Euro

Davon:

- Renten, Beihilfen an Hinterbliebene, Abfindungen
- Heilbehandlungen (ambulant und stationär, sonstige Kosten und Zahnersatz) und Rehabilitation
- Betriebsmittel, Rücklagen u. Ä.
- Verwaltungs- und Verfahrenskosten
- Prävention



Quellen: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, Institut der deutschen Wirtschaft

mehr hätten sie eine politische Einflussnahme auf betriebliche, tarifvertragliche oder gesetzliche Regelungsbereiche – insbesondere arbeitsrechtlicher Natur – dargestellt. Die DGUV hätte beispielsweise gefordert, ein Rückkehrrecht zum Arbeitsplatz im Betrieb zum zwingenden Bestandteil arbeitsvertraglicher Vereinbarungen zu machen, was aber Sache der Arbeitsvertragsparteien ist und u. a. dem Prinzip der doppelten Freiwilligkeit widersprechen würde. Dies wäre für die Arbeitgeber nicht tragbar gewesen.

Gesamtmetall hat sich daher in Abstimmung mit den Arbeitgebervertretern in der Selbst-

verwaltung der Unfallversicherungsträger Berufsgenossenschaft Holz und Metall (BGHM) und Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) dafür eingesetzt, dass dieses Positionspapier nicht weiterverfolgt wurde. Im März 2022 hat der Grundsatzausschuss Prävention der DGUV daher lediglich ein sogenanntes Grundverständnis beschlossen, das inhaltlich gegenüber dem Positionspapier-Entwurf stark reduziert wurde. Auch dieses Papier ist nicht unkritisch zu bewerten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich der Vorstand der DGUV mit dem Dokument im Juni 2022 erneut befasst. Gesamtmetall wird hier seine kritische Stimme per inhaltlicher Abstimmung mit Arbeitgebervertretern im Vorstand der DGUV weiter einbringen.

Programme für Unfallversicherungsträger konsequent umgesetzt

Auch die von Gesamtmetall gemeinsam mit den Arbeitgebervertretern aller in der BG ETEM und BGHM vertretenen Branchen erarbeiteten und verabschiedeten Arbeitgeberprogramme zur 12. Sozialwahlperiode (Herbst 2017 bis Herbst 2023) wurden zielgerichtet

umgesetzt. So haben z. B. auf Initiative von Gesamtmetall Vorstand und Vertreterversammlung der BG ETEM beschlossen, den Bereich Rehabilitation – als eine der zentralen Aufgaben eines Unfallversicherungsträgers (UVT) – neu zu organisieren. Im Mittelpunkt steht eine Verschlinkung von Strukturen der BG-ETEM-Verwaltung in den kommenden Jahren. Sie wird auf das Ziel der Effizienzsteigerung nachhaltig einzahlen. Gesamtmetall hat hier in Abstimmung mit Arbeitgebervertretern in der BG-ETEM-Selbstverwaltung die zentralen Gestaltungselemente für die künftige Aufbauorganisation entwickelt und in die Gremienberatungen eingebracht.

Sechster staatlicher Arbeitsschutzausschuss hat seine Arbeit aufgenommen

Das Arbeitsschutzkontrollgesetz vom Dezember 2020 brachte u. a. auch Änderungen des Arbeitsschutzgesetzes mit sich. So wurde neben den bestehenden fünf staatlichen Arbeitsschutzausschüssen beim BMAS ein sechster staatlicher Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (ASGA) etabliert. Aufgabe dieses Ausschusses ist es – stark verkürzt – sich mit den offenen Themen im Arbeitsschutz zu befassen, für die keiner der fünf anderen Arbeitsschutzausschüsse zuständig ist. Grundsätzlich befassen sich die staatlichen Arbeitsschutzausschüsse mit der Erarbeitung sogenannter Technischer Regeln, die der Konkretisierung übergeordneter arbeitsschutzrechtlicher Gesetze und Verordnungen

Ihre Ansprechpartner. Unser Service



Holger Rademacher



Anja Kretzschmar



Katrin Brauner

- Beobachtung und Bewertung aktueller Entwicklungen in Praxis, Wissenschaft und Politik auf arbeitswissenschaftlichem sowie arbeitspolitischem Gebiet
- Erarbeitung arbeitspolitischer Argumentationen, Strategien und Positionen mit Vertretern aus den Mitgliedsverbänden und Unternehmen
- Interessenvertretung gegenüber Institutionen sowie Politik und Gewerkschaften mit arbeitspolitischer Relevanz für die M+E-Industrie
- Fortsetzung der Koordinierung und des Ausbaus eines arbeitspolitischen Netzwerks von M+E-Vertretern in – insbesondere für Regelsetzungen – zentralen Gremien
- Aufbereitung arbeitswissenschaftlicher Themen in Handlungsempfehlungen, Leitfäden und Präsentationen auch in Zusammenarbeit mit BDA und ifaa

dienen. Der ASGA hatte am 23. September 2021 seine konstituierende Sitzung. Gesamtmetall wird über die Wahrnehmung des stellvertretenden Vorsitzes durch Jens Dirk Wohlfel, Geschäftsführer Tarif- und Sozialpolitik, und in enger Abstimmung mit den weiteren Arbeitgebervertretern im ASGA die Interessen der Arbeitgeber bei den bevorstehenden Arbeiten intensiv einbringen.

Das haben wir vor!

Auch wenn im arbeitspolitischen Bereich die Ausführungen im Koalitionsvertrag noch weitgehend offen sind, wird Gesamtmetall die entsprechenden Vorhaben der Bundesregierung kritisch begleiten. Dazu gehören unter anderem der Arbeitsschutz im Homeoffice und bei mobiler Arbeit, das Thema Psychische Gesundheit oder auch die Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes. Zudem werden die Vorbereitung und Begleitung der Durchführung der Sozialwahl 2023 bei der BG ETEM und der BGHM als jeweiliger Listenträger weitere Schwerpunkte der Arbeit von Gesamtmetall sein.

Ziele der Arbeitgeber für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM

Präambel

Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland, die Unfallversicherungsträger (UVT), sind – wie in der Sozialwahlperiode 2017 – eine unverzichtbare Komponente des Sozialversicherungssystems und tragen zur Sicherung der Lebensgrundlage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei. Die UVT sind in der Sozialwahlperiode 2017 – wie in der Sozialwahlperiode 2017 – eine unverzichtbare Komponente des Sozialversicherungssystems und tragen zur Sicherung der Lebensgrundlage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei.

Die UVT sind in der Sozialwahlperiode 2017 – wie in der Sozialwahlperiode 2017 – eine unverzichtbare Komponente des Sozialversicherungssystems und tragen zur Sicherung der Lebensgrundlage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei.

Arbeitgeberprogramm für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM

Das Arbeitgeberprogramm für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM ist ein Dokument, das die Ziele und Maßnahmen der Arbeitgeber für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM darstellt.

Das Arbeitgeberprogramm für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM ist ein Dokument, das die Ziele und Maßnahmen der Arbeitgeber für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM darstellt.

Das Arbeitgeberprogramm für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM ist ein Dokument, das die Ziele und Maßnahmen der Arbeitgeber für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM darstellt.

Das Arbeitgeberprogramm für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM ist ein Dokument, das die Ziele und Maßnahmen der Arbeitgeber für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM darstellt.

Das Arbeitgeberprogramm für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM ist ein Dokument, das die Ziele und Maßnahmen der Arbeitgeber für die 12. Sozialwahlperiode der BG ETEM darstellt.

SOZIALE MARKT- WIRTSCHAFT

Unternehmen brauchen Rückenwind der Politik. Das bedeutet, dass sich der Staat so weit wie möglich zurücknehmen muss bei Bürokratie, Berichtspflichten, Vorschriften oder anderen Regelungen. Auf der anderen Seite brauchen die Unternehmen Flexibilität, beispielsweise bei der Arbeitszeit oder der Befristung. Unser Land wird sich schneller und besser erholen, wenn Eigenverantwortung, freies Unternehmertum und Leistung als Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker von der Politik berücksichtigt werden.

BEDEUTET

FLEXIBILITÄT SCHAFFEN

Fortschritt nicht nur wagen, sondern auch umsetzen

Das haben wir erreicht!

Flexibilisierung der Arbeitszeit ohne Stechuhmentalität, Angriffe auf das Befristungsrecht, mobile Arbeitsformen, überbordende Bürokratie: Dies ist nur eine Auswahl an Themen, die die Rechtsabteilung von Gesamtmetall im vergangenen Jahr politisch intensiv begleitet und bei denen sie sich für die Interessen der Unternehmen der M+E-Industrie eingesetzt hat. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der arbeitsrechtlichen Bewältigung der Corona-Pandemie mit ihren oft diffusen und kurzfristigen politischen Vorgaben. Hier galt es, Licht in das Dickicht der sich überschlagenden Regelungen zu bringen.

Im besonderen Fokus standen die Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP. Insbesondere im Bereich Arbeit und Soziales ist der neue Koalitionsvertrag besser als der letzte der Großen Koalition. Die Rolle des Staates wird im Vergleich zum Regierungshandeln der vergangenen Jahre wohlthuend zurückhaltend interpretiert. Dafür hat sich Gesamtmetall mit voller Kraft im Vorfeld und auch während der Koalitionsverhandlungen eingesetzt.

insbesondere bei der Ruhezeit dringend geboten und auch europarechtlich unproblematisch.

Auch die geplante gesetzliche Öffnungsklausel für die geltende Tageshöchstarbeitszeit ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zielführender und europarechtlich geboten wäre allerdings eine direkte und unbefristete gesetzliche Verankerung der Wochenarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz. Bei einer Umsetzung gilt auch hier, dass die Öffnung im besten Fall unbefristet und unkonditioniert ist und auch durch Unternehmen ohne Tarifbindung und betriebsratslose Betriebe genutzt werden kann.

// Geboten wäre eine direkte und unbefristete Verankerung der Wochenarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz.“

Spielräume bei der Arbeitszeit endlich dauerhaft eröffnen

Im Arbeitszeitrecht sollen nach dem Willen der neuen Bundesregierung die Sozial- und Betriebspartner mehr Spielräume erhalten. Insbesondere die geplanten Öffnungsklauseln für Tarifpartner in Bezug auf die längst überfällige Flexibilisierung der Arbeitszeit sind sehr zu begrüßen. Damit würde die Politik nicht nur in der modernen Arbeitswelt ankommen, es würde auch zeitgleich eine zentrale Forderung Gesamtmetalls umgesetzt. Eine gesetzliche Öffnung ohne die derzeitigen Beschränkungen für die Tarifpartner ist

Gesamtmetall wird sich zudem dafür einsetzen, dass bei der Arbeitszeiterfassung der Status quo erhalten bleibt. Jede weitere bürokratische Belastung der Unternehmen durch Ausweitung der Aufzeichnungspflichten ist zu unterlassen – sonst droht die Rückkehr zur Stechuhr.

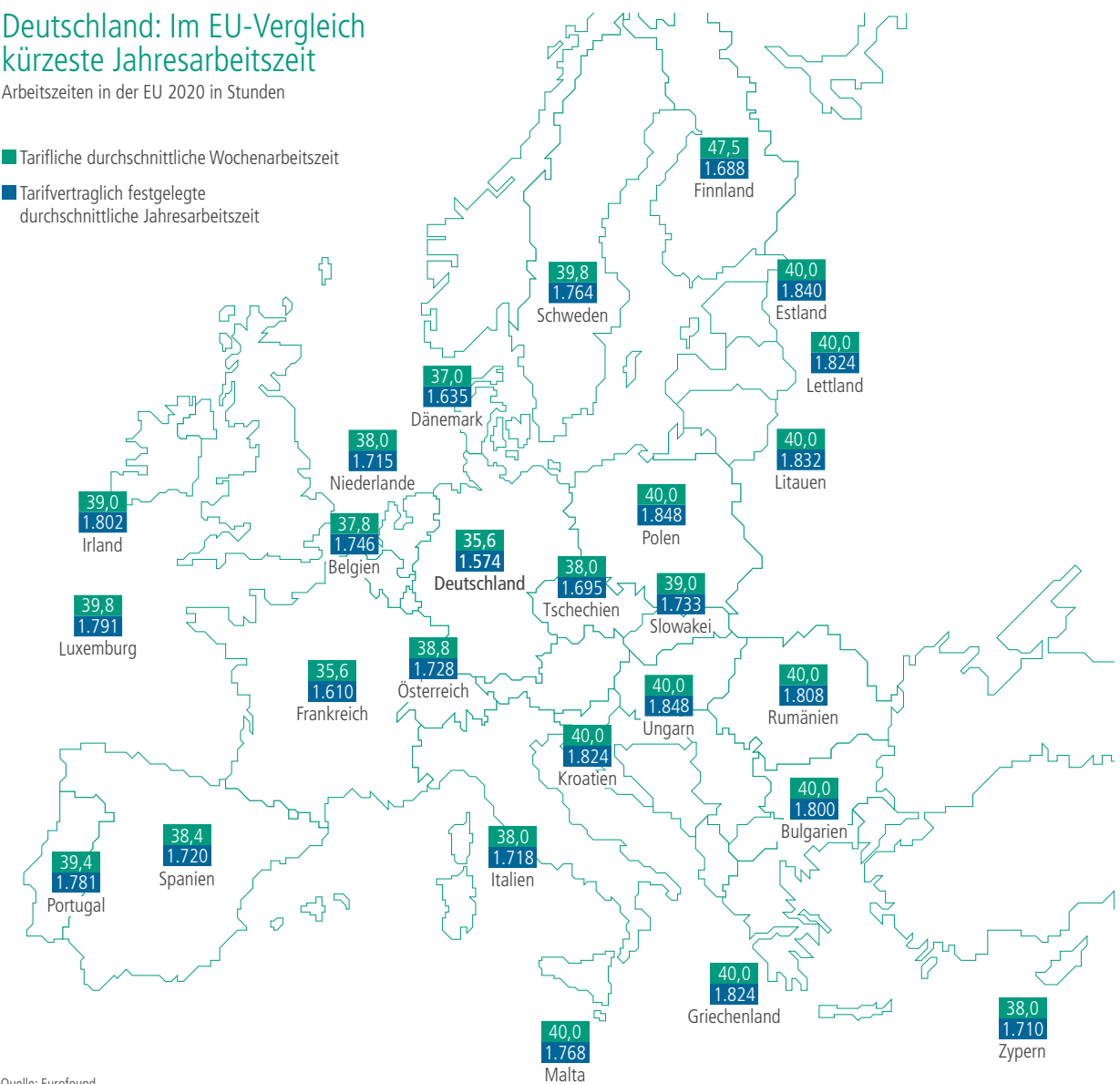
Richtige Weichenstellungen im Befristungsrecht gesetzt

Sehr zu begrüßen ist, dass die sachgrundlose Befristung im bisherigen Rahmen unangetastet bleibt – eine weitere langjährige Kernforderung Gesamtmetalls. Bereits in der vergan-

Deutschland: Im EU-Vergleich kürzeste Jahresarbeitszeit

Arbeitszeiten in der EU 2020 in Stunden

■ Tarifliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit
■ Tarifvertraglich festgelegte durchschnittliche Jahresarbeitszeit



Quelle: Eurofound

genen Legislaturperiode hatte Gesamtmetall Einschränkungen des Befristungsrechts erfolgreich abgewehrt. Die sachgrundlose Befristung wird den Unternehmen daher weiterhin im bewährten Umfang zur Verfügung stehen.

Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem die konjunkturelle Lage äußerst ungewiss ist und der Flexibilitätsbedarf der Unternehmen auch aufgrund der Veränderungen durch die Digitalisierung massiv steigt, weiterhin unverzichtbar. Die geplanten Korrekturen des Befristungsrechts im öffentlichen Dienst

– Abschaffung der nur dort bestehenden Möglichkeit der Haushaltsbefristung und Reduzierung der sachgrundlosen Befristung beim Bund als Arbeitgeber – sind der richtige Weg, um die tatsächlichen Probleme zu beseitigen.

Gesamtmetall ist bestrebt, dass die Bundesregierung an den entsprechenden Zielsetzungen im Koalitionsvertrag festhält. Die Auswirkungen etwaiger Änderungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz müssen auch in der Umsetzung durch den Gesetzgeber auf den öffentlichen Sektor beschränkt bleiben.

Werkverträge und Zeitarbeit garantieren Flexibilität für Unternehmen

Positiv hervorzuheben ist das klare Bekenntnis der Koalitionäre zu Zeitarbeit und Werkverträgen. Insbesondere die Zeitarbeit ermöglicht in Nachkrisenzeiten einen schnellen und unbürokratischen Wiederaufbau der Beschäftigung. Die Unternehmen brauchen besonders jetzt viel Flexibilität in der Personalplanung, um die zunehmenden Schwankungen der Märkte ausgleichen zu können. Dabei bieten Werkverträge und Zeitarbeit einen unverzichtbaren Flexibilitätspuffer für die Betriebe und sind zugleich Sprungbrett auf einen festen Arbeitsplatz. Umso wichtiger ist es, dass der bestehende Rechtsrahmen nicht weiter verschärft wird.

Chancen der mobilen Arbeit dürfen nicht verspielt werden

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ist in der vergangenen Legislaturperiode mit seiner Gesetzesinitiative zum „Mobile-Arbeit-Gesetz“ nach scharfer Kritik auch von Gesamtmetall gescheitert.

Im aktuellen Koalitionsvertrag hat die Ampel nun die Absicht bekundet, Homeoffice als eine Möglichkeit der mobilen Arbeit rechtlich von der sogenannten Telearbeit abzugrenzen. Dies ist längst überfällig: Beide Formen des ortsflexiblen Arbeitens werden dadurch klar und rechtssicher aus dem Anwendungsbereich der starren und höchst bürokratischen Arbeitsstättenverordnung ausgenommen.

Der ebenfalls geplante Erörterungsanspruch über mobiles Arbeiten und Arbeiten im Homeoffice greift hingegen ohne Not in das Recht des Arbeitgebers ein, die Art und Weise der Arbeitserbringung im Rahmen des Direktionsrechts näher zu konkretisieren.

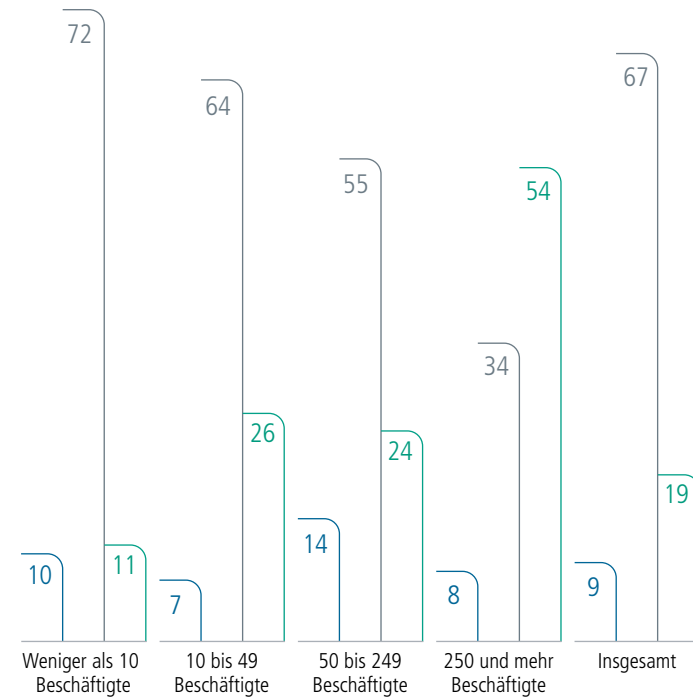
„Individuelle Lösungen sind regulierendem Eingriff überlegen.“

Homeoffice ist in vielen M+E-Betrieben bereits Standard und wird auch nach der Pandemie bleiben. Wo im vertrauensvollen Miteinander individuelle Lösungen gefunden werden, verbietet sich ein Eingriff durch den Gesetzgeber. Gesamtmetall wird sich auch hier für eine praktikable Ausgestaltung ohne überhöhte Anforderungen an die Ablehnung der mobilen Arbeit einsetzen. Um EU-weites mobiles Arbeiten rechtssicher zu ermöglichen, bedarf es international abgestimmter, nachvollziehbarer und praxistauglicher Kriterien im Steuer- und Sozialversicherungsrecht.

Mobiles Arbeiten: Gekommen, um zu bleiben

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, bei denen das Arbeiten von zu Hause aus grundsätzlich möglich ist, wollen das Homeoffice nach der Corona-Krise ...

- ... zurückfahren
- ... im selben Umfang praktizieren
- ... weiter ausbauen



Befragung von 1.093 Betrieben im Oktober 2020;
Rest zu 100 Prozent: noch keine Entscheidung getroffen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

(Kein) Recht auf Homeoffice? Das Beispiel Niederlande

Immer wieder wird behauptet, in den Niederlanden sei das Recht auf Homeoffice bereits rechtlich geregelt. Das ist unzutreffend und verfälscht oftmals die Diskussion. Zur richtigen Einordnung lohnt ein Blick auf die Regelungen des entsprechenden niederländischen Gesetzes „Wet flexibel werken“. Nach dem „Gesetz über die Flexibilisierung am Arbeitsplatz“ können Arbeitnehmer seit Anfang 2016 zwar Homeoffice bei ihrem Arbeitgeber beantragen, der Arbeitgeber wird dabei lediglich verpflichtet, einen entsprechenden Antrag

mit dem Mitarbeiter zu beraten und eine negative Entscheidung schriftlich zu begründen.

Im Rahmen dieser Begründung räumt das Gesetz dem Arbeitgeber einen breiten Spielraum ein, insbesondere ist der Arbeitgeber nicht an bestimmte Ablehnungsgründe gebunden. Eine solche bürokratiearme Umsetzung ist weit von den bisherigen Vorschlägen des BMAS entfernt. Es ist daher zu begrüßen, dass ein neuer Anlauf der Koalition sich nun am niederländischen Modell ausrichten soll.



Niederländisches Modell – Art. 2 „Wet flexibel werken“ vom 1. Januar 2016

Inhalt:

Arbeitnehmer können neben der Änderung der Dauer und Lage der Arbeitszeit auch die Lage des Arbeitsortes beantragen (z. B. Antrag auf Arbeit im Homeoffice).

Grundvoraussetzungen:

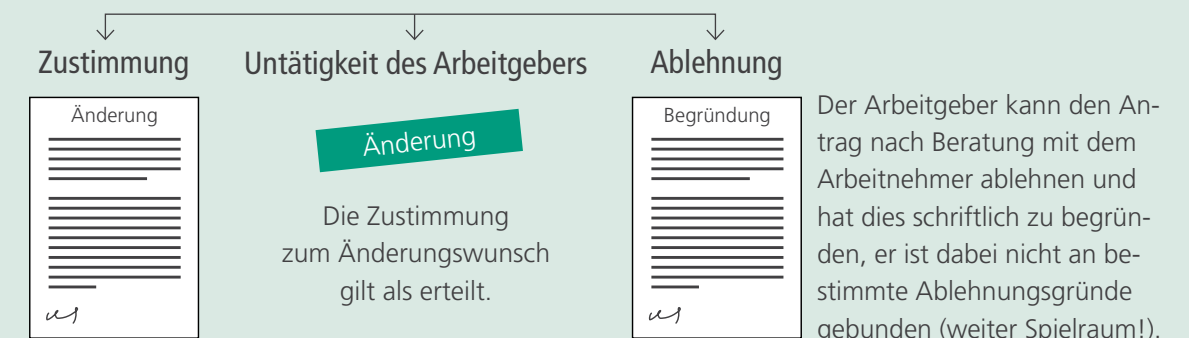
- Der Arbeitgeber beschäftigt mehr als zehn Arbeitnehmer.
- Der Arbeitnehmer muss zum Zeitpunkt der gewünschten Anpassung mindestens sechs Monate beim Arbeitgeber beschäftigt sein.

Antragstellung:

Mindestens zwei Monate vor dem geplanten Beginn der Anpassung schriftlich mit Begründung, welche Anpassung gewünscht wird, sowie mit Datum des Beginns.

Antragsprüfung:

Der Arbeitgeber muss einen entsprechenden Antrag bis spätestens einen Monat vor Beginn der gewünschten Änderung prüfen und kann dabei wie folgt verfahren:



Arbeitsbedingungen-Richtlinie: Neues Bürokratiemonster aus Europa

Anfang 2022 legte das BMAS den Gesetzesentwurf zur Umsetzung der sogenannten europäischen Arbeitsbedingungen-Richtlinie vor. Dieser Entwurf geht weit über die Vorgaben der EU-Richtlinie hinaus und verstärkt in unnötiger Weise den ohnehin durch die Umsetzung entstehenden Bürokratieaufwand für die Unternehmen.

// Systemwidriger Eingriff in das Recht der Arbeitnehmerüberlassung“

Nicht nachvollziehbar und nur mit ideologischen Gründen belegbar ist insbesondere der systemwidrige Eingriff in das Recht der Arbeitnehmerüberlassung. Einmal mehr wird hier versucht, die Metall- und Elektro-Unternehmen in ihrer Flexibilität unter dem Vorwand des Europarechts zu beschränken. Von in der Richtlinie vorgesehenen Erleichterungen – wie beispielsweise einer zeitgemäßen digitalen Form der Unterrichtung – macht der Gesetzgeber hingegen keinen Gebrauch. Gesamtmetall hat mit einer frühzeitigen Stellungnahme reagiert und in politischen Gesprächen die Interessen der Metall- und Elektro-Unternehmen mit Nachdruck vertreten.

Überschießende Umsetzung der Whistleblowing-Richtlinie

Anfang April 2022 hat das Bundesjustizministerium einen ersten Referentenentwurf zur Umsetzung der sogenannten Whistleblowing-Richtlinie vorgelegt. Arbeitgeber mit in der Regel mindestens 50 Beschäftigten sollen eine Stelle für interne Meldungen einrichten und betreiben müssen. Wird ein Hinweisgeber nach einer Meldung benachteiligt, soll im

Rahmen einer umgekehrten Beweislast vermutet werden, dass diese Benachteiligung eine Repressalie ist.

Der Entwurf geht in unnötiger Weise über die ohnehin bereits komplexen Vorgaben der Richtlinie hinaus. Gesamtmetall wird die Umsetzung der Whistleblowing-Richtlinie begleiten und darauf hinwirken, dass der durch die Richtlinie vorgesehene Bürokratieaufwand für die deutsche Wirtschaft nicht noch weiter erhöht wird.

Nachschärfung des Lobbyregistergesetzes wird abgelehnt

Am 1. Januar 2022 trat nach jahrelangen Debatten das Lobbyregistergesetz in Kraft. Kernpunkt des digital geführten und öffentlich einsehbaren Lobbyregisters ist eine Registrierungspflicht für alle, die Kontakt zu Mitgliedern des Bundestages oder der Bundesregierung aufnehmen, um Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. Kontaktaufnahmen sind bis hinunter zur Ebene von Unterabteilungsleitern zu erfassen. Dadurch soll – so die Hoffnung – sichtbar werden, wer Einfluss auf politische Entscheidungen und die Gesetzgebung nimmt.

// Ein Eingriff in die grundrechtlich geschützte Koalitionsfreiheit verbietet sich aus verfassungsrechtlichen Gründen.“

Aus verfassungsrechtlichen Gründen sind Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften als Vereinigungen zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz) von der Anwendung des Gesetzes ausgenommen. Für die teils betroffenen M+E-Unternehmen verbleiben viele praktische Anwendungsfragen,

welche auch nicht durch das insgesamt 189 Seiten starke Handbuch des Deutschen Bundestages zum Anmeldeprozess beantwortet werden. Dabei drohen demjenigen, der sich trotz Registrierungspflicht nicht einträgt oder Eintragungen falsch vornimmt, erhebliche Bußgelder.

Ungeachtet dieser Unzulänglichkeiten hat die Bundesregierung noch vor Inkrafttreten des Gesetzes im Koalitionsvertrag angekündigt, das Lobbyregistergesetz nachschärfen zu wollen. Der Kreis der eintragungspflichtigen Interessenvertretungen soll erweitert und Einflüsse Dritter auf Gesetzesvorhaben sollen offengelegt werden.

Solche Verschärfungen des ohnehin komplizierten Gesetzes sind abzulehnen. Ein Eingriff in die grundrechtlich geschützte Koalitionsfreiheit durch eine Aufweichung der Ausnahmeregelung für Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände verbietet sich bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen.

Weitere Themen rund um die Corona-Pandemie finden Sie im Corona-Spezial ab Seite 14.

Ihre Ansprechpartner. Unser Service



David Beitz



Jessica Longard



Regine Klingberg



Liane Schäfer

- Arbeitsrechtliche Beratung der M+E-Verbände und ihrer Mitgliedsunternehmen, vor allem umfassende Begleitung in der Corona-Krise einschließlich zahlreicher komplexer Fragen aus dem Arbeits- und Infektionsschutzrecht
- Erarbeitung neuer und Aktualisierung vorhandener Handlungshilfen und Leitfäden:
 - M+E-Hinweise bei Rückkehr von Beschäftigten aus Risikogebieten
 - M+E-Hinweise zur Betriebsratswahl 2022: Empfehlung zur Briefwahl bei Homeoffice
 - M+E-Leitfaden „Betriebsratswahlen 2022“ unter Berücksichtigung der Änderungen durch das Betriebsrätemodernisierungsgesetz und der Änderung der Wahlordnung zum BetrVG
 - M+E-Leitfaden „Betriebliches Eingliederungsmanagement“
 - M+E-Musterarbeitsverträge

Das haben wir vor!

Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP birgt die längst überfällige Chance, auch im Arbeitsrecht den Reformstau der vergangenen Jahre aufzubrechen. Fortschritt zu wagen ist richtig, er muss aber praxisgerecht umgesetzt werden. Längst überfällige Reformen bei der Flexibilisierung des Arbeitsrechts müssen nun beherzt angegangen werden. Gesamtmetall wird diese Schritte der neuen Bundesregierung weiter mit Expertise und Nachdruck begleiten, damit für die Unternehmen die bestmöglichen Lösungen gefunden werden, um auch die aktuelle Krise zu bewältigen und die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Dazu gehört auch, dass die angekündigten arbeitsrechtlichen Vorhaben den Beschäftigungsaufbau fördern und zusätzliche Kosten und unnötige Bürokratie vermieden werden.

Zudem wird sich Gesamtmetall weiterhin dafür einsetzen, dass Homeoffice als Unterfall mobiler Arbeit durch ein Vorantreiben des Breitbandausbaus, flexiblere Arbeitszeiten und die Möglichkeit, Arbeitszeitaufzeichnungspflichten an die Beschäftigten zu delegieren, sinnvoll gefördert wird. Moderne Arbeitsformen der Zukunft sind keine Einbahnstraße und dürfen daher nicht durch einseitige Regelungen zulasten der Unternehmen im Sinne eines fehlgeleiteten Anspruchsdenkens belastet werden.

Mitgliederversammlung 2021 18. Juni 2021, Berlin

Auch 2021 fand die Mitgliederversammlung von Gesamtmetall coronabedingt als hybride Veranstaltung in Berlin unter besonderen Voraussetzungen statt. Es war wieder möglich, an der Sitzung live vor Ort oder per Videokonferenz teilzunehmen. Zu Gast war Armin Laschet, damaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat von CDU und CSU. Ab dem Jahr 2022 wird die Gesamtmetall-Mitgliederversammlung wieder wie bisher bei einem Mitgliedsverband stattfinden.





WELT Tarifforum 2022 28. April 2022, Berlin

Die Tarifautonomie – ein Prinzip mit Verfassungsrang – ist in der Vergangenheit immer wieder angegriffen worden. Aber wie ist es grundsätzlich um die Tarifautonomie bestellt? Muss der Staat nicht eingreifen, wenn nur eine geringe Tarifbindung besteht, oder hat er sich ganz herauszuhalten? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt des WELT Tarifforum 2022, das in Kooperation mit Gesamtmetall im Atrium des Axel-Springer-Neubaus in Berlin stattfand. Zur Eröffnung sprachen der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, und Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf.



60. Geburtstag von Dr. Stefan Wolf und 80. Geburtstag von Martin Kannegiesser

Im Anschluss an das WELT Tarifforum 2022 hat Gesamtmetall zu einem festlichen Abendessen anlässlich des 60. Geburtstags von Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf sowie des 80. Geburtstags von Gesamtmetall-Ehrenpräsident Martin Kannegiesser eingeladen. Gewürdigt wurden sie insbesondere von den Laudatoren Wolf Matthias Mang, Vorstandsvorsitzender von HESSENMETALL, Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Arndt G. Kirchhoff, Präsident von METALL NRW, sowie Bundestagspräsident a.D. Dr. Norbert Lammert.



SOZIALE MARKT- WIRTSCHAFT BEDEUTET

Die Soziale Marktwirtschaft soll allen Menschen in unserer Gesellschaft faire Aufstiegschancen sichern. Das ist umso wichtiger, als der Fachkräftemangel sich als eine der größten Wachstumsbremsen für die M+E-Industrie erweist. Das bedeutet maximale Anstrengungen in der Nachwuchssicherung und Fachkräftegewinnung.

GUTE BILDUNG ERMÖGLICHEN



Engagement für Aus- und Weiterbildung so wichtig wie nie

Das haben wir erreicht!

Ein Schwerpunkt der Arbeit von Gesamtmetall im vergangenen Jahr war die erfolgreiche Sicherung der Ausbildung unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. Jedoch strömten trotz stabiler Schulabgängerzahlen erneut deutlich weniger Bewerber in den Ausbildungsmarkt. Im Ergebnis konnten allein 2021 rund 10.000 Ausbildungsplätze in den M+E-Berufen nicht besetzt werden. Zeitgleich konnten die Initiativen und Maßnahmen zur Nachwuchssicherung weiter modernisiert werden und die M+E-InfoTrucks nach ihrer coronabedingten Einsatzpause wieder auf die Straße zurückkehren. Darüber hinaus wurde die Modernisierung und die damit verbundene strategische Ausrichtung der Ausbildung auf die Herausforderungen des Strukturwandels, der Energiewende und des Fachkräftebedarfs weiter vorangetrieben.

Rekord bei unbesetzten Ausbildungsplätzen

Nach den erheblichen Einbußen im Jahr 2020 im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt im vergangenen Jahr wieder einigermaßen stabilisiert. Mit bundesweit insgesamt 473.100 neu abgeschlossenen dualen Ausbildungsverträgen wurden 5.600 Verträge (+1,2 Prozent) mehr abgeschlossen als im Vorjahr. Das Angebot an Ausbildungsplätzen lag 2021 bei 536.200. Das waren 8.800 (+1,7 Prozent) mehr als 2020. Die Zahl der jungen Menschen, die eine duale Berufsausbildung nachfragten, ging im Vergleich zum Vorjahr allerdings nochmals um 4.800 (-0,9 Prozent) auf 540.900 zurück.

Allerdings: Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze stieg weiter an und erreichte

2021 ein neues Rekordniveau: 63.200 Ausbildungsplätze blieben unbesetzt. Das entspricht einem Anstieg um 3.200 (+5,4 %) im Vergleich zu 2020.

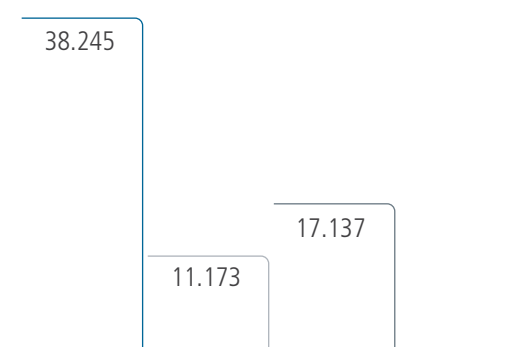
In den Berufen der Metall- und Elektro-Industrie wirkte sich 2021 die anhaltende Corona-Pandemie zusammen mit dem einsetzenden Strukturwandel erneut auf die Zahl der neuen Ausbildungsverträge aus: Mit 66.555 Verträgen zum 31. Dezember 2021 betrug der Rückgang 2,3 Prozent. 2020 waren es noch 68.080 neue Ausbildungsverträge. Erfreulich hingegen entwickelte sich die Situation bei den technischen IT-Berufen. Mit 17.137 neuen Verträgen konnte ein Zuwachs um 3,7 Prozent erreicht werden.

Bei einem gleichzeitigen Rückgang bei den Metallberufen auf 38.245 (-4,4 Prozent) wird

IT-Ausbildungsberufe liegen vorn

Stand der eingetragenen Ausbildungsverträge zum 31.12.2021

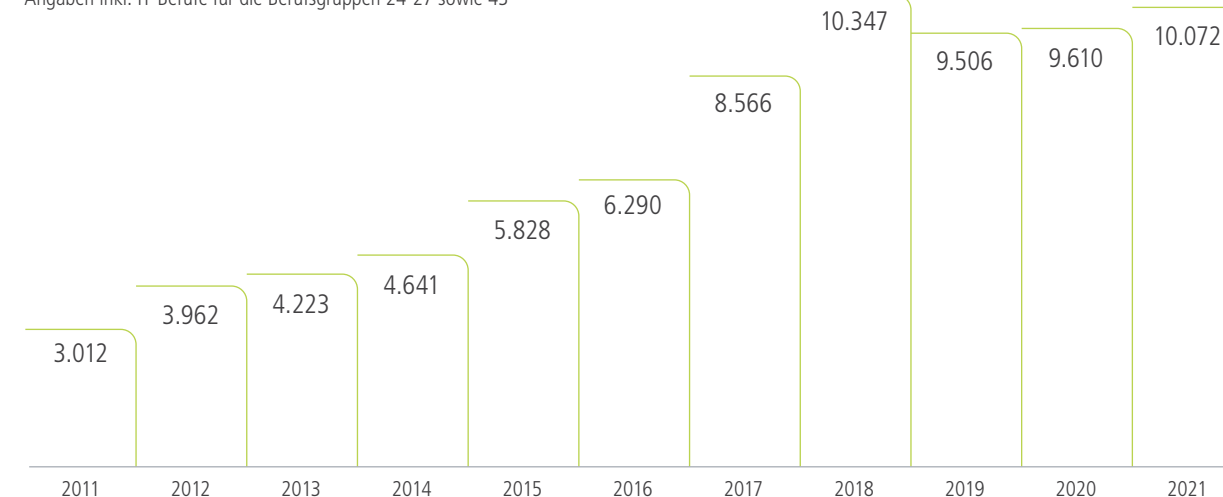
Veränderung 2021 zu 2020	
Metallberufe	-4,4 %
Elektroberufe	-4,3 %
Technische IT-Berufe	+3,7 %
Insgesamt	-2,3 %



Quellen: DIHK, Gesamtmetall

Mehr als 10.000 unbesetzte Ausbildungsplätze in den M+E-Berufen

Angaben inkl. IT-Berufe für die Berufsgruppen 24-27 sowie 43



Stand jeweils zum Ende des Berichtsjahres im September

Quelle: Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen nach Berufsbereichen und -gruppen (Klassifikation der Berufe 2010), Ausbildungsstatistik, Bundesagentur für Arbeit

deutlich, wie sich durch den technologischen und strukturellen Wandel der zukünftige Bedarf der Unternehmen in Richtung Informationstechnik verschiebt. Die meisten neuen Verträge gab es wieder bei den Fachinformatikern (15.772). Diese lagen damit erneut weit vor den Industriemechanikern (9.708) und den Mechatronikern (7.229).

Aber auch die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze in den Metall- und Elektroberufen stieg 2021 erneut auf nunmehr 10.072. Ursachen hierfür sind nach wie vor die Passungsprobleme bei Angebot und Nachfrage. Dabei gibt es nach wie vor große Unterschiede in den einzelnen Regionen.

Hinzu kommt die fehlende Ausbildungsfähigkeit vieler Schulabgänger. Eine der größten Herausforderungen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs bleibt somit der anhaltende Rückgang auf der Nachfrageseite. Das Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an einer dualen Berufsausbildung hat offensichtlich weiter nachgelassen. Daher ist es umso wichtiger, die duale Berufsausbildung zukunftsfähig aufzustellen und attraktiv zu gestalten.

Geplante Ausbildungsgarantie führt weder zu mehr Bewerbern noch zu mehr Ausbildungsplätzen

Nicht nur vor dem Hintergrund der über 10.000 unbesetzten Ausbildungsplätze kritisieren Gesamtmetall und die M+E-Unternehmen die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vereinbarte Einführung einer Ausbildungsgarantie. Rechnerisch kommen auf vier unversorgte Bewerber zehn unbesetzte Ausbildungsplätze. Dies zeigt ganz klar: Es mangelt nicht an der Bereitschaft der Unternehmen auszubilden. Es mangelt schlichtweg an Bewerbern. Staatliche Eingriffe wie eine Ausbildungsgarantie führen weder zu mehr Bewerbern noch zu mehr Ausbildungsplätzen.

Hinzu kommt: Bereits jetzt werden 16.500 neue außerbetriebliche Ausbildungsverträge größtenteils öffentlich finanziert. Und: Eine Ausbildungsgarantie bringt erhebliche Risiken mit sich. So besteht die Gefahr, dass zusätzliche Ausbildungsplätze in nicht nachgefragten Berufen und somit am Bedarf vorbei geschaffen werden. Zudem wird für die Bewerber kein Anreiz geschaffen, bei der Suche

Aus- und Fortbildung bei M+E weiter modernisiert

Evaluation der modernisierten Metall- und Elektroberufe läuft noch auf Hochtouren

Die im Jahr 2020 erfolgte Neuordnung der IT-Berufe Fachinformatiker, IT-System-Elektroniker, Kaufmann für Digitalisierungsmanagement und Kaufmann für IT-System-Management hat sich bereits positiv auf die Zahl der neuen Ausbildungsverträge ausgewirkt. Bereits 2018 wurden in den IT-Berufen minimalinvasive Anpassungen beispielsweise im Bereich der Datensicherheit vorgenommen. Ebenso wurden bereits 2018 die industriellen Metall- und Elektroberufe sowie der Mechatroniker in einem agilen Verfahren modernisiert. Zu den neuen Ausbildungsinhalten rund um die Digitalisierung der Arbeit kam mit den optionalen Zusatzqualifikationen (bspw. Additive Fertigungsverfahren) ein neues Strukturelement in die Ausbildung.

Im vergangenen Jahr erfolgte nun der Abschlussbericht der von Gesamtmetall beauftragten Evaluation der modernisierten Metall- und Elektroberufe durch das federführende Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Auf dieser Grundlage beschloss der Gesamtmetall-Bildungsausschuss im

November 2021 die Bildung einer Arbeitsgruppe, welche die Evaluationsergebnisse bewerten und entsprechende Handlungsempfehlungen zur strategischen Weiterentwicklung der Metall- und Elektroberufe erarbeiten soll. Diese Arbeitsgruppe hat im März 2022 erstmals getagt und bereits intensiv inhaltliche und strukturelle Vorschläge diskutiert. Die Handlungsempfehlungen sollen noch 2022 vorgelegt werden.

Weitere Neuordnungsverfahren haben begonnen

Mit den Industriekaufleuten steht einer der ausbildungsstärksten kaufmännischen Berufe in der M+E-Industrie kurz vor Beginn des Neuordnungsverfahrens. Im Blick steht hier insbesondere die Digitalisierung der Geschäftsprozesse. Zuletzt wurden 2021 in diesem Beruf 14.164 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Bei den Ausbildungsordnungen zum Feinoptiker und zum Karosserie- und Fahrzeugbau-Mechaniker stehen ebenfalls Neuordnungsverfahren an. Erste Sondierungen laufen bereits zur Anpassung von Ausbildungsordnungen im Zusammenhang mit der Produktion und dem Einsatz grünen Wasserstoffs.

nach einem Ausbildungsplatz mobil zu sein. Zusätzliche Kosten für Beitrags- und Steuerzahler verbunden mit zusätzlicher Bürokratie wären die Folge. Nicht zuletzt würde eine Ausbildungsgarantie wie bei der Mindestausbildungsvergütung einen erneuten staatlichen Eingriff in den Ausbildungsmarkt bedeuten.

Gesamtmetall strebt dagegen gemeinsam mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft eine Allianz der Aus- und Weiterbildung mit der Bundesregierung an. Dabei steht die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebe-

darfs für die Industrie im Vordergrund. Diese kann mit Sicherheit nicht durch die Schaffung einer Ausbildungsgarantie, sondern nur durch eine Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung erreicht werden.

M+E-InfoTrucks wieder bundesweit auf Tour

Nachdem die Schulen mit Beginn des Schuljahres 2021/22 zum Präsenzunterricht zurückkehrten, konnten auch die zehn M+E-InfoTrucks sukzessive den Betrieb bundesweit

mit einem speziell entwickelten Hygienekonzept wieder aufnehmen. 2022 starteten sie erstmalig wieder in einer Vollausslastung, denn die Nachfrage nach Berufsorientierung an den Schulen ist nach wie vor hoch. In der Winterpause 2021/22 konnte zudem die Modernisierung der Fahrzeuge abgeschlossen werden. In jedem Truck wird jetzt das Thema Industrie 4.0 mit einem sogenannten Cobot und einer AR-Anwendung, also einer computerunterstützten Erweiterung der Realitätswahrnehmung, erlebbar. Zudem können die Schüler nun mithilfe der parallel entwickelten M+E-Berufe-App Informationen speichern und zu Hause anschauen. Die App verstetigt das Erlebnis des Truckbesuchs nachhaltig. Sie

Weitere Themen rund um die Corona-Pandemie finden Sie im Corona-Spezial auf Seite 17.

kann durch die Erweiterungen aber nun auch als eigenständiges Berufskundemedium von Jugendlichen und Schulen genutzt werden.

MINT-EC entwickelt neue Veranstaltungsformate für Schüler und Lehrkräfte

Homeschooling, fehlende Präsenzangebote und ausgefallene Schülerpraktika haben auch im vergangenen Jahr viele weitere neue Veranstaltungsformate im Rahmen des nationalen Excellence-Schulnetzwerks MINT-EC hervorgebracht. Gemeinsam mit den Unternehmen Microsoft Deutschland, SAP und Siemens sowie den Schulnetzwerken Berufswahl-SIEGEL und SCHULEWIRTSCHAFT entstand zum Beispiel die Idee zu Digital Insights. In spielerischen Workshops erlernten 750 Schüler Neues aus Tech und IT von Coding über Gaming bis hin zu Künstlicher Intelligenz. Dabei kamen die neuen Medien, Kommunikation und Teamwork nicht zu kurz. Auch die Lehrkräftefortbildung konnte so fortgeführt werden, zum Beispiel durch das „MINT-Schulprojekt am Rande des Weltalls“.

Daneben fanden wieder zahlreiche – durch Gesamtmetall unterstützte – Wettbewerbe statt, wie zum Beispiel der MINT-EC Siemens-Contest zur Programmierung des Gehäuses für eine mit 3D-Druck hergestellte Uhr.

Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt HPI Schul-Cloud wurde im Juli 2021 planmäßig beendet. Einige Bundesländer haben diese Schul-Cloud dauerhaft übernommen. In den anderen Bundesländern werden die MINT-EC-Schulen nun individuell entscheiden, ob sie sich für die jetzt vom IT-Dienstleister Data Port betreute Plattform anmelden und die leicht abgewandelte Variante der HPI Schul-Cloud auch weiterhin nutzen.

Science on Stage: MINT-Lehrkräfte tauschen sich endlich wieder live aus

Nach über einem Jahr pandemiebedingter Pause folgte im Oktober 2021 in Karlsruhe wieder ein Live-Event im Rahmen des Lehrernetzwerks Science on Stage. Im Rahmen des Nationalen Science on Stage Festivals, das in Kooperation mit Südwestmetall stattfand, präsentierten über 120 von einer Fachjury ausgewählte MINT-Lehrkräfte ihre Unterrichtsideen, tauschten sich aus und kehrten mit neuem Schwung in ihre Klassenzimmer





Das Europäische Science on Stage Festival 2022 in Prag.

zurück. Von Escape Games im Unterricht, über den Bau eines Papp-Roboters bis hin zu der Anwendung des CRISPR/Cas9-Verfahrens im Unterricht gab es auch dieses Mal wieder eine Vielzahl an praktischen Unterrichtsideen von Lehrkräften für Lehrkräfte.

Ende März 2022 kamen dann 350 Lehrer aus über 30 Ländern zum Europäischen Science on Stage Festival 2022 nach Prag, um ihre innovativen Unterrichtskonzepte auf einem Bildungsmarkt, in Workshops sowie auf der

Bühne zu präsentieren und sich darüber auszutauschen. Besonders erfreulich: Drei MINT-Lehrkräfte aus dem hessischen Höchst haben für ihr Projekt „PappBot bauen und programmieren“ den European STEM Teacher Award in der Kategorie „STEM with Arts“ gewonnen. Die Jury lobte die gelungene Verbindung von Technik und Kunst, die die Kreativität der Schüler anregt. Darüber hinaus richtete Science on Stage 25 Online-Seminare und virtuelle Stammtische aus, durch die sich die Lehrkräfte weiterbilden und vernetzen konnten. Der Wettbewerb „European Code League“ trug dazu bei, Schüler für das Programmieren zu begeistern.

think ING. – Informationsplattform und Netzwerk intensiv genutzt

Mittlerweile sind rund 21.000 Nutzer im think ING.-Netzwerk angemeldet – Tendenz weiter steigend –, darunter Schüler, Studierende, Lehrkräfte, Unternehmen, Initiativen und Verbände. Besonders spannend war und ist in Zeiten der Corona-Pandemie die Gelegenheit für Unternehmen, mit potenziellen Nachwuchskräften unkompliziert in Kontakt treten zu können.

Die Lehrkräfte haben besonders vom digitalen MINT-Angebot profitiert: Die zahlreichen Unterrichtsmaterialien wurden zu Homeschooling-Zeiten besonders häufig heruntergeladen und bestellt. Um insbesondere die junge Zielgruppe der Studieninteressierten noch besser zu erreichen, wurden in 2021 die Social-Media-Aktivitäten ausgeweitet und ein Blog wurde gelauncht.

Engagement der M+E-Unternehmen bei der Weiterbildung ungebrochen stark

Die Digitalisierung und der Strukturwandel führen zu neuen Anforderungen an die Beschäftigten der Metall- und Elektro-Industrie.

Gesamtmetall hat gemeinsam mit der IG Metall, dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und dem Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) die neuen Qualifikationsanforderungen der digitalen Arbeitswelt gezielt in die berufliche Weiterbildung aufgenommen und neue Standards gesetzt.

Bereits 2018 wurden Zusatzqualifikationen, darunter Systemintegration, digitale Vernetzung, additive Fertigung, Prozessintegration, Programmierung und IT-Sicherheit als bundeseinheitliche Qualifizierungsstandards in die Ausbildungsordnungen des Bundes aufgenommen.

Diese Standards sollen nun verstärkt für die betriebliche Weiterbildung der Beschäftigten genutzt werden. Damit entsteht eine attraktive Möglichkeit, die berufliche Handlungsfähigkeit der Fachkräfte zu fördern und weiterzuentwickeln und dabei das berufliche Lernen mit den aktuellen Arbeitsanforderungen im Betrieb zu verbinden.

Unverändert stark bleibt auch das Engagement der M+E-Unternehmen in der betrieblichen Weiterbildung: Rund 4,8 Milliarden Euro pro Jahr werden in die Weiterbildung der M+E-Beschäftigten investiert.

Das haben wir vor!

Die Fachkräftesicherung bleibt ganz oben auf der bildungspolitischen Agenda. Ein Schwerpunkt wird die weitere Optimierung der M+E-Initiativen und -Aktivitäten im Bereich der Nachwuchssicherung sein, um im anziehenden Wettbewerb um Nachwuchskräfte weiterhin ganz vorn mit dabei zu sein. Daneben wächst auch die Bedeutung der Fachkräftezuwanderung vor allem aus Drittstaaten. Hier arbeitet Gesamtmetall unter dem Dach der BDA an einem Forderungskatalog der Arbeitgeber zur Beschleunigung der Prozesse und Visaverfahren. Digitalisierung und Strukturwandel erfordern zudem den weiteren Ausbau der MINT-Förderung sowie die konsequente Weiterentwicklung der M+E-Berufs- und Fortbildungsordnungen. Auch die Mitarbeit von Gesamtmetall in der Nationalen Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung und im Nationalen MINT Forum fokussiert sich hier auf die richtigen Weichenstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft, um die Chancen zu nutzen und die Risiken zu minimieren.

Ihre Ansprechpartner. Unser Service



Indra Hadelar



Wolfgang Gollub



Sven-Uwe Räß



Sandra Burkhardt

- Neuordnung des Berufs Industriekaufmann/-frau, Evaluation der modernisierten Metall- und Elektroberufe und Analyse des weiteren Modernisierungsbedarfs
- Strategische Ausrichtung der Ausbildung auf die neuen Herausforderungen
- Neuordnung der M+E-Fortbildungsabschlüsse nach dem Berufsbildungsgesetz
- Aufbereitung und Analyse von Daten zur Aus- und Weiterbildung in der M+E-Industrie
- Steuerung und Modernisierung der InfoTruck-Kampagne und weiterer Projekte zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in den MINT-Berufen
- Analyse des MINT-Arbeitsmarkts durch das IW und Präsentation der Ergebnisse im MINT-Report
- Vertretung der Interessen der M+E-Industrie im Nationalen MINT Forum und in der Nationalen Weiterbildungsstrategie

Science on Stage wirkt nachhaltig

Ergebnisse der Evaluation des Festivals von 2019

- 90 Prozent der Lehrkräfte* setzen die bei Science on Stage gesehenen Unterrichtsideen tatsächlich um.
- 90 Prozent haben Festivalideen bereits in Fortbildungen implementiert und somit zur Verbreitung beigetragen.
- 92 Prozent der Teilnehmenden knüpften internationale Kontakte, über 55 Prozent davon mindestens vier.
- Über 77 Prozent der Lehrkräfte* bescheinigen dem Festival einen nachhaltigen Effekt, 73 Prozent davon wollen sich erneut für das Festival bewerben.

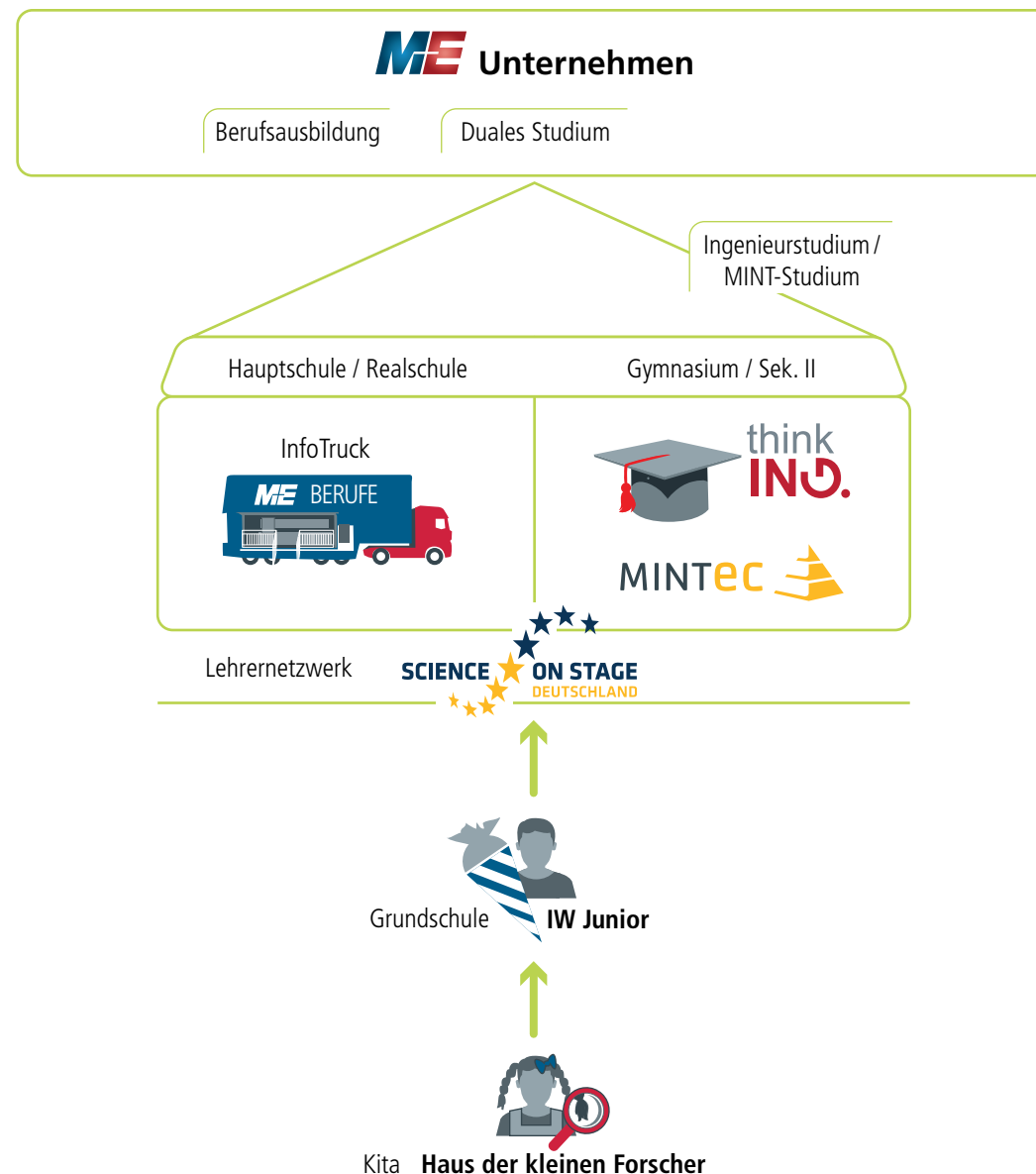
* Die Zahlen wurden in einem dreistufigen Verfahren erhoben: vor, direkt im Anschluss und 1,5 Jahre nach dem Festival.

Nachwuchssicherung ist elementarer Baustein für den Erfolg der M+E-Unternehmen

Seit mehr als 30 Jahren engagieren sich Gesamtmetall und die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie für die Nachwuchssicherung und damit für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit der M+E-Unternehmen. Unter der Federführung von Gesamtmetall wurden viele Projekte und Initiativen erfolgreich aufgebaut oder besonders

gefördert. Diese sollen Jugendliche für eine berufliche Zukunft in der M+E-Industrie begeistern und fit machen.

Dabei umfassen sie alle Altersgruppen und jeden Bildungsweg, von der Kita bis zur Hochschule, wobei die Förderung der MINT-Bildung einen Schwerpunkt bildet.



M+E-InfoTrucks – Erlebniswelt Berufsausbildung für Schüler

In den zehn M+E-InfoTrucks lernen Schüler Berufsbilder und Ausbildungsmöglichkeiten in der M+E-Industrie auf ihrem Schulhof kennen, erhalten Informationen zu freien Ausbildungsplätzen vor Ort und bekommen Tipps zur Bewerbung. In jedem Truck wird die moderne Industrie erlebbar, Berührungängste – gerade bei Mädchen – werden abgebaut. Bis heute haben 6,5 Millionen Schüler die M+E-InfoTrucks besucht. Seit 2021 bietet die App ME-Berufe Unternehmen und Jugendlichen zusätzliche Chancen, sich zu vernetzen.

MINT-EC – Schulnetzwerk mit MINT-Excellence

MINT-EC ist das nationale Excellence-Netzwerk von Schulen mit Sekundarstufe II und herausragendem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischem Schulprofil. Die Leuchtturm-Schulen werden bei ihrer fortwährenden Weiterentwicklung zu MINT-Talentschmieden mit hochkarätigen Angeboten gefördert. Dazu gehören Maßnahmen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Studien- und Berufsorientierung mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Science on Stage – erfolgreicher Unterricht von und für MINT-Lehrkräfte

Um Jugendliche für eine MINT-Ausbildung zu begeistern, kommt es entscheidend auf die Lehrkräfte an. Daher unterstützt Gesamtmetall die gemeinnützige Initiative Science on Stage, die MINT-Lehrkräfte mit herausragenden Unterrichtsideen zusammenbringt. Das Herz der Initiative ist das alle zwei Jahre stattfindende europäische Festival, auf dem die innovativsten Unterrichtskonzepte Europas präsentiert und prämiert werden.

think ING. – Informationsplattform und Netzwerk für den Ingenieurnachwuchs

Fast 7.000 Ingenieurstudiengänge gibt es in Deutschland. Hilfe bei der Orientierung im Dschungel der möglichen Studiengänge und Berufe bietet unser Online-Portal think ING. Hier berichten zudem Auszubildende, Studierende und junge Berufseinsteiger authentisch von ihrem Weg in den Beruf. Im Netzwerk sind Schüler, Studierende, Lehrkräfte, Unternehmen, Initiativen und Verbände miteinander verbunden. Unternehmen und potenzielle Nachwuchskräfte können so unkompliziert in Kontakt zueinander treten.

IW JUNIOR – Jungen Menschen den Weg ins eigene Unternehmen aufzeigen

IW JUNIOR vermittelt Grundprinzipien des unternehmerischen Denkens und Handelns. Die bundesweiten Schülerfirmenprogramme ermutigen junge Menschen durch Learning by Doing zu Unternehmern zu werden. Der JUNIOR-Podcast „Erfolgsraketen“ greift aktuelle Bildungsthemen auf und inspiriert Jugendliche durch spannende Persönlichkeiten mit ihren Geschichten und Erfolgsgeheimnissen.

Haus der kleinen Forscher – MINT-Bildung für nachhaltige Entwicklung

Gesamtmetall unterstützt zudem die gemeinnützige bundesweite Stiftung Haus der kleinen Forscher für die frühe MINT-Förderung in Kitas und Grundschulen. Kindern soll die alltägliche Begegnung mit Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sowie mit Fragen der Nachhaltigkeit ermöglicht werden. Dazu werden pädagogische Fach- und Lehrkräfte mit einem umfangreichen Bildungsprogramm unterstützt.

SOZIALE MARKT- WIRTSCHAFT BEDEUTET

Die Soziale Marktwirtschaft definiert sich über fairen Wettbewerb und Erfolg von Unternehmen und Geschäftsmodellen. Im globalen Wettbewerb stellen wir uns immer neuen Herausforderungen und Mitbewerbern. Dabei ist die exportorientierte M+E-Industrie ein Garant für den Wohlstand in unserem Land. Die beste Idee und das beste Angebot entscheiden, und nicht das Herkunftsland. Und was das Beste ist, darüber bestimmen die Kunden.



OFFENHEIT BEWEISEN

Kompetenzüberschreitungen der EU werden immer mehr zum Problem

Das haben wir erreicht!

Gesamtmittel hat sich im vergangenen Jahr erneut intensiv bei zahlreichen Gesetzgebungsverfahren im Bereich der EU-Sozialpolitik eingebracht, von denen nicht wenige eindeutig die Kompetenzen der EU-Ebene überschreiten. Das beste Beispiel dafür ist die Mindestlohn-Richtlinie. Ein weiteres wichtiges Thema war und ist der Prozess der „Konferenz zur Zukunft Europas“, deren Abschlussbericht kürzlich vorgelegt wurde. Auch wenn Änderungen an den EU-Verträgen aktuell wohl wenig Aussicht auf Erfolg haben, sind entsprechende Vorstöße zu erwarten. Die neue Bundesregierung unterstützt in ihrem Koalitionsvertrag solche Vertragsänderungen.

Dass beide Vorgaben die EU-Kompetenzen deutlich überschreiten und die EU-Quote für die nationale Tarifabdeckung auch nicht mit der grundgesetzlich geschützten negativen Koalitionsfreiheit in Deutschland vereinbar ist, interessierte das Europäische Parlament nicht. Gesamtmetall hatte dies massiv kritisiert. Anfang Juni 2022 haben sich die Verhandler von Parlament und Rat auf einen vorläufigen Kompromiss geeinigt, der von den beiden Institutionen aber noch angenommen werden muss.

Lohntransparenz-Richtlinie: Leider nur Symptome statt Ursachen im Blick

Deutschen Unternehmen drohen massive Berichts- und Informationspflichten, während sich an den strukturellen Ursachen geschlechtsspezifischer Entgeltunterschiede nichts ändert. Das sind die Folgen des Kommissionsvorschlags einer Lohntransparenz-Richtlinie. Die neuen Regelungen würden das erst 2017 eingeführte Entgelttransparenzgesetz deutlich in den Schatten stellen. Während im deutschen Gesetz zumindest die herausragende Bedeutung von Tarifverträgen zur Bestimmung fairer, transparenter und vor allem geschlechtsneutraler Vergütungssysteme anerkannt wird, ignoriert Brüssel die Schlüsselrolle der Tarifpartner bisher leider gänzlich.

Weitere Themen rund um die Corona-Pandemie finden Sie im Corona-Spezial ab Seite 17.

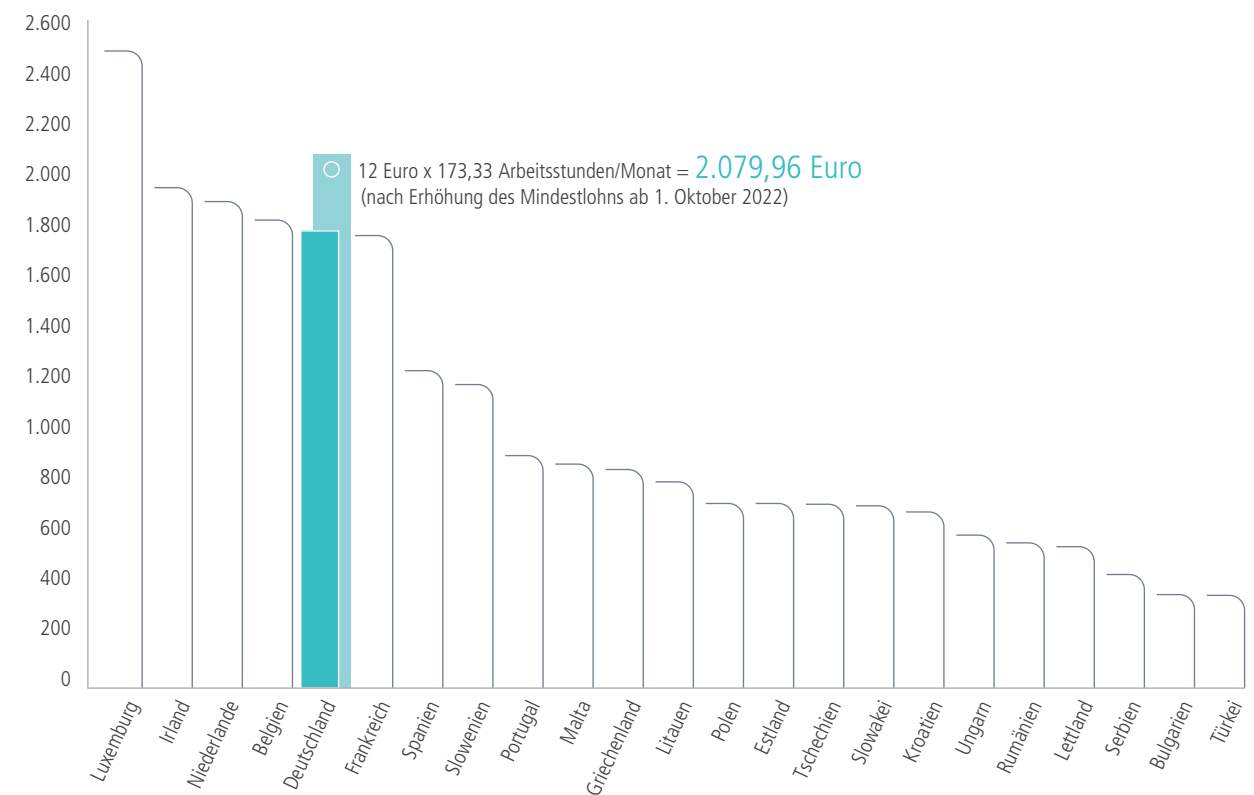
Gesamtmittel setzt sich mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission weiter für klare Ausnahmeregelungen für tarifgebundene Unternehmen ein.

EU-Mindestlohn-Richtlinie: Keine Einhaltung der EU-Kompetenzen

Ende 2020 hatte die Europäische Kommission die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne vorgelegt. Es folgten Diskussionen im Europäischen Parlament wie auch bei den Mitgliedstaaten. Am 11. November 2021 hatten die Europaabgeordneten ihre Positionen festgelegt, am 6. Dezember 2021 zog der Rat, die EU-Institution der Mitgliedstaaten und quasi Co-Gesetzgeber, nach. Das Problem: Gerade der Parlamentstext würde den Kommissionsvorschlag nochmals deutlich verschärfen – in völliger Missachtung der Grenzen der EU-Kompetenzen. So fordert das Parlament, dass Mitgliedstaaten mit einer Tarifabdeckung von weniger als 80 Prozent Aktionspläne zur Erhöhung der Tarifbindung auf über 80 Prozent vorlegen müssen. Damit verschärft es nochmals die Kommissionsforderungen zu europaweit einheitlichen und verbindlichen Kriterien zur Festlegung der nationalen gesetzlichen Mindestlöhne.

Deutschland beim Mindestlohn weit vorn – und bald auf Platz 2

Entgelte der Beschäftigten mit Mindestlohn pro 40-Stunden-Arbeitswoche in Euro



Angaben von Januar 2022, für Deutschland zusätzlich die beschlossene Mindestlohnserhöhung ab 1. Oktober 2022
Quelle: Eurostat, Januar 2022

Lieferkettengesetzgebung: Chaos durch deutsche und europäische Vorgaben

Bereits im Juni 2021 hatten Bundestag und Bundesrat trotz der anhaltenden Kritik zahlreicher Stakeholder – darunter auch Gesamtmetall – das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz (LkSG) beschlossen. Im Kern soll das LkSG der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage dienen, indem es die Unternehmen verpflichtet, in ihren Lieferketten menschenrechtliche und bestimmte umweltbezogene Sorgfaltspflichten zu beachten. Doch aus Sicht von Gesamtmetall ist das LkSG leider ein juristisches Flickwerk geblieben, das mit erheblichen Belastungen für die Wirtschaft verbunden ist. Es kann dazu führen, dass sich deutsche Unternehmen wegen unkalkulierbarer Risiken aus vielen Staaten zurückziehen werden.

Aktuell schafft das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die inhaltlichen und technischen Voraussetzungen, um ab Januar 2023 dem gesetzlichen Auftrag zur Kontrolle der Einhaltung des LkSG nachkommen zu können. Gesamtmetall hat sich gegenüber dem BAFA mehrfach für eine bürokratiearme und ressourcensparende Umsetzung für die Unternehmen eingesetzt.

Wenn überhaupt – so hat auch Gesamtmetall immer wieder deutlich gemacht – kann die Frage eines Lieferkettengesetzes nur auf europäischer Ebene gelöst werden. So legte auch die Europäische Kommission am 23. Februar 2022 einen Vorschlag für eine europäische Lieferketten-Richtlinie vor, der sowohl hinsichtlich des Anwendungsbereiches als auch der Vorgaben nochmals deutlich über das deutsche Gesetz hinausgeht. Die Verhandlungen



Online-Vorstellung der Studie „Ökonomische Bewertung eines Lieferkettengesetzes“ im März 2022 mit Vertretern des Europaparlaments und der EU-Kommission.

gen zu der Richtlinie starten zwar erst, aber das Bürokratiechaos ist bereits vorprogrammiert. Denn: Aktuell setzen die Unternehmen die Vorgaben des deutschen Gesetzes um, in wenigen Jahren müssen sie diese Umsetzung dann schon wieder an die Vorgaben der EU-Richtlinie anpassen. Zudem wird die Richtlinie in den 27 EU-Staaten unterschiedlich umgesetzt werden. Unternehmen, bei denen Teile der Wertschöpfungskette im EU-Ausland ansässig sind, müssen also schlimmstenfalls neben dem nationalen Gesetz auch unterschiedliche Vorgaben abhängig vom Herkunftsland des Zulieferers beachten.

Um bereits frühzeitig auf die ökonomischen Auswirkungen einer strengen Lieferketten-Gesetzgebung auf deutscher und europäischer Ebene hinzuweisen, hatte Gesamtmetall eine Studie beim Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel) in Auftrag gegeben. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass strenge Vorgaben nicht nur die globale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen schwächen, sondern auch dazu führten, dass Unternehmen ihre Lieferketten ausdünnten und sich eventuell aus einigen Ländern komplett zurückzogen – was negative Auswirkung auf deren entwicklungs-fördernde Einbindung in globale Wertschöpfungs-

ketten zur Folge hätte. Gesamtmetall hat die Studie am 17. März 2022 im Rahmen einer Online-Veranstaltung gemeinsam mit den Autoren vom IfW Kiel öffentlich vorgestellt und mit Vertretern des Europäischen Parlaments und der Kommission diskutiert.

Regulierung von Plattformarbeit: EU-Arbeitnehmerbegriff durch die Hintertür?

Im Dezember 2021 hat die EU-Kommission zudem ihren Richtlinien-Vorschlag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformökonomie vorgelegt. Während mit „Plattformarbeit“ gemeinhin (Essens-)Lieferdienste und Fahrservices in Verbindung gebracht werden, versucht die EU-Initiative sämtliche online-vermittelten Dienstleistungen zu regulieren. Der Vorschlag schießt weit über das Ziel hinaus und greift tief in das Arbeits- und Sozialrecht der Mitgliedstaaten ein. Konkret soll ein EU-einheitlicher Kriterienkatalog zur Unterscheidung zwischen Selbstständigen und Arbeitnehmern eingeführt werden. Digitale Geschäftsmodelle dürfen selbstverständlich kein Vehikel zur Umgehung von nationalem Arbeitsrecht sein – ein arbeitsrechtliches Sonderkonstrukt für Plattformtätige lehnt Gesamtmetall jedoch entschieden ab.

Die Bürokratie-Spirale aus Brüssel dreht sich immer schneller

Die EU-Kommission hat schon lange angekündigt, die Bürokratie auf EU-Ebene zu bekämpfen. Dazu sollten nach dem Prinzip „One-in-one-out“ die Unternehmen bei neuen Belastungen von gleichwertigen Lasten anderer Stelle befreit werden. Doch in Wirklichkeit ist genau das Gegenteil passiert:

- ! Zahlreiche neue EU-Gesetzgebungsinitiativen bringen neue Vorgaben für die Unternehmen. Besonders die Berichtspflichten für Unternehmen werden stark ausgeweitet. Ein erheblicher Teil des Aufwands zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzgebung wird also auf die Unternehmen abgewälzt.
- ! In vielen Fällen laufen nationale und europäische Gesetzgebungsprozesse parallel. Ein Bei-

spiel: Das deutsche Lohntransparenzgesetz soll nun durch eine Lohntransparenz-Richtlinie verschärft werden.

- ! Einfache Möglichkeiten zur Unterstützung und Entlastung von Unternehmen werden nicht genutzt – zum Beispiel eine Informationsbereitstellung durch die Europäische Arbeitsagentur ELA zu den Anforderungen für die Entsendung von Arbeitnehmern in allen EU-Staaten oder europaweit einheitliche Ausnahmen von der Beauftragungspflicht der A1-Bescheinigung.
- ! Bestehende Gesetzgebungsakte/Bürokratielasten im Bereich der EU-Sozialpolitik werden nicht zurückgezogen. Das „One-in-one-out“-Prinzip wird also in keinsten Weise umgesetzt.

EU-Vorgaben mit neuen Bürokratielasten für Arbeitgeber

2018 Verabschiedung der neuen Entsenderichtlinie

Ins Ausland entsendete Arbeitnehmer müssen in das fremde Entgeltsystem eingruppiert werden, um exakt das gleiche Gehalt inklusive aller Zulagen zu bekommen, wie ein Arbeitnehmer im Zielland. Praktisch nicht umsetzbar.

2019 Verabschiedung der Richtlinie zu verlässlichen und transparenten Arbeitsbedingungen

Einführung neuer Informationspflichten für Arbeitgeber.

2020 Verabschiedung der „Taxonomie-Verordnung“

Einführung eines Klassifizierungssystems zur Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten.

2020 Vorschlag einer Richtlinie über angemessene Mindestlöhne

Bei Umsetzung drohen Verwerfungen im deutschen Tarifsysteem und bei der Tarifautonomie sowie eine automatische Aufwärtsspirale für den nationalen Mindestlohn, der durch das Lohnabstandsgebot das Entgeltgefüge aller Branchen umfassen würde.

2021 Vorschlag einer Lohntransparenz-Richtlinie

Vorschlag enthält eine Vielzahl detaillierter Informations- und Berichtspflichten, anhand derer

geschlechtsspezifische Entgeltunterschiede ermittelt werden sollen, und würde das erst 2017 in Kraft getretene deutsche Gesetz weiter verschärfen.

2021 Vorschlag einer Richtlinie zu Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten

Mit der geplanten Ausweitung des Anwendungsbereiches der bestehenden Richtlinie zu Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten auf mehr Unternehmen bei gleichzeitiger deutlicher Verschärfung der Anforderungen an die nichtfinanziellen Berichtspflichten – die erst seit 2017 zur Anwendung kommen – würde die Wirtschaft mit erheblicher neuer Bürokratie belastet. Erschwerend kommt hinzu, dass durch einen gesetzlichen Link auch der Anwendungsbereich der Taxonomie-Verordnung automatisch erweitert würde.

2022 Vorschlag einer Richtlinie zu Sorgfaltspflichten von Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette

Der Vorschlag würde das – ab 2023 geltende – deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erheblich verschärfen und insbesondere durch den geplanten Geltungsbereich für die gesamte Wertschöpfungskette eines Unternehmens und die vorgesehene zivilrechtliche Haftung für Rechtsunsicherheit bei Unternehmen sorgen.



M+E-Leitfaden für Unternehmen

Arbeitgeber bieten ihren Belegschaften immer öfter an, vollständig oder teilweise mobil zu arbeiten. Diese Entwicklung kann nicht nur arbeitsrechtliche, sondern auch sozialversicherungs- und steuerrechtliche Auswirkungen

haben. Vor allem dann, wenn die mobile Tätigkeit nicht in Deutschland erbracht werden soll. Die aktuelle M+E-Handlungshilfe „Mobiles Arbeiten im Ausland“ soll hierbei als Hilfestellung für die Unternehmen der deutschen M+E-Industrie dienen, um Fragen zu grenzüberschreitendem mobilem Arbeiten rechtssicher zu lösen.

Keine vernünftige Lösung zur A1-Bescheinigung in Sicht

Auch liefen die Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen zur Überarbeitung der EU-Verordnung 883/2004 zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme weiter – sie dauern mittlerweile über fünf Jahre an. Kurz vor Weihnachten 2021 verkündete die damalige slowenische Ratspräsidentschaft einen Verhandlungsdurchbruch. Zur Befreiung von der Beantragungspflicht der A1-Bescheinigung für kurze Auslandseinsätze sah dieser Verhandlungsdurchbruch allerdings einen sehr faulen Kompromiss vor, der in der Praxis keinerlei Erleichterung gebracht hatte. Die neue deutsche Bundesregierung stand dem Kompromiss zunächst recht offen gegenüber, unterstützte ihn bei der entscheidenden Sitzung der EU-Botschafter dann richtigerweise doch nicht. Auch zahlreiche andere EU-Staaten sahen den Kompromiss kritisch und lehnten ihn ab. So scheiterte dieser Kompromiss letztlich. Die französische Ratspräsidentschaft wagt sich bisher nicht an dieses ver-

korkste Dossier heran. Die Verhandlungen stocken daher. Aus Sicht von Gesamtmetall ist es schlicht unbegreiflich, dass das Tauziehen um eine praktikable Regelung zur A1-Bescheinigung nun schon so lange geht – aber zumindest konnte eine Scheinlösung vorerst verhindert werden.

„EU-Geschlechterquote“: Neuer Anlauf nach zehn Jahren

Dass man selbst tot geglaubte EU-Dossiers niemals abschreiben darf, hat die sogenannte „Führungspositionen-Richtlinie“ bewiesen. Im Jahr 2012 von der Kommission vorgeschlagen, lagen die Pläne zur Einführung einer Geschlechterquote in Aufsichtsräten fast eine Dekade auf Eis. Im März 2022 hat nun der Rat eine gemeinsame Position verabschiedet: Ginge es nach den Mitgliedstaaten, würde sich für deutsche Unternehmen aufgrund bestehender nationaler Regelungen wohl zunächst nichts ändern. Das Parlament und die Kommission verlangen allerdings mehr. Worauf sich die EU-Institutionen im Trilog einigen werden, bleibt offen.

Nachhaltigkeits-Berichtspflichten in finaler Phase

Der Gesetzgebungsprozess zum im April 2021 vorgelegten Kommissionsvorschlag für eine überarbeitete Richtlinie zu Nachhaltigkeits-Berichtspflichten ist in der finalen Phase der Kompromissverhandlungen zwischen Parlament und Rat angelangt. Selbst wenn einige extreme Forderungen der Kommission noch abgeschwächt werden sollten, bliebe eine sehr ambitionierte Richtlinie, die für Unternehmen erhebliche neue Bürokratie mit sich bringen würde. Dies ist umso mehr der Fall, da die Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie in engem Zusammenhang mit der Taxonomie-Verordnung zur Klassifizierung

von Wirtschaftsaktivitäten zu sehen ist. In der Kommission bestehen nun auch schon Pläne, die Taxonomie um eine soziale Taxonomie zu erweitern. Gesamtmetall hat seine Kritik an den Plänen der EU, die Nachhaltigkeitsberichterstattung in mehreren Gesetzgebungsinitiativen immer weiter auszufern, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

NAP-Branchendialog Automobil setzt Arbeit fort

In dem im Rahmen der Umsetzung des deutschen NAP Wirtschaft und Menschenrechte stattfindenden Branchendialog Automobil versuchen 34 Unternehmen und Branchenakteure aus Verbänden, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen seit 2020 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Lösungsansätze zu entwickeln, um menschenrechtliche Fragen entlang der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten der deutschen Automobilindustrie zu adressieren. Ein zentrales Ergebnis dieses Multistakeholder-Formats soll die Verabschiedung von unverbindlichen Handlungsanleitungen für die Branche sein. Diese sollen sich an den verpflichtenden Vorgaben des LkSG orientieren, aber auch darüber hinaus Hinweise für ein freiwilliges Engagement der Unternehmen im Sinne der UN-Leitsätze Wirtschaft und Menschenrechte geben. Bis zum Herbst 2022 soll im Mitglie-

Ihre Ansprechpartner. Unser Service



Indra Haderer



Stefan Solle



Robert Thurm



Julian Caligiuri



Benedikt Fischer



Sabina Casini

- Aktuelle Informationen zu den wichtigsten sozialpolitischen Gesetzgebungsinitiativen der EU (EU-Informationen) und der Brüsseler Politik (Brüssel-Splitter)
- Überblick über wichtige Gesetzesreformen sowie Tarifabschlüsse mit dem Schwerpunkt M+E in aller Welt (Internationale sozialpolitische Nachrichten)
- M+E-Handlungshilfe mit einem systematischen Überblick und Länderchecklisten zu den unterschiedlichen Regeln bei Auslandseinsätzen von Mitarbeitern in Europa
- M+E-Handlungshilfe zum mobilen Arbeiten im Ausland
- Umbau und Neuausrichtung der „Schriftenreihe International“ zum Arbeitsrecht

derkreis über Prozess und Fortführung des Formats entschieden werden. Gesamtmetall ist in diesem Branchendialog zusammen mit dem Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA) aktiv.

Das haben wir vor!

Die Corona-Pandemie und nun auch der Krieg in der Ukraine haben die Unternehmen in Deutschland und der EU wirtschaftlich schwer getroffen und große Lücken in die nationalen Haushalte gerissen. Die Wirtschaft braucht eine Entlastungsstrategie und kein „Weiter-so“ mit immer neuen Gesetzgebungsinitiativen. Die EU muss sämtliche bestehenden und geplanten Belastungen für Unternehmen und öffentliche Haushalte ernsthaft auf den Prüfstand stellen. Dies entspräche auch der Forderung der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in ihrer „Erklärung von Versailles“ vom 11. März 2022 zum „Aufbau einer robusteren wirtschaftlichen Basis“. Gesamtmetall setzt sich dafür ein, dass diese Erklärung keine Sonntagsrede bleibt, sondern tatsächlich gelebt wird.

Soziale Marktwirtschaft ist manchmal simpel: Unternehmen sehen in einem Mangel eine Marktlücke und füllen diese. Gelingt es ihnen, Kunden zu überzeugen, entstehen aus Ideen Unternehmen und Arbeitsplätze. Gelingt es nicht, war die vermeintliche Marktlücke entweder keine, oder der Wettbewerb hatte bessere Angebote. Das entscheidende Wort dabei ist: Wettbewerb.

SOZIALE MARKT- WIRTSCHAFT BEDEUTET

WETTBEWERB ZULASSEN

Auch in Krisenzeiten ein stets verlässlicher Ansprechpartner

Ein Jahr der Zeitenwende(n) ohne große Atempausen

Wenn für das vergangene Geschäftsjahr ein passender Soundtrack gefunden werden müsste, wäre das mit hoher Wahrscheinlichkeit „Ein Jahr (es geht voran)“ von der Band Fehlfarben aus den 1980er-Jahren. Denn die ersten Textzeilen lauten „Keine Atempause, Geschichte wird gemacht. Es geht voran.“ Denn es ist wahrlich genug passiert: Corona-Pandemie, Nachbereitung der M+E-Tarifrunde 2021, Bundestagswahl, Teilemangel, Lieferengpässe, Angriffskrieg gegen die Ukraine, Diskussion um Rohstoffembargos, Zeitenwende(n) – und schon steht die Metall- und Elektro-Industrie vor der nächsten Tarifrunde.

In der Tarifrunde 2021 hatten die M+E-Arbeitgeber mit dem Motto „Es geht um viel. Zusammen anpacken!“ unter den schwierigen Bedingungen von Rezession und Corona-Pandemie auf das gemeinsame Verständnis beider Tarifpartner gesetzt.

Doch die dringend notwendige wirtschaftliche Erholung fiel weiterhin aus. Wie sich zeigte, hatte die Corona-Pandemie sehr große Spuren in den Lieferketten hinterlassen.

Auch für die Kommunikation stellten sich dadurch neue Herausforderungen, einerseits die aktuelle – und sich ständig verändernde – Lage der M+E-Industrie zu beschreiben und andererseits auf die großen Herausforderungen für die Zukunft hinzuweisen. Aber nicht nur dank eigener Umfragen unter den Mitgliedsunternehmen der M+E-Verbände war Gesamtmetall stets in der Lage, das aktuelle

Bild mit konkreten Zahlen verlässlich und anschaulich zu beschreiben und zu erklären.

Mit Beginn des Wahlkampfs zur Bundestagswahl 2021 rückten auch die politischen Themen zunehmend wieder in den Mittelpunkt der Kommunikation. Hier galt es für Gesamtmetall insbesondere auf die Themen hinzuweisen, die nicht Gegenstand des Wahlkampfs waren, für die Metall- und Elektro-Industrie aber ebenso wichtig und mitentscheidend. Dazu gehörten die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes sowie die Frage, was geschehen müsse, um Deutschland für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit zu machen. Dabei spielte auch eine Rolle, die erklärten Vorhaben der Parteien in Form ihrer Wahlprogramme zu bewerten und deutlich zu machen, was die Umsetzung dieser Vorhaben für die M+E-Industrie bedeuten würde. Insbe-



Gesamtmetall wirbt vor der Bundestagswahl 2021 für einen starken Industriestandort Deutschland.

sondere die Warnung vor einer – damals noch durchaus realistischen – Option einer rot-rot-grünen Bundesregierung und den daraus resultierenden Konsequenzen für Wohlstand und Arbeitsplätze. Und nach der Wahl galt es, die Koalitionsverhandlungen eng zu beobachten und schließlich den Koalitionsvertrag zu bewerten.

Bei all diesen Themen wurde Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf erneut zu einem gefragten Gesprächspartner, quer durch alle Formate. Egal ob Fernsehen oder Boulevard, ob Agentur oder Wochenzeitung: Die Mischung aus unternehmerischer Alltagserfahrung, pointierter Formulierung und klarer Meinung machten den Präsidenten von Gesamtmetall zu einer der prominentesten Stimmen der deutschen Wirtschaft.

Zu den weiteren wichtigen Themen, welche die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Gesamtmetall im vergangenen Jahr bewegt hat, gehörten die zunehmend problematischen Vorstellungen des europäischen Gesetzgebers. Gesamtmetall hat mit zahlreichen Presseaktivitäten und nicht zuletzt durch die Vorstellung einer Studie beim Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel) auf die Problematik aufmerksam gemacht. Die jüngsten Vorhaben zur Lieferkettenregulierung sind Ausdruck einer zutiefst planwirtschaftlich orientierten Bürokratiegläubigkeit, die es den Unternehmen zunehmend unmöglich macht, glaubwürdig für die Europäische Union zu werben.

Seit Februar 2022 schließlich diktiert der Ukraine-Krieg auch die Agenda in der Kommunikation und lässt andere Themen in den Hintergrund treten. Das machte auch das nochmals gestiegene Medieninteresse deutlich. Laufend machte Gesamtmetall im Frühjahr 2022 deutlich auf Interessen und Bedürfnisse der Unternehmen der M+E-In-



Öffentliche Termine von Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf: Gemeinsames Interview mit dem heutigen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir in Bad Urach (oben) und bei der Podiumsdiskussion beim 102. Deutschen Katholikentag mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, in Stuttgart.

dustrie in überregionalen Medien – egal ob TV, Hörfunk oder Print – aufmerksam. Wiederum boten Umfragen unter den Mitgliedsunternehmen der Mitgliedsverbände eine gute volkswirtschaftliche Grundlage, Themen wie das Wegbrechen von Lieferketten oder die Folgen eines möglichen Gasembargos für die M+E-Industrie darzustellen. Und zum Ende des Berichtszeitraums ging es schließlich wieder darum, sich trotz des Krieges und trotz der anhaltenden konjunkturellen Unwägbarkeiten auch kommunikativ auf die kommende Tarifrunde im Herbst 2022 vorzubereiten.

Glücklicherweise ließen die Auswirkungen der Corona-Pandemie im vergangenen Jahr

nach, sodass wieder mehr und mehr Auftritte und Interviews des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers zur Freude aller Beteiligten in Präsenz stattfinden. Dennoch blieb und bleibt die Videokonferenz als wichtiger Teil der Kommunikation – insbesondere zum Beispiel bei Pressekonferenzen – ein gutes, praktisches und schnelles Werkzeug. Und auch bei Gesamtmetall hat sich im Laufe des vergangenen Jahres einiges verändert: So gehört seit Ende 2021 der Bereich Politik und Kampagnen zur Abteilung Kommunikation und Presse.

Bundestagswahlkampf 2021 unter erschwerten Corona-Bedingungen

Anders als in den Vorjahren, in denen Bundesparteitage, politische Diskussionen und Netzwerktreffen fester Bestandteil der politischen Arbeit von Gesamtmetall in einem Wahlkampfjahr waren, fand die Wahlkampagne zur Bundestagswahl 2021 aufgrund von Corona diesmal fast ausschließlich digital statt. Unter dem Motto „Ohne Industrie kein Wohlstand“ veröffentlichte Gesamtme-

tall Anzeigen in Mitgliedermagazinen der Parteien, sowie Sharepics und Posts in den Social-Media-Kanälen. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent, Fachkräftemangel und Anhebung des Renteneintrittsalters. In kurzen, fokussierten Videobeiträgen wurde zudem das Thema 40 Prozent in drei kleine Szenen verpackt.

Weitere wichtige Themen für Gesamtmetall im Bundestagswahlkampf waren die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt sowie die Notwendigkeit der Digitalisierung. Ein besonderes Anliegen des Verbands war und ist die „Vorfahrt für Beschäftigung“: Für eine dauerhafte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte ist ein hoher Beschäftigungsgrad auf dem Arbeitsmarkt zwingend notwendig. So wurde deutlich gemacht, dass das Ziel allen staatlichen Handelns daher sein muss, das hohe Beschäftigungsniveau von vor der Krise schnell wieder zu erreichen. Im Verlauf des Wahlkampfs hat Gesamtmetall gerade vor diesem Hintergrund immer wieder vor den wirtschafts- und finanzpolitischen Folgen einer rot-rot-grünen Regierung gewarnt – und das mit Erfolg.

Präsenz auf politischen Veranstaltungen wieder möglich

Ein eigener Gesamtmetall-Stand auf einem in Präsenz stattfindenden Parteitag war erst wieder im Oktober 2021, nach der Bundestagswahl, auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Münster möglich. Hier konnten endlich wieder Gespräche mit Delegierten und vielen weiteren JU- und CDU-Mitgliedern Face to Face geführt werden. Besonders beliebt war der Cobot, ein Computerarm, der den gestressten, müden und hungrigen Standbesuchern ausreichend Energie in Tüten lieferte, um den Reden und Debatten



Gesamtmetall bei politischen Veranstaltungen präsent: Mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Christian Dürr (Mitte) beim 73. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP in Berlin im April 2022 (linkes Bild). Beim Deutschlandtag der Jungen Union im Oktober 2021 mit der damaligen Kulturstatsministerin Monika Grütters, dem Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor und dem heutigen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz (v.l.n.r.).



weiterhin konzentriert folgen zu können. Gleichzeitig sorgte die dahinterstehende Technik – made by M+E – für großes Staunen. Mit dem Mitglied des CDU-Bundesvorstands, Wiebke Winter, wurde am Stand ein Video für die virtuelle JU-Welt gedreht und gepostet.

Auch auf dem Bundesparteitag der FDP im April 2022 in Berlin war Gesamtmetall erneut präsent. Die größte Aufmerksamkeit bekam die Wand mit dem Claim: „Freiheit ist gelb. Und blau“. Vielleicht auch aus diesem Grund kamen die Zusagen für Interviews der Bundestagsabgeordneten Christian Dürr,

Gesamtmetall begleitet Koalitionsverhandlungen intensiv

In den Koalitionsverhandlungen der Ampelparteien verhandelten 300 Fachpolitiker in 22 Arbeitsgruppen die politischen Zielvorgaben der kommenden vier Jahre. Gesamtmetall begleitete diesen Prozess sehr intensiv. Relevante, politische Forderungen der Parteien wurden analysiert, Konsequenzen dargelegt und Gegenforderungen formuliert. Das Ergebnis ist beachtenswert: Das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ist ein erfreuliches und notwendiges Zeichen. Die Wiedereinführung des Rentennachholfaktors wurde für mehr Generationengerechtigkeit aufgenommen. Aber es bleibt eine große Herausforderung, die ehrgeizigen Ziele zum Klimaschutz, zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und zur Stärkung von Investitionen mit der Rückkehr zur Haushaltsdisziplin zu verbinden. Hinter den Erwartungen zurück blieb der Koalitionsvertrag zudem mit feh-

lenden klaren Aussagen zur Lieferkettengesetzgebung, den steigenden Arbeitskosten sowie der Zusicherung, die Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen nicht über 40 Prozent steigen zu lassen. Von der Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns ganz zu schweigen.



Die Parteispitzen von SPD, Grünen und FDP präsentieren den unterschriebenen Koalitionsvertrag im Dezember 2021.



Sharepic zur Gesamtmetall-Kampagne „Ohne Industrie kein Wohlstand!“ zur Bundestagswahl 2021.



Die Gäste im November 2021: Carl-Julius Cronenberg MdB, Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied, sowie Moderatorin und freie Journalistin Ute Welty (v.l.n.r.).

Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Johannes Vogel und Wolfgang Kubicki. Das Interesse an Gesamtmetall und den Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie war allgemein sehr groß. Auf dem Stand fanden viele Gespräche über die Lage und Herausforderungen der Branche statt. Man spürte, dass die Parteitagsgäste nach zwei Pandemie-Jahren den persönlichen Austausch genossen.

Die neue Bundesregierung von Beginn an im Krisenmodus

In normalen Zeiten wird einer neuen Bundesregierung die berühmte Schonfrist von 100 Tagen gewährt. Doch bei der 24. Bundesregierung fiel diese Schonfrist aus. Im Februar 2022 hat der Ukraine-Krieg zusätzlich zur andauernden Corona-Pandemie die M+E-Industrie und alle ihre Wertschöpfungsketten tief ins Mark getroffen. Weiterhin sind die Energiekosten explodiert und die Inflation ist so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Der seit Jahren andauernde Fachkräftemangel verschärft sich mit der Verrentung der Babyboomer und der schleppende Ausbau der Infrastruktur hemmt die Digitalisierung sowie die Energie- und Mobilitätswende. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Grundsicherung belastet zudem den Bundeshaushalt, der

durch die Corona-Pandemie und den Russland-Ukraine-Krieg unter Höchstständen bei der Neuverschuldung leidet. Immerhin: Auch mit Hilfe von Gesamtmetall konnte die Verlängerung der Kurzarbeiterregelungen durchgesetzt werden.

Zudem hält die EU eine Reihe von Initiativen bereit, die die Belastungen deutscher Unternehmen weiter verstärken werden: die Taxonomie-Richtlinie und das Sorgfaltspflichten-gesetz, um nur zwei zu nennen. Doch das ist der falsche Weg. Stattdessen brauchen Wirtschaft und Unternehmen jetzt eine Entlastung. Zudem braucht es eine Neubewertung der Vorhaben der Bundesregierung. Eine Priorisierung ist notwendig, unnötige Belastungen sollten gestrichen, verschoben oder neu gedacht werden. Denn der notwendige Strukturwandel, in dem die Industrie steckt, hat auch einen Sicherheitsaspekt für Deutschland und die Europäische Union – daher muss er gelingen!

Personaldebatte zum Frühstück in Zeiten der Corona-Pandemie

Immerhin viermal konnte die PEAG Personaldebatte zum Frühstück in Kooperation mit Gesamtmetall trotz Corona stattfinden. Die Schutzmaßnahmen hatten im Frühjahr und Winter zu einer Schließung des Veranstaltungsortes geführt. Im September 2021 diskutierte Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), über den Ausgang der Bundestagswahl und im November stand das Thema Ausbildung und Fachkräftemangel auf der Tagesordnung, zu der Dr. Hans-Peter Klös, Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und Prof. Dr. Wolfgang Schroeder von der Universität Kassel ihre Vorschläge darlegten. Im April 2022 konnte Carl-Julius Cronenberg, MdB, mit Stefan Körzell,

Perspektiven – Das Magazin: Standpunkte, Meinungen und Stimmen der M+E-Arbeitgeber

Seit Ende 2020 bringt Gesamtmetall mit dem Magazin „Perspektiven“ viermal im Jahr die hohe Relevanz der Themen der M+E-Industrie in den politischen Diskurs ein. Das Erfolgsrezept: Fakten in gut recherchierten Titelgeschichten werden mit Meinungen von Experten, Praktikern und Politikern abgerundet. Die Leser können sich somit ein umfassendes Bild machen und sich ihre Meinung bilden. Genau das entspricht dem redaktionellen Ansatz der Perspektiven, ganz im Sinne des Versprechens „Standpunkte, Meinungen und Stimmen der M+E-Arbeitgeber darzustellen, aber auch andere Blickwinkel auf das, was bewegt“.

Im Laufe des Jahres 2021 folgten die Themen „40 – Kein Prozent weiter“ mit einem Interview von Bundesarbeits- und -sozialminister Hubertus Heil zu den Begrenzungen der Sozialabgaben sowie „Ohne Industrie kein Wohlstand“ mit einem Doppelinterview von Kanzlerkandidat Armin Laschet und Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf und einem Ausblick auf die Bundestagswahl. In der letzten Ausgabe des Jahres wurde dann ein Blick über unsere Grenzen geworfen und der Hauptgeschäftsführer des französischen Partnerverbandes, Hubert Mongon, wurde gefragt, wie im Nachbarland mit dem Thema Energie umgegangen wird.

Heute steht Deutschland inmitten einer Zeitenwende. In den Redaktionsschluss der ersten Ausgabe 2022 platzte der Überfall Russlands auf die Ukraine. Damit war die Nachkriegsordnung, die uns rund 70 Jahre Frieden und Wohlstand beschert hat, zerstört. Die Welt war eine andere geworden. Schnell stand die Frage im Raum, wie die geplante Titelgeschichte darüber, was die Ampel jetzt anpacken muss, den neuen politischen Prämissen angepasst werden muss. Denn viele Aufgaben in unserem Land müssen nicht nur trotz, sondern auch wegen der Ukraine-Kriegs dringend angepackt werden. Das gilt natürlich zuallererst für die Energie-

wende, deren Umsetzung jetzt in der Öffentlichkeit ganz anders diskutiert wird als zuvor. Das gilt aber auch für die Themen Bildung, Sozialversicherung und Finanzen, die vor dem Hintergrund der veränderten gesellschaftspolitischen Lage neu justiert werden müssen. Wie das geschehen kann, ist in den Perspektiven zu lesen.



Alle Ausgaben unter
www.gesamtmetall.de/perspektiven
 und Aufnahme in den Postverteiler per E-Mail an:
perspektiven@gesamtmetall.de

DGB, eine interessante Diskussion zur Auswirkung des Kurzarbeitergeldes auf den Arbeitsmarkt führen.

„Herz der Wirtschaft“ zeigt Best-Practice-Beispiele im zweiten Corona-Jahr

Wie flexibel die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie auf die umfangreichen Herausforderungen auch im zweiten Corona-Jahr reagiert haben und auch jetzt noch reagieren, zeigt die Webseite der Kampagne Herz der Wirtschaft unter www.herz-der-wirtschaft.de. Neben der Digitalisierung sind es vor allem Klimaschutz- und Umwelttechnologien, in die die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie mitten in der Pandemie weiter investieren. Nachhaltigkeit wird auch als Chance für komplett neue Produktbereiche erkannt. Die Beispiele dafür sind zahlreich.

So haben die M+E-Unternehmen seit Jahren immer mehr Projekte für emissionsfreie Energie gestartet. So wurde bereits 2018 ein Wasserstoffzug von deutschen und französischen Unternehmen entwickelt und produziert. Hier wird der Wasserstoff – anders als

fossiler Treibstoff – nicht verbrannt, sondern mithilfe einer Brennstoffzelle direkt in Strom umgewandelt. Ein anderes Beispiel für hohe Investitionen im Bereich Klimaschutz und Umwelttechnologien sind Rechenzentren, die z. B. Daten für die Informationsgesellschaft verarbeiten. Damit sie nicht ausfallen, haben sie Notstromaggregate. Diese laufen inzwischen auch mit Brennstoffzellen.

Online-Kommunikation legt weiter an Bedeutung zu

Dass die Online-Kommunikation weiter stetig an Bedeutung zunimmt, belegen nicht nur die Zahlen: Fast 94.000 Fans folgen den Gesamtmetall-Kanälen inzwischen auf Facebook, bei Twitter gibt es über 11.000 Follower und Instagram und YouTube haben rund 1.600 bzw. 400 Abonnenten. Dies bedeutet abermals eine deutliche Steigerung im Vergleich zum vergangenen Jahr. Und die Community wächst beständig weiter. Dazu kommen noch die Kanäle von think ING. und MEberufe.info im Bereich der Nachwuchssicherung von Gesamtmetall. Und daraus nur eine Zahl: Im Jahr 2021 hat Gesamtmetall allein mit seinen So-

cial-Media-Kanälen Facebook und Instagram über 50 Millionen Kontakte erzielt.

Hinzu kommt: Auch bei der Zielgruppe Politik wird Gesamtmetall im Online-Bereich immer erfolgreicher. So ist unter allen Wirtschaftsverbänden auf Twitter der Gesamtmetall-Kanal inzwischen der zweitbeliebteste unter den Bundestagsabgeordneten.

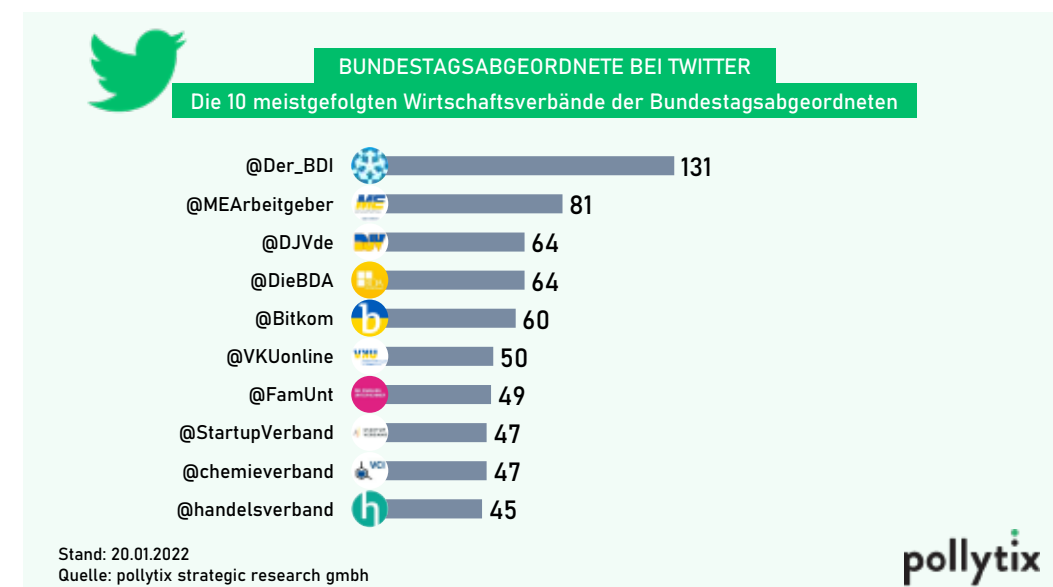
Dies hängt natürlich auch mit der Bundestagswahl 2021 zusammen, für die Gesamtmetall stark die Content- und Werbetrommel gerührt hat, um über die Positionen der M+E-Arbeitgeber zu informieren und zu zeigen, was auf dem Spiel steht für den Industriestandort Deutschland. Auch im Rahmen der Kampagne „Ohne Industrie kein Wohlstand“ wurden als Reaktion Hunderte Kommentare beantwortet, Diskussionen moderiert und auch mal Netiquette-Verstöße geahndet.

Viel Reichweite heißt aber auch guter Inhalt. Hunderte Bilder, Grafiken, Storys und Videos – nahezu ausschließlich inhouse produziert – wurden im vergangenen Jahr veröffentlicht, und das stets mit einer Mischung aus „faktenreich informieren“, aber auch „amüsant unterhalten“. Beispielweise erfreuen sich die Storys zu Persönlichkeiten, Erfindungen und Wissen aus dem MINT-Bereich einer großen Beliebtheit in den Zielgruppen auf den Online-Kanälen von Gesamtmetall.

Die im März 2020 gestartete M+E-App – als neues, exklusives Instrument der Binnenkommunikation der M+E-Verbände mit ihren Mitgliedsunternehmen – wuchs auch im vergangenen Jahr immer weiter und wird ihrer Vorreiterrolle in der deutschen Verbandslandschaft damit weiter gerecht. Im Fokus standen dabei die Evaluation mit den Mitgliedsverbänden sowie die anschließende Weiterentwicklung und Verbesserung durch neue Funktionen und ein angepasstes Design.



Gesamtmetall war auch bei Social Media stets mit aktuellen Themen präsent.



Erfolg für die politische Online-Kommunikation von Gesamtmetall: Platz 2 unter den meistgefolgten Wirtschaftsverbänden der Bundestagsabgeordneten.

Ihre Ansprechpartner



Martin Leutz



Alexander Dennebaum



Iris Grundmann



Kathrin Kummerow



Steffen Güttler



Matthias Wellmann



Dana Barthel



Maressa Marković



Simone Sauer

Klare Botschaften mit hoher Reichweite

„Ein Gas- und Ölboykott wäre dramatisch“

Gesamtmetall-Chef Stefan Wolf sieht die Zukunft der Weltwirtschaft im Kern zuversichtlich. Vielen Politikern wirft er aber vor, die Veränderung der Weltlage noch nicht mitbekommen zu haben.

Herr Wolf, die offene, fast grenzenlose Weltwirtschaft ist eine Erfolgsgrundlage der deutschen Industrie. Was folgt aus der Konfrontation mit Russland und der neuen Weltlage – erleben wir womöglich gerade das Ende der Globalisierung?
Auch wenn in diesen Zeiten vieles nicht mehr unumstößlich erscheint: Das kann ich mir nicht vorstellen. Natürlich führt der furchtbare Krieg in der Ukraine, neben allem menschlichen Leid, auch wirtschaftlich zu heftigen Verwerfungen. Da sind die drastisch steigenden Energiepreise, und es sind Lieferketten gestört durch Produktionsausfälle in der Ukraine. Aber ich sehe nicht, warum dies auf das Ende einer im Grundsatz offenen, vernetzten Weltwirtschaft zulaufen sollte.



Autzulieferer können sich nicht mehr auf Vorprodukte aus der Ukraine verlassen

„Ich sage meine Meinung“
Verbandschef und Unternehmer
Stefan Wolf hat nicht viel
von Diplomatie

Die meisten Manager in der Branche der Autzulieferer sind schon froh, wenn sie in diesen Zeiten ihren Betrieb einigermaßen auf Kurs halten können. Der Wechsel in der Autotechnik stellt viele dieser mittelständischen Firmen vor große, manche sogar vor existenzielle Probleme. Auch die Elring-Klinger AG, die Stefan Wolf seit 2006 als Vorsitzender des Vorstands führt, hat lange unter den Umwälzungen gelitten, die mit dem Siegeszug des Elektroautos verbunden sind.

Doch Wolf selbst, der einst als Syndikusanwalt bei dem schwäbischen Zulieferer mit inzwischen 10 000 Mitarbeitern begann, gehört nicht in diese Kategorie der Zauderer und Sorgenblinden. Er hat trotz des aufreibenden CEO-Jobs noch genug Energie übrig, um als neuer Präsident des Verbandes Gesamtmetall in Berlin politische Kämpfe auszutragen.

Dass Wolf weder Konflikte noch Beschimpfungen scheut und auch keinem Shitstorm aus dem Weg geht, haben bereits die ersten Monate seiner Amtszeit gezeigt. Mai rechnete der 59-jährige Unternehmer in der „Bild“-Zeitung mit dem „Versagen“ der Bundesregierung in der Coronapolitik ab, mal verlangte er von den Beschäftigten nach der Pandemie erneut eine Nullrunde. Große Schlagzeilen produzierte der Manager mit Dreitagebart und Einstecktuch statt Krawatte auch bei einem besonders sensiblen Thema – der Rente. Mit Blick auf die Alterssicherungsbeiträge, die in der Rente einfließen, sagte er: „Alterssicherungsbeiträge sind ein Problem, das wir nicht ignorieren können.“

Das wird erst in den nächsten Monaten zu einer Reifeprüfung für die SPD kommen. In den nächsten Jahren ist ein höherer Wandel zu erwarten.

andere Verbrauchsteuern auf Energie, darunter die Mehrwertsteuer, sind zumindest zeitweilig zu senken.

Gerät nicht irgendwann der Staat an Grenzen seiner Leistungsfähigkeit?
Natürlich gibt es solche Grenzen, die man immer im Blick behalten muss. Aber das darf uns ja nicht daran hindern, die politischen Prioritäten richtig zu setzen, und zwar so, dass die Industrie als stärkster Motor unseres Wohlstands auch in Zukunft gut läuft. Umso wichtiger wäre, dass die Regierung in Berlin und die EU-Politiker in Brüssel endlich verstehen: Auch die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen ist nicht grenzenlos.

Haben Sie denn Zweifel, dass es dieses Verständnis gibt?
Allerdings. Welchen Eindruck soll man denn sonst haben angesichts der Pläne für immer neue Belastungen unserer Unternehmen? Es wirkt in vielen Politikerebenen so, als hätte man dort die neue Weltlage noch gar nicht mitbekommen.



Heavy Metall

Gesamtmetall-Chef Stefan Wolf fordert schon mal Nullrunden wegen Corona oder der Rente mit 70. Olaf Scholz spricht er offen die Befähigung zum Kanzler ab, Armin Laschet hingegen lobt er. Eine Annäherung an Deutschlands unschrockensten Lobbyisten.

TEXT DANIEL GÖFFART



er, das wird erst in den nächsten Monaten zu einer Reifeprüfung für die SPD kommen. In den nächsten Jahren ist ein höherer Wandel zu erwarten.

„Die Schwaben sind etwas Besonderes“

Der Grüne Cem Özdemir und Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf sind in Bad Urach zu Hause. Im F&S-Gespräch teilen sie die gemeinsame Heimat, sorgen sich um die Automobilbranche und streiten über die Bundesregierung.

Der Grüne Cem Özdemir und Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf sind in Bad Urach zu Hause. Im F&S-Gespräch teilen sie die gemeinsame Heimat, sorgen sich um die Automobilbranche und streiten über die Bundesregierung.

Der Grüne Cem Özdemir und Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf sind in Bad Urach zu Hause. Im F&S-Gespräch teilen sie die gemeinsame Heimat, sorgen sich um die Automobilbranche und streiten über die Bundesregierung.

Funk Mediengruppe

dpa

Metallindustrie kämpft noch immer mit Corona-Folgen

TOBIAS KISLING

BERLIN – Zwischen Corona-Frust und neuer Zuversicht durch die wirtschaftliche Erholung ist es für Stefan Wolf Zeit zum Durchschnaufen. Als Präsident des einflussreichen Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall vertritt Wolf die Interessen der Unternehmen in der Metall- und Elektroindustrie und ihrer 3,8 Millionen Beschäftigten. Einen Tag vor seinem Sommerurlaub spricht er am Telefon über die Lage der Industrie, das Klima und die Bundestagswahl.

Berliner Morgenpost: Herr Wolf, nach dem Corona-Schock erhebt sich die Wirtschaft rasant. Die Autobauer fahren Milliardengewinne ein, jetzt zieht auch die Industrie nach und wächst kräftig. Ist das?

„Nein, die Metall- und Elektroindustrie hat sich schon vor der Krise in einem Abschwung von der Zeit vor der Corona-Krise entfernt. Und wenn sich nach der Bundestagswahl die Rahmenbedingungen verschlechtern sollten, dann wird sich dieser Abschwung wieder beschleunigen.“

Hat die Corona-Krise für einen Arbeitsplatzabbau gesorgt?
Ja, wir haben im vergangenen Jahr einen Beschäftigungsrückgang erlebt, der sich abgeklärt hat. In diesem Jahr ist die Beschäftigung in der Metall- und Elektroindustrie wieder gewachsen. Seit der Rezession 2009 sind mehr als 200.000 Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie bereits verloren gegangen. Und wenn sich nach der Bundestagswahl die Rahmenbedingungen verschlechtern sollten, dann wird sich dieser Abschwung wieder beschleunigen.“

Ich habe Angst vor einer Kanzlerin mit diesem Wahlprogramm.



Stefan Wolf ist Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, der die Interessen der Metall- und Elektroindustrie vertritt.

Wen wünschen Sie sich als Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler?
Armin Laschet hat sich gut positioniert und führt das größte Bundesland Deutschlands. Das macht er mit der FDP noch gar nicht schlecht. Dieses Vorbild könnte man mit den gleichen Akteuren auf die Bundesrepublik übertragen.

Auch Olaf Scholz bringt Regierungserfahrung mit. Ich halte die Inhalte der SPD für problematisch. Sowohl die SPD als auch die Grünen und die Linke erst recht wollen dieses Land verändern. Sie wollen aus meiner Sicht das Land deindustrialisieren. Sie wollen keine freie Industrie und Marktwirtschaft, die Innovationen hervorbringt. Sie wollen eine verwaltete und von Regeln überregelte Gesellschaft und Industrie.

Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört aber auch Lenkung – gerade beim Klima. Die Industrie hat verstanden, dass wir Klimaschutz brauchen. Wenn man uns Freiäume gibt, dann erreichen wir mehr als mit Fristen.

Die Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland bei der Digitalisierung hinterherhinkt. Was muss passieren?
In der Industrie hat die Corona-Pandemie die Digitalisierung massiv beschleunigt. Blamabel ist aber der Digitalisierungsstand unseres Staates. Der Staat hat in den vergangenen 15 Jahren die Infrastruktur sträflich vernachlässigt. Das fängt bei den Straßen und Brücken an und geht bei der digitalen Infrastruktur weiter. Und es hört bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung noch lange nicht auf. Die Politik spricht über automatisiertes Fahren. Aber wie soll das ohne ein Netz funktionieren? Die nächste Bundesregierung muss sofort handeln. Und kann sich nicht mehr mit jedem Einzelnen beschäftigen, der sich daran stört, dass hinter dem eigenen Gartenzaun ein Mobilfunkmast oder in etwas Entfernung ein Windrad steht.

Wie soll sie das verhindern können? Die Eingriffsmöglichkeiten der Bürger müssen konzentriert und die Verfahren

„Von einem Gasembargo halte ich überhaupt nichts“

Härtere Sanktionen gegen Russland? Gesamtmetall-Chef Wolf warnt vor Kurzarbeit für Millionen Beschäftigte

Uwe Westdörp

OSNABRÜCK Ohne Gas aus Russland geht es vorerst nicht, so Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall. Ein Embargo lehnt er entschieden ab und warnt im Interview vor weitreichenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt. Die Krise dürfe sich seiner Einschätzung nach auch auf die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie im Herbst auswirken.

Herr Wolf, der Krieg gegen die Ukraine wird von Tag zu Tag brutaler, und die Forderungen nach härteren Sanktionen gegen Russland reifen nicht ab. Was halten Sie von einem Gasembargo?

Ich halte davon überhaupt nichts. Ich kann da vor nur dringend warnen. Wir befinden uns in sehr starker Abhängigkeit bei Energie und Rohstoffen aus

Russland. Bei Gas schwanken die Angaben zwischen 52 und 58 Prozent des Bedarfs. Und es geht ja auch noch um Öl und Kohle sowie um Nickel, etwa zum Bau von Batterien, um Aluminium, um Stahl. Russland ist ein Riesensupplier von Rohstoffen, die wir dringend brauchen.

Welche direkten Folgen hätte ein Gasembargo?

Wenn 50 Prozent des Gases fehlen, dann steht die Masse der Betriebe in der deutschen Industrie still. Es geht vor allem um die Chemie- und Glasindustrie, aber auch um die Metall- und Elektroindustrie. Bei einem Gasembargo droht Millionen Beschäftigten Kurzarbeit und vielen von ihnen später womöglich auch Arbeitslosigkeit. Diejenigen, die Embargos fordern, sind sich über die Tragweite offenbar überhaupt nicht bewusst.

Russland verschärft den Wirtschaftskrieg und will Gas nur noch gegen Rubel verkaufen. Das kann man als Unterlaufen westlicher Sanktionen verstehen. Anders sieht das mit Ihrer Position zu Gas aus Russland?

Nein, denn es ändert leider nicht unsere Abhängigkeit von russischen Gas. Da von unserer wirtschaftlichen Stärke nicht nur der Wohlstand, sondern auch unsere Wehrhaftigkeit abhängt, dürfen wir uns nicht selbst wirtschaftlich schwächen.

Wenn es zum Schlimmsten kommt, wie sollte man mit einem Gaslieferstopp umgehen?

Wir müssen überlegen, wie wir den Gasbedarf decken können. Das ist eine Aufgabe, die wir uns stellen müssen. Wir müssen überlegen, wie wir den Gasbedarf decken können. Das ist eine Aufgabe, die wir uns stellen müssen.



Stefan Wolf
Foto: dpa/Larissa Schwedes

bargo die Preise deutlich anheben könnten.

Wie lange würde es denn dauern, schrittweise von Gas aus Russland unabhängig zu werden?

Das wird Jahre dauern. Vielleicht kann man in fünf Jahren die ersten nennenswerten Erfolge sehen. Aber auch dann werden wir noch nicht komplett unabhängig sein von russischen Gas- und Rohstofflieferungen.

Bleibt es ansonsten bei der Forderung nach globalisierteren Wirtschaft?

Ich glaube, dass wir weiterhin global aufgestellt sein werden. Es ging und geht ja nicht nur darum, die Welt zu globalisieren.

schlechter gehen. Deshalb wird die Globalisierung nicht zurückgedreht werden. Wir exportieren Wohlstand in andere Länder und sichern zugleich Jobs und Wohlstand in Deutschland. Zudem darf man nicht vergessen: Wenn wir uns zurückziehen, dann stehen andere in den Startlöchern. Die werden sich dann die Märkte holen.

Es kann aber sicher nicht alles beim Alten bleiben?

Nein, sicher nicht. Wir müssen mehr in Deutschland oder Europa produzieren, um die Lieferketten zu stabilisieren. Zulieferer, die wir nur unter Lohnkostengesichtspunkten aus dem Ausland holen, werden nicht mehr funktionieren.

Handelsblatt

M+E-Arbeitgeber sehen die 40-Prozent-Marke der Sozialabgaben in Gefahr

Eigentlich hätte Stefan Wolf viel Grund, sich zu freuen: Sein Vertrag als Vorsitzender des schwäbischen Autzulieferers Elring-Klinger wurde vor kurzem verlängert. Und in seinem Ehrenamt als Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall ist er ein gefragter Gesprächspartner in Berlin. Doch die Zeiten sind nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine schwierig. Und die IG Metall dürfte eine hohe Tarifierhöhung für die größte deutsche Industriebranche fordern, sagt sich Wolf.

Angesichts der hohen Preiserhöhungen will Kanzler Olaf Scholz Arbeiter „konzentriert Aktion“ zusammenrufen. Was halten Sie davon?
Stefan Wolf: Wir begrüßen das ausdrücklich. Denn wir haben eine ganz schwierige Situation, wie ich sie noch nie erlebt habe. Von Lieferkettenproblemen und knappen Materialien über die Folgen des schrecklichen Krieges in der Ukraine bis hin zu den hohen Energiepreisen. Das alles muss bezahlt werden, auch wenn kein Umsatz kommt. Und wir müssen mit der IG Metall reden, wie wir das Thema Lohnkosten in den Griff bekommen. Denn jede weitere Steigerung führt zu massiven Belastungen.

Was kann die Regierung noch tun?
Denken bei Steuererleichterungen, auch vorübergehend. Wir müssen sie bezahlen, auch wenn kein Umsatz kommt. Und wir müssen mit der IG Metall reden, wie wir das Thema Lohnkosten in den Griff bekommen. Denn jede weitere Steigerung führt zu massiven Belastungen.

Die Chemieindustrie hat im April eine Einmalzahlung für alle Tarifbeschäftigten bei einer kurzen Laufzeit vereinbart. Wäre das auch für Sie eine Möglichkeit?
Einmalzahlungen vermeiden Freigekostkosten. Wir wissen alle nicht, was kommt. Wenn wir im Herbst nochmal eine schwere Corona-Welle bekommen und die Intensivstationen überfüllt sind, drohen wieder massive Einschränkungen. Ähnliches gilt für dramatische Entwicklungen in der Ukraine, oder wenn uns Putin das Gas abstellt.

Müssen Sie sich auf eine besonders harte Tarifrunde mit Streiks einstellen?
Damit rechne ich. Bei einer hohen Forderung werden Unternehmer bereit sein, drastische Maßnahmen hinzunehmen. Als Sozialpartner haben wir auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Der müssen wir in der jetzigen Situation gerecht werden. Die Teuerung ist für alle ein Problem. Das muss man akzeptieren.

Industrieverbands-Chef schlägt Alarm Rot-Rot-Grün gefährdet Hunderttausende Jobs

Berlin – **Stefan Wolf (60), Chef des mächtigen Industrieverbandes Gesamtmetall, warnt**

Rot-Grün regiert! Grund: Sowohl SPD, Grüne als auch Linkspartei planen höhere

Wolf sagte BILD, das „wäre eine Katastrophe für den Wohlstand in unserem Land“. Schon

die höchsten Steuern zahlen. „Wenn die Abgaben weiter steigen, so wie es Linke und SPD

BILD

SÜDWEST PRESSE

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung



In Sorge: Gesamtmetall-Boss Stefan Wolf

BILD LIVE



Tagesthemen



Handelsblatt

Das deutsche Klimaschutzgesetz und die EU setzen aber strenge Maßstäbe... Es ist die Frage, ob das der richtige



BILD

Stefan Wolf

„Rot-Rot-Grün wäre Gift“

Der Gesamtmetall-Präsident wirbt für Schwarz-Gelb, auch wenn die Union unter Armin Laschet nicht die meisten Sitze im Bundestag erhalten sollte.

Für Stefan Wolf findet das Gespräch um Mitternacht statt, denn der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall ist während des Interviews an der US-Westküste. Passend zur Geisterstunde zeichnet er ein Horrarszenario für den Standort Deutschland.

Herr Wolf, in wenigen Tagen wird gewählt. Machen Sie sich angesichts der Umfragewerte Sorgen?

Richtungs- eine Regie- für Soziale- mterum, für d Arbeits- Regierung, nd höhere ürde dazu e Arbeits- de Industrie

ngen als zu den

ehr genau, Wohlstand n. Bei SPD, n wir eher nd hat nach d Däne- kosten in

Europa, zu viel Bürokratie, viel zu hohe Unternehmensteuern, und die Errungenschaften der Agenda 2010 sind leider in den letzten Jahren rückabgewickelt worden. Der Standort Deutschland ist nicht mehr attraktiv. Und wenn alles kommt, was SPD, Grü-

Program- chern sich noch mehr.

er sichere den

ffassungen nen geben. an einem ist bei der ill. Aber es genheit zu Menschen bis zur es für Ar- bedeutet, then Rich- Rot-Grün

ch mit

Klimaschutzversprechungen. Ist das eine Gefahr für den Standort? Klimaschutz ist wichtig, und wir müssen etwas tun – aber global. China, die USA und Indien allein stehen etwa für die Hälfte des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Wenn wir unsere Industrie stärken und beispielsweise indische Autos mit umweltschonenden Brennstoffzellen ausstatten, nützt das dem Klima mehr, als 2030 in Deutschland den Verbrennungsmotor zu verbieten.

Weg ist, wenn andere Länder nicht mitziehen. Das ganze Thema wird in Deutschland sehr kurzfristig diskutiert. E-Mobilität macht doch nur mit grünem Strom Sinn. Wir werden unseren Strombedarf aber auch in zehn oder 15 Jahren nicht ausschließlich aus regenerativen Quellen decken können, wenn wir weiter ewig lange Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen oder Stromtrassen haben oder Anwohner Bauvorhaben verzögern können. Kommen wir da nicht voran, fahren unsere E-Autos eben irgendwann mit Kohlestrom aus Polen oder Atomstrom aus Frankreich.

Union und FDP haben Unternehmen Steuersenkungen in Aussicht gestellt. Haben Sie die angesichts der Umfragewerte schon abgeschrieben?

”

Wir brauchen klare und sichere Rahmenbedingungen, und da darf Ideologie keine Rolle spielen.

Mir geht es vor allem erst einmal darum, dass es nicht zu Steuererhöhungen kommt, die SPD, Grüne und Linke vorsehen. Denn wir haben schon mit den höchsten Unternehmen- und Einkommensteuersätzen in Europa und frühen Spitzensteuersatz, der viel zu früh greift. Wir werden jede Bundesregierung – egal welcher Couleur – davon zu überzeugen versuchen, was das Richtige für den Standort und den Wohlstand der Menschen ist. Dazu brauchen wir klare und sichere Rahmenbedingungen, und da darf Ideologie keine Rolle spielen.

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat der Wirtschaft im Handelsblatt-Interview verlässliche Rahmenbedingungen garantiert, sollte er die nächste Regierung anführen. Trauen Sie ihm nicht?

Nein, ehrlich gesagt nicht. Ich würde ihm hundertprozentig trauen, wenn er sich morgen hinstellt und sagt, er schließt eine Koalition mit den Linken aus. Es ist für mich unglaublich, wenn die SPD sich einerseits ein Stück Richtung Mitte bewegt und industriefreundlich gibt und auf der anderen Seite keine Koalition mit einer wirtschaftsfeindlichen Partei, die die Soziale Marktwirtschaft ablehnt, ausschließen will.

Sollte die FDP Armin Laschet zur Kanzlerschaft verhelfen, selbst wenn die SPD stärkste Kraft würde? FDP und SPD haben einst Helmut Schmidt zum Kanzler gewählt, obwohl die Union mit Helmut Kohl stärkste Kraft war. Das ist Demokratie. Mehrheiten bilden sich, und die Partei, die die meisten Abgeordneten stellt, muss nicht zwingend den Kanzler stellen.

Wie sieht eine gute Arbeitsmarktpolitik nach der Wahl aus? Für uns ist ganz wichtig, dass wir keine Steigerung der Lohnzusatzkosten erleben und die Sozialabgaben bei höchstens 40 Prozent gedeckelt werden. Auch brauchen wir eine massive Entbürokratisierung. Ein Draufsattel, egal wo, ist nicht mehr leistbar und würde uns erdrücken.

Wenn man sich die Versprechen bei Rente, Pflege oder Gesundheit anschaut, steht die 40-Prozent-Marke aber auf tönernen Füßen, oder? Ja, aber sie darf nicht gerissen werden, weil wir schon mit den höchsten Lohnstückkosten haben. Die Agenda 2010 hat Gerhard Schröder die Wiederwahl gekostet, aber es war die richtige Entscheidung für Deutschland. Ich würde mir wünschen, dass mehr Politiker darauf schauen, was das Richtige für unser Land ist. Wir sind schon wieder der kranke Mann Europas. Es wäre wichtig, dass die neue Bundesregierung das erkennt und uns wieder wettbewerbsfähig macht. Es geht um Investitionen, Wohlstand und Arbeitsplätze.

Herr Wolf, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Frank Specht.



Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf: „Es geht um eine Richtungswahl.“

Land ohne Industrie?



Gewissensfrage IV

DIE ZEIT

Arbeitgeberverband Gesamtmetall warnt vor Importstopp von Gas und Öl

dpa

Falls Deutschland auf russisches Gas verzichtet, müssen Fabriken schließen oder abwandern. Ist der Kampf gegen Putin das wert? Ein Ökonom und ein Industrieboss streiten

DIE ZEIT: Herr Schulzick, Herr Wolf, Linke, einen Punkt, an dem Sie sagen würden: Ich befürworte jetzt ein Gasembargo? Wolf: Das ist eine schwierige Frage. Wenn man die Bilder aus der Ukraine sieht, ist die Note Linke eigentlich längst überschritten. Sie war schon überschritten, als Russland die Ukraine angriffen hat. Aber wir tragen als deutsche Industrie auch Verantwortung für die Menschen bei uns im Land und für unsere Mitarbeiter. ZEIT: Warum ist es für die Industrie so schwierig, vom Gas loszukommen? Wolf: Nehmen wir mein eigenes Unternehmen, den Automobilhersteller Eirong-Klinger. Wir produzieren unter anderem Zylinderkopf- schichtungen für Motoren. Im Produktionsprozess werden sie in Öl auf 400 Grad erhitzt. Diese Öfen werden mit Gas betrieben, und die kann ich nicht innerhalb von 300.000 bis 400.000 Arbeitslosen mehr. Stefan Wolf: Ihre Zahlen sind zu niedrig angesetzt. Herr Schulzick, Die Proporen der Ökonomen unseren Verbands gehen von mindestens einer Million Arbeitslosen zusätzlich aus und von einem Minus des Bruttoinlandsprodukts von fünf bis sechs Prozent. Hinzu kommt, dass die Inflation weiter deutlich steigen würde. Das ist es aus meiner Sicht im Verhältnis nicht wert. Schulzick: Ich würde Ihr Modell gern mal

analoges aus Russland einfach so umsetzen? Allein die Planung dauert neun bis zwölf Monate. Und dann packen Sie die ganzen Anlagen ein und schippen Sie von Deutschland nach Mexiko – wenn Sie denn dort die Halle gebaut haben. Das dauert nämlich auch zwölf bis fünfzehn Monate. Insgesamt brauchen wir zwei Jahre. Und in der Zeit produzieren ich keine Zylinderkopf- schichtungen für die Automobilhersteller. Schulzick: Wenn Ihr Wettbewerb schnell- ler ist, dann kriegt der halt das Geschäft. Wolf: Auch der braucht Zeit. Aber: Wenn ich mein Werk in Russland verlagere, dann gehen dort rund 170 Arbeitsplätze verloren. Ich lade Sie dann noch mal ein, sich vor meinen Leute zu stellen und ihnen zu erklären, warum sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Schulzick: Niemand behauptet, dass ein Embargo keine Kosten hätte. Aber wir brauchen einen Anreiz für Sie und andere Unternehmen, ihre Produktion umzustellen. Wenn der Energiepreis sich vervielfacht, dann werden Sie sich etwas einfallen lassen. Das ist keine Frage von Theorie oder Praxis. Wolf: Doch! Schulzick: Nein! Unsere Studien sind keine Hangenpistole. Sie beruhen auf realen Daten aus der realen Welt. Von Ihren Kollegen aus Großbetrieben in ähnlichen Industrien wissen wir, dass eine Auslagerung der Produktion

Gas zu produzieren kostet viel Energie. Ähnlich ist es in der Stahl- und Chemie- industrie. Das Land braucht aber solche Basisindustrien. Wir benötigen in der Energieversorgung gerade, dass wir uns vom Ausland abhängig gemacht haben. Und jetzt sagen Sie: Es gibt Geschäftsmöglichkeiten, die haben keine Zukunft in Deutschland, da machen wir uns abhängig vom Ausland. In zehn, fünfzehn Jahren werden wir fragen: Warum haben wir das getan? ZEIT: Was es so schief? Schulzick: Nein. Di- gult, sie hat auch i- lte Usanz liegt der- zent des Bruttoinla- Wolf: Aber sie ist viel Schulzick: Was bei- französisches Glas vo- tie, ist das für mich? Sie als Unternehmer werden uns nicht vi- schoten und in fünf- nur um einzelne Ind- Wolf: Da habe ich ni- Schulzick: Es klingt- ler für den Freihand- Wolf: Moment. Auch- facher des Freihand- AG hat 44 Standorte- nen die Wichtigkeit



Stefan Wolf, 60, ist Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall und Firmenchef



GASTKOMMENTAR STEFAN WOLF

Ein Gasembargo, das verkraftbar ist? Solche Ideen können nur aus dem Eifenbeinturm der Wissenschaft kommen. Aber sicher ist: Die Industrie muss widerstandsfähiger werden. Dabei kann sie von den Stärken Deutschlands profitieren.

Süddeutsche Zeitung

M+E-Arbeitgeber wollen EU-Gesetz zu Mindestlöhnen bekämpfen

„Ein Regierungschef muss die Menschen begeistern“

Interview Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf fordert Olaf Scholz auf, als künftiger Bundeskanzler die bisherige Zurückhaltung abzulegen und Führungsqualitäten zu beweisen.

Die Wirtschaft ist zufrieden: Der Koalitionsvertrag der Ampelpartner sei besser als der Vorgängervertrag der großen Koalition, lobt der Chef des Metallarbeitgeberverbandes, Stefan Wolf. Dass hatte ich noch nicht die Zeit, aber ich habe gute Geister, denen ich vertraue und die mit mir Zusammenfassungen einen guten Überblick verschaffen. Am Wochenende werde ich mir das mal in Gänze anschauen.

Vor der Bundestagswahl haben Sie sich um den Industriestandort, um Wohlstand und Arbeitsplätze geworben. Hat die „Ampel“ Ihre Befürchtungen zerstreut? Zum größten Teil. Da ist vieles drin, was absolut vernünftig ist. In Gänze ist dieser Koalitionsvertrag wirtschaftsfreundlicher als der der großen Koalition. Da werden wir im Detail sicher noch schauen müssen, wie es weiterläuft. Aber es ist sicherlich deutlich anders gekommen, als wir es ursprünglich erwartet haben bei einer Regierungsbeteiligung der Grünen. Da hat die FDP sicherlich vieles durchgebracht an neuen Positionen, die schon sehr deckungsgleich sind mit Positionen der Wirtschaft, sodass wir in der Summe nicht unzufrieden sind.

Vor der Wahl haben Sie das grüne Programm als „Sozialismus pur“ bezeichnet. Demnach werden die Grünen nun von den Liberalen in Schach gehalten? Das Wahlprogramm der Grünen hatte ich heute noch für Sozialismus pur. Die Frage ist: Wie viel ist in den Koalitionsvertrag gewandert? Da haben die Grünen gegenüber SPD und FDP aus meiner Sicht an wenigstens aus ihrem Programm verwirklichen können.

„Ich bin nicht unfroh darüber, dass Anton Hofreiter kein Verkehrsminister wird.“ Stefan Wolf, Gesamtmetall-Präsident



PRÄSIDENT UND VORSTANDSCHAFT: Verbandsführer Seit exakt einem Jahr ist Stefan Wolf (60) ehrenamtlicher Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall – ein bundesweit gefragter Gesprächspartner für Wirtschaft, Politik, Medien. Zuvor war er Chef von Süddeutsche, dessen Ehrenvorsitzender er im Juli geworden ist.

Manager Bereits seit 2006 ist der Jurist Vorstandsvorsitzender des Automobilzulieferers Eirong-Klinger, den er gerade durch die Transformation hin zur Elektromobilität führen muss. Wolf lebt in Bad Urach, nahe dem Firmensitz Dettingen am Fuße der Alb. 44

Sie haben auch Grüne-Chefin Baerbock das Zeug zur Kanzlerin abgesprochen. Nun wird sie wohl als Außenministerin einen Schwerpunkt auf Menschenrechte legen. Dies dürfte die Wirtschaftsbeziehungen mit China betreffen. Könnte das boomende Geschäft darunter leiden? Das glaube ich nicht. Dieses Thema wird eher über das Wirtschaftsinformations laufen, ich habe auf Robert Habeck, der pragmatisch ist und weiß, dass die Handelsbeziehungen mit China extrem wichtig sind für die deutsche Wirtschaft. Oder aber es greift die Richtlinienkompetenz des Kanzlers, so dass sich Olaf Scholz selbst daran kümmert.

„Die Begrenzung der Sozialbeiträge werden wir hoffentlich noch im Griff haben.“ Stefan Wolf, Arbeitgeberverband

Im Bereich Arbeit und Soziales sehen Sie auch keine großen Einschränkungen? Die extrem wichtige Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge müssen und werden wir hoffentlich auch mit dieser Koalition gut im Griff haben. Wir haben ja immer eine De- ckelung bei 40 Prozent gefordert, und ich

allerdings nicht die Wirtschaft, die die Atomkraftwerke abschalten und die Kohlekraftwerke stilllegen wollte. Auch die Bau- und Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen und Stromtrassen stammen nicht aus der Industrie.

Lieferprobleme bei Halbleitern und Rohstoffen haben uns schon vor dem Krieg ausgebrems. Gleichzeitig holen international viele Länder mit großen Schritten auf. Hinzu kommt, dass viele Kunden – auch hierzulande – nur Preise akzeptieren, zu denen man am Standort Deutschland nicht produzieren kann. Dringlicher denn je wird klar: Deutschland braucht einen Aufbruch.

Wir müssen Wertschöpfungsketten neu denken. Nach geschlossenen Grenzen in Europa, Lockdowns in wichtigen Industrien Asiens, dem Ausfall der Ukraine als Standort und den Sanktionen gegen Russland haben wir einen neuen Faktor im Spiel: die Resilienz. Dabei wird es keine Rückabwicklung der Globalisierung geben. Die Kunden unserer Industrie sind auf der ganzen Welt zu Hause. Und Wettbewerb auf der ganzen Welt sind uns auf den Fersen. Nach den Erfahrungen mit ausfallenden Lieferketten wird allerdings das eine oder andere Unternehmen auch wieder Produktion in der EU ansiedeln wollen.

Aus einem solchen Strukturwandel folgen dann neue Geschäftsmodelle, Produkte, Prozesse und Wertschöpfungsketten. Das heißt: Es stehen grundsätzliche Standortentscheidungen an – und hier gibt es Trümpfe, die für Deutschland sprechen. Wir sind das Land der Hochtechnologie, der Qualitätsergebnisse und der Ingenieurkunst, der langfristig denkenden Unternehmer und der motivierten Arbeitnehmer.

Wir haben in Deutschland schon frühere Strukturwandel bewältigt. Wir haben Erfahrung, Tradition, eine weltweit renommierte Forschungslandschaft, top ausgebildete Beschäftigte und eine gute Infrastruktur. Und deutsche Unternehmen haben ihrem Heimatstandort trotz aller Kosten- und Verwaltungsmachteile auch immer aus innerer Haltung die Treue gehalten. Für sie ist Deutschland nicht nur ein Standort unter vielen. Sie kennen ihre Beschäftigten, die teilweise schon in mehreren Generationen für sie arbeiten, und sie sind tief in ihrer Region verwurzelt.

Aber vor dem Aufbruch will, darf sich nicht selbst belügen. Soll er gelingen, braucht es mehr als eine glorieöse Vergangenheit und ein paar warme Worte. Die gesellschaftliche Verankerung der Industrie, ausreichend verfügbares Arbeitszeitelement und wettbewerbsfähige Produktionskosten – einschließlich der sicheren Versorgung mit bezahlbarer Energie. All das sind handfeste Faktoren, die über Investitionen entscheiden.

Arbeitgeber, Gewerkschaften, lokale, regionale und nationale Politik. Alle sollten gemeinsam darüber beraten, was wir dafür tun können, damit möglichst viele Investitionsentscheidungen zugunsten Deutschlands fallen und die Fabriken von Tesla in Grünheide und Intel in Magdeburg keine Ausnahmen bleiben.

Wenn wir klimafreundliche Technologien zu Preisen produzieren, die mit den klimafeindlichen Alternativen konkurrieren, können wir auch im 21. Jahrhundert weiter eine global führende Industrieland sein – nicht nur für den Wohlstand, sondern zuerst für Klimaschutz, Freiheit und Demokratie. Lasst uns gemeinsam die Weichen dafür stellen – dann können wir uns auch Grundlagenforschung in Eifenbeintürmen leisten.

STEFAN WOLF ist Vorstandsvorsitzender des Automobilzulieferers Eirong-Klinger und Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Er hat nach einer Banklehre Rechtswissenschaften studiert und in dem Fach auch promoviert.

WirtschaftsWoche

Soziale Marktwirtschaft in Krisenzeiten wichtiger denn je



Solidarität mit der Ukraine. Plakat am Berliner Hauptbahnhof.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat eine Zeitenwende eingeleitet. Die Auswirkungen sind noch nicht abschätzbar. Wir alle stehen dem Krieg und dem Leid, das den Menschen vor Ort widerfährt, fassungslos gegenüber und helfen, so gut wir können. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hat im März 2022 ihre große Werbefläche im Berliner Hauptbahnhof in den ukrainischen Nationalfarben Blau und Gelb umgestalten lassen. Die blau-gelbe Flagge im Hauptbahnhof soll der Solidarität mit den Bürgern der Ukraine optisch Nachdruck verleihen und zudem den Kriegsflüchtlingen gleich bei ihrer Ankunft signalisieren, dass sie hier in Sicherheit und willkommen sind. Und auch die frisch angetretenen Ampel-Koalitionäre hat der Russland-Ukraine-Krieg abrupt in eine neue Realität geholt.

Bundestagswahl 2021 wurde zur politischen Richtungswahl für Deutschland

So stand das Jahr 2021 ganz im Zeichen der Bundestagswahl am 26. September. Die INSM hat bei dieser Richtungswahl zum Ende der Kanzlerschaft von Angela Merkel klar gesagt, worum es geht und was auf dem Spiel steht – und dem mit zahlreichen Printanzeigen Nachdruck verliehen. Passend zur Kandidatenkür

der Parteien fragte die INSM: „Wer kann Soziale Marktwirtschaft?“. Corona, Klima, Digitalisierung und Demografie – Deutschland stand bereits im vergangenen Jahr vor diesen großen Herausforderungen. Zur Lösung dieser Probleme braucht es mehr Soziale Marktwirtschaft und weniger Bürokratie und Verbote und staatliche Lenkung.

Gegen eine Verbotspolitik und Bevormundung richtete sich die im Juni 2021 veröffentlichte Anzeige mit dem viel diskutierten Motiv grüner Verbotsideen in den Händen der Grünen-Kanzlerkandidatin. Der Impuls der INSM, für Soziale Marktwirtschaft statt Neodirigismus einzutreten, löste eine Debatte aus, bei der die INSM viel Zustimmung und deutliche Kritik auf sich zog. Die Unterstellung, die INSM habe mit dem Anzeigenmotiv bewusst

insm.de

DAS LIEFERKETTENGESETZ

MEHR SCHLECHT S MENSCHEN- RECHT

Die deutsche Wirtschaft unterstützt das Scheitern der Menschenrechte weltweit verheerend. Viele Unternehmen haben bereits umfassende Nachhaltigkeitskriterien ergriffen und so globalen Geschäftsbeziehungen unseren Übernehmern helfen und die Menschenrechte hinaus viele Länder zu verbessern.

Die in Deutschland geplante Lieferkettengesetz erweitert jedoch weitere Erträge, indem es Unternehmen Rechenschaft und rechtliche Verantwortlichkeit auferlegt. Der Staat wird primär von Überwachen der künftigen Unternehmen, sondern in der Aufdeckung und Beweispflicht von Missständen durch Diplomate und politische Maßnahmen zu unterstützen.

Eine mögliche Folge des geplanten Gesetzes: Deutsche Unternehmen zögen sich aus Ländern mit hohen menschenrechtlichen Risiken zurück. Ausländische Unternehmen, die dem Gesetz nicht unterliegen und die Menschenrechte weniger ernst nehmen, können die Marktposition in den betroffenen Ländern sogar noch verbessern.

Das Scheitern habe die Menschen vor Ort: Das Gesetz ist eigentlich nicht aus.

Ein wachsendes Bering Europas kann weiteren Scheitern der Menschenrechte kann nicht gemessen von EU-Staaten und europäischer Wirtschaft erlaubt werden. Dabei sollte eine sinnvolle Abschätzung gehalten werden, die beiden Seiten erlaubt. Eine jeweiligen Stärken beidseitig einseitigen: Diplomatie und Funktionen von den einen und wirtschaftliche Investitionen in nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auf Basis internationalen Standards von den anderen.

Deshalb appellieren wir an die Mitglieder des Bundestages, das Gesetz in der gegenwärtigen Form nicht zu beschließen, sondern stattdessen zugeht auf den bereits bestehenden Prozess einer europäischen Regelung aufzupreigen. Zusammen können Politik und Wirtschaft eine realistische und praktikable Lösung schaffen.

Die Menschenrechte zu stärken, verdient beste Lösungen und nicht alle Entscheidungen.

zum de:menschenrechte

GEANTALITAL                

20 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände warnen in einer großen Zeitungsanzeige gemeinsam vor dem Lieferkettengesetz.

Vorurteile bedienen wollen, wurde umgehend und entschieden zurückgewiesen. Die Anzeige wollte eine wichtige Debatte über überzogene Vorschriften und Verbote auslösen – und das hat sie auch getan.

Kurz zuvor hatte die INSM – zusammen mit zahlreichen Verbänden und Organisationen – eine Anzeige gegen das Lieferkettengesetz der Bundesregierung geschaltet. „Mehr schlecht als Menschenrecht“ lautete der Slogan, dem ein klar formulierter Text folgte, der aufzeigte, warum das Gesetz nicht nur handwerklich schlecht gemacht sei und am Ziel vorbeigehe, sondern auch noch großen Schaden bei den Unternehmen anrichten werde und das eigentlich gut gemeinte Ziel ins Gegenteil verdrehe. Die Bundesregierung hätte besser an einer europäischen Lösung gearbeitet, anstatt national vorzupreschen.

Es folgten noch zwei weitere Anzeigen in der heißen Wahlkampfphase mit dem Hinweis auf die drängenden Probleme Deutschlands, die die neue Regierung angehen müsse. Als zwischenzeitlich sogar ein Bündnis mit der Linkspartei möglich zu sein schien, gab die INSM mit der Anzeige ein Plädoyer für die politische Mitte ab. Denn: „Deutschland re-

giert man nicht mit links und schon gar nicht mit rechts, sondern mit Sozialer Marktwirtschaft.“

WELT-Wahldebatte 2021: Politiker im Gespräch zu Ideen für Deutschland

Und natürlich wurde im Vorfeld der Bundestagswahl auch mit der Politik diskutiert: So haben die INSM und ihr Medienpartner WELT in einer Veranstaltungsreihe im Sommer 2021 mit Vertretern von sechs Parteien über wirtschafts- und sozialpolitische Themen und Antworten auf die drängenden Fragen Deutschlands diskutiert. Zu Gast waren der damalige CSU-Generalsekretär und heutige bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Markus Blume, der heutige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, der damalige Unionsfraktionsvorsitzende im Bundestag, Ralph Brinkhaus, der heutige SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil, FDP-Chef Christian Lindner sowie der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Dietmar Bartsch. Die Gespräche im Axel-Springer-Haus fanden ohne Präsenzpublikum statt und wurden für angemeldete Zuschauer live gestreamt. Das digitale Format ermöglichte eine gute Einbindung der Zuschauer und hohe Reichweiten.



Die sechs Gäste bei der WELT-Wahldebatte der INSM zur Bundestagswahl im Sommer 2021.

Der Nachholfaktor

Durch eine sogenannte Schutzklausel wird in der Berechnung der jährlichen Rentenanpassung verhindert, dass bei einer negativen Entwicklung der verbeitragten Löhne oder der anderen die Rentenanpassung dämpfenden Berechnungsfaktoren die Renten (d. h. der aktuelle Rentenwert) nominal sinken. Die rechnerisch nötigen Dämpfungen werden in späteren Jahren aber entsprechend dem Nachholfaktor gegengerechnet.

INSM verhindert ungerechte Belastung aller Beitragszahler

Nach der Wahl ging es darum, die neue Machtkonstellation und deren Vorhaben aus marktwirtschaftlicher Sicht zu bewerten und die wichtige Phase der Koalitionsverhandlungen zu begleiten. Dies hat die INSM erfolgreich geschafft, u. a. mit der Veranstaltungsreihe „KoalitionsCheck“ sowie der Printanzeige „Deutschland hat Fragen“.

Im November 2021 schaltete die INSM mit den Unterschriften von 30 Wirtschafts- und Rentenexperten eine Printanzeige mit der Forderung an die neue Koalition, den Nachholfaktor in der Rentenversicherung wieder einzuführen. Und siehe da: Im Koalitionsvertrag kündigten SPD, Grüne und FDP an, den Nachholfaktor rechtzeitig vor der nächsten Rentenanpassung ab 2022 wieder zu aktivieren. Im März 2022 konnte die Auswirkung finanziell beziffert werden. Die Rentenerhöhung, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verkündete, wäre ohne den Nachholfaktor um über einen Prozentpunkt höher ausgefallen. So liegt das Plus ab 1. Juli 2022 im Westen bei 5,35 Prozent und im Osten bei 6,12 Prozent. Es ist auch mit der dämpfenden

Wirkung des Nachholfaktors also eine sehr starke Erhöhung für die Rentner beschlossen worden – die höchste seit Jahrzehnten. Ohne den Einsatz der INSM wäre dieses „technische Detail“ mit großer Wirkung vermutlich untergegangen. Es geht um hohe Kosten insbesondere für nachfolgende Generationen, die nun abgemildert werden konnten.

Bildung und Digitalisierung standen ebenso im Mittelpunkt der Arbeit

Doch auch abseits der Bundestagswahl und ihrer Folgen hat die INSM viele weitere Themen intensiv begleitet. So legte sie im August 2021 zum 18. Mal den INSM-Bildungsmonitor vor, den das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erstellt hatte, und gab einen aktuellen Überblick der Stärken und Schwächen der 16 Bildungssysteme der 16 Bundesländer. Fazit: Es gab kaum Fortschritte in der Bildung in Deutschland verglichen zum Jahr 2013, als erstmals die aktuelle Methodik angewandt worden war. Und die Corona-Fol-

Wir sind für angemessene Rentenerhöhungen.

Um die Beitragszahler nicht übermäßig zu belasten, dürfen aber die Renten nicht stärker steigen als die Löhne!

Damit die Rente gerecht bleibt, muss die neue Koalition den Nachholfaktor wieder einsetzen.

Prof. Dr. Axel Börsch-Supan, Ph. D.	Prof. Dr. Franz Ruland	Prof. Dr. Martin Werdinger
Prof. Dr. Norbert Berthold	Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe	Prof. Dr. Friedrich Breyer
Prof. Dr. Frank Brosius-Gersdorf	Prof. Dr. Michael C. Burda, Ph. D.	Prof. Dr. Georg Cremer
Dr. Oliver Ehlert	Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Ph. D.	Prof. Dr. Robert Fenge
Prof. Dr. Christian Hagist	Prof. Dr. Michael Hüther	Prof. Dr. Otmar Issing
Prof. Dr. Stefan Kooths	Dr. Stefan Moog	Dr. Jochen Pimpert
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen	Prof. Dr. Albrecht Ritschl	Prof. Dr. Klaus M. Schmidt
Prof. Dr. Reinhold Schnabel	Prof. Dr. Jan Schnellbach	Prof. Dr. Monika Schnitzer
Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer	Prof. Dr. Marcel Thum	Prof. Dr. Raimund Waltermann
Prof. Dr. Volker Wieland, Ph. D.	Prof. Dr. Berthold U. Wigger	Prof. Dr. Matthias Wrede

insm.de

Mit dieser Zeitungsanzeige setzte sich die INSM erfolgreich für die Wiedereinsetzung des Nachholfaktors bei der Berechnung der Rentenanpassungen ein.

Das Land hat Fragen. Die Soziale Marktwirtschaft hat Antworten.

Corona, Klima, Digitalisierung und Demografie: Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Aber mit mehr Bürokratie, Vorlesen und staatlicher Lenkung sind diese nicht zu meistern. Dafür braucht es jetzt mehr Vertrauen in die Ideen der Menschen und Unternehmen. Dafür braucht es mehr Soziale Marktwirtschaft. Sie liefert die Antworten darauf, wie wir Freiheit, soziale Sicherheit und Wohlstand auch in Zukunft erhalten und ausbauen können. Für diese Werte einzutreten, ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Regierung.

insm.de

Nach der Bundestagswahl 2021. Corona, Klima, Digitalisierung und Demografie. Nur die Soziale Marktwirtschaft hat Antworten auf die großen Herausforderungen in Deutschland.

gen hatten sich darin noch gar nicht niedergeschlagen. Klassenbeste waren wieder Sachsen und Bayern.

Beim Thema Digitalisierung hat die Corona-Pandemie ein Schlaglicht auf den aktuellen Zustand geworfen – und dann zu einem regelrechten Schub geführt. Dennoch ist noch viel Luft nach oben, ob in den Schulen oder in der Verwaltung. Hier ist Deutschland im internationalen Vergleich weit abgeschlagen. Eine Studie des IW für die INSM zum E-Go-

vernment zeigte auf, worauf es hierzulande ankommt und wie Deutschland von einem Blick zum kleineren Nachbarn Österreich lernen könnte.

Im Dezember 2021 veranstaltete die INSM ein Webinar dazu mit Prof. Monika Schnitzer, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zum Jahreswechsel folgte ein großes Plakat im Berliner Hauptbahnhof mit der Aufschrift: Deutschland digital machen. Der vermutlich größte QR-Code Deutschlands führte den interessierten Passanten zu den Online-Inhalten. Wie die neue Regierung die Digitalisierung nun vorantreiben will, wird die INSM weiterhin engmaschig begleiten. Dazu ist im März 2022 ein sogenanntes Behörden-Digimeter erschienen. Es überwacht genau den aktuellen Stand der Digitalisierung.

Ein höherer Mindestlohn – Künftig immer Wahlkampfthema?

Der neue und alte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat bereits eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro brutto pro Stunde ab dem 1. Oktober 2022 auf den Weg gebracht. Zu all den Fragen, die ein politischer Mindestlohn auch mit Blick auf die in Deutschland aus dem Grundgesetz abgeleitete Tarifautonomie aufwirft, hat die INSM im März 2022 ein Faktenheft aufgelegt.

DEUTSCHLAND REGIERT MAN NICHT MIT LINKS...

... UND SCHON GAR NICHT MIT RECHTS

Sondern mit Sozialer Marktwirtschaft

insm.de

Die INSM setzt sich vor der Bundestagswahl 2021 für die Wahl der politischen Mitte ein.

Starke Stimme auch in der Onlinekommunikation

Der politische Raum. Unendliche Weiten. Wir schreiben das Jahr 2022, und politische Kommunikation findet mehr denn je in den sozialen Medien statt. Wer sich dort bewegt, merkt relativ schnell, dass dort differenzierte, nachdenkliche Töne selten sind. Trotzdem ist es für den politischen Diskurs unverzichtbar, dort präsent zu sein und die Stimme für die Soziale Marktwirtschaft, für Eigenverantwortung und für Freiheit zu erheben. Es stärkt all diejenigen, die sich angesichts der Aggressivität und der Lautstärke der Ränder links und rechts fragen, ob andere Positionen überhaupt noch existieren.

In Deutschland wurde Twitter als Medium der politischen Kommunikation das erste Mal bei der Landtagswahl in Hessen 2009 eingesetzt. Seit 2009 hat die INSM einen Twitter-Account. Unter den wirtschaftsfreundlichen Interessenverbänden hat derzeit nur der BDI mehr Follower im Deutschen Bundestag.

Marktwirtschaftliche Vernunft und ökonomischer Weitblick haben es schwer bei Twitter. Es ist eben weniger populär, sich für moderate Renten Anpassungen, niedrigere Unternehmenssteuern und gegen einen gesetz-

Seite		„Gefällt mir“-Ang.
1	Initiative Neue Soziale ...	220,5K
2	BÜNDNIS 90/DIE GRÜN...	208,5K
3	CDU	196,6K
4	SPD	194,6K
5	FDP	150,9K
6	SPD-Fraktion im Bunde...	82,5K
7	FDP Fraktion Bundestag	79,6K
8	Wirtschaftsrat der CDU ...	52,8K
9	CDU/CSU-Bundestagsfr...	51,5K
10	Bündnis 90/Die Grünen ...	38,9K

Die INSM hat mehr Follower bei Facebook als alle im Bundestag vertretenen Parteien (außer der AfD).

lichen Mindestlohn einzusetzen, als gegen Energiekonzerne zu wettern, höhere Spitzensteuersätze zu fordern oder der Schuldenbremse die Schuld für politische Fehlleistungen zu geben. Dennoch wurden im Mai 2022 die Tweets der INSM 210.000-mal



210.000 Aufrufe der Tweets der INSM allein im Mai 2022.

aufgerufen, seit Jahresbeginn sogar mehr 1.200.000-mal.

Facebook ist nach wie vor ein relevanter Faktor in der öffentlichen Meinungsbildung. Wie gut, dass die INSM dort nach wie vor eine extrem schlagkräftige Präsenz hat – mit mehr Followern als alle im Bundestag vertretenen Parteien (außer der AfD). Viele Debatten haben bei Facebook ihren Ursprung oder bekommen hier den entscheidenden Schwung. 2021 haben fast 3,9 Millionen Personen die INSM-Inhalte bei Facebook gesehen und über 400.000-mal mit ihnen interagiert (Likes, Kommentare, Shares). Mit dem Kanal wird vor allem ein breites Publikum außerhalb der Berliner Politblase erreicht.

Schon vor den Einschränkungen der Corona-Zeit hatte die INSM ihre Veranstaltungen, Studien, Pressekonferenzen und Positionspapiere online zugänglich gemacht. Über 20.000-mal wird die Webseite der INSM im Monat aufgerufen. Im Schnitt bleiben die Besucher knapp eine Minute. Ein respektabler Wert in Relation zu vergleichbaren Seiten.

Zudem hat die INSM ihre Online-Formate in den vergangenen zwei Jahren erfolgreich ausgebaut. Vor allem über den YouTube-Kanal erreichen Kampagnen, Studien und Veranstaltungen der INSM ein breites Publikum. So wurde ein Gespräch über die Digitalisierung von Staat und Verwaltung mit der Wirtschaftsweisen Prof. Monika Schnitzer über 36.000-mal angeschaut, der Aufruf zum Start der Digitalisierungskampagne sogar fast 50.000-mal und die von verschiedenen Verbandsvertretern gemachten konkreten Vorschläge erreichten zwischen 7.500 und 31.000 Zuschauer.

An den Webinaren zu aktuellen Studien und Themen der INSM nehmen im Schnitt etwa 50 persönlich geladene Gäste via Zoom teil.



Integrierte Kampagne: Klare Botschaft, prägnantes Motiv, Hintergründe und Positionen – und dabei lösungsorientiert: die INSM zur Schuldenbremse.

Neben Verbandsvertretern auch viele MdBs, deren Büros sowie leitende Mitarbeiter der Bundesministerien. Die Aufzeichnungen erreichen anschließend regelmäßig hohe vierstellige Zuschauerzahlen.

Der Instagram-Kanal der INSM wächst kontinuierlich und erreicht schon jetzt mit seinen über 2.300 Followern erfreuliche Reichweiten. Im Juni 2022 wurden Videos mit den Bundestagsabgeordneten Otto Fricke (FDP) und Sebastian Brehm (CSU) innerhalb kürzester Zeit jeweils über 12.000-mal angeschaut. Das liegt leicht über dem mittelfristigen Durchschnitt von gut 9.000 Aufrufen.



Instagram Reels mit den Bundestagsabgeordneten Otto Fricke (FDP) und Sebastian Brehm (CSU).

Deutschland ist dann am stärksten, wenn Innovation und Erfindergeist zusammentreffen. Und damit unser Land eine starke Industrienation bleibt, müssen wir bei neuen Technologien weltweit führend bleiben oder werden. Mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wird uns dies gelingen.

SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT
BEDEUTET
ZUKUNFT GESTALTEN



Personelle Veränderungen

Seit dem 1. Juni 2021 ist Julian Caligiuri als Vertretung von Sabina Casini in der Abteilung Internationale Beziehungen als Referent im Büro Brüssel tätig. Er arbeitete zuvor in der Abteilung Strategie und Zukunft der Arbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA) und wird das Team von Gesamtmetall bis zum Sommer 2022 verstärken.

Der Leiter der Abteilung Politik und Kampagnen, Antonin Finkelnburg, ist zum 31. August 2021 ausgeschieden und wurde zum Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA) ernannt. Die Abteilung Politik und Kampagnen wurde zum 1. September 2021 infolgedessen aufgelöst und die Aufgaben in die Abteilung Kommunikation und Presse integriert.

Seit dem 15. September 2021 unterstützt Benedikt Fischer nach erfolgreichem Abschluss des Masterstudiengangs International Administration and Global Governance die Abteilung Kommunikation und Presse als Referent im Bereich Politik und Kampagnen. Zudem verstärkt Alexandra Rakei nach erfolgreich abgeschlossenem Assessorexamen seit dem 1. Oktober 2021 als Referentin die Abteilung Tarifpolitik.

Um sich neuen Aufgaben zu widmen, ist Katja Horstmann am 31. Oktober 2021 ausgeschieden. Sie war zuvor über mehrere Jahre lang als Assistenz in der Abteilung Internationale Beziehungen tätig.

Seit dem 1. November 2021 leitet Lars Kroemer die Abteilung Volkswirtschaft und Statistik. Der diplomierte Volkswirt war zuvor Mitglied der Geschäftsleitung von Sachsenmetall und als Geschäftsführer des imreg Institut für Mittelstands- und Regionalentwicklung GmbH tätig. Seit dem 1. Januar 2022 ist er auch Gesamtmetall-Chefvolkswirt.

Das war zuvor Dr. Michael Stahl, der zum 31. Dezember 2021 in den wohlverdienten Ruhestand wechselte. Er war fast 20 Jahre – seit dem 1. August 2002 – für Gesamtmetall tätig und verantwortete zunächst den Aufgabenbereich Kommunikation-Werbung im Geschäftsbereich Wirtschaftspolitik – Arbeitsbeziehungen – Kommunikation. Seit

dem 1. April 2009 war er Geschäftsführer für Bildung und Volkswirtschaft.

Zum 1. Januar 2022 hat das Präsidium von Gesamtmetall Indra Hader als Nachfolgerin und Geschäftsführerin Bildung und Internationale Beziehungen berufen. Die Abteilungsleitung Internationale Beziehungen hat zeitgleich Stefan Solle übernommen, der zudem weiterhin auch das Brüsseler Büro leitet.

Karina Naumann hat Gesamtmetall zum 28. Februar 2022 verlassen und stellt sich nun neuen Herausforderungen. Sie war als Referentin in der Abteilung Recht tätig.

Seit Mitte März 2022 verstärkt Steffen Güttler die Abteilung Kommunikation und Presse als Referent im Bereich Politik und Kampagnen. Er arbeitete zuvor als Referent beim Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA).

Als Büroleiterin des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers war vom 1. September 2021 bis 15. Mai 2022 Constanze Weber tätig, zuvor arbeitete sie als Referentin in der Abteilung Tarifpolitik. Zum 15. Mai 2022 hat die Büroleitung nun Jannick Joost vertretungsweise und zusätzlich zu seiner Tätigkeit in der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik übernommen.

IT und Organisation

Der Digitalisierungsprozess des Verbandes hat sich weiter fortgesetzt. So gab es zahlreiche Hard- und Softwareupdates, die Technik in den Konferenzräumen wurde weiter ausgebaut und auch die WLAN-Versorgung im Verbandsgebäude weiter verstärkt, sodass – auch gleichzeitig – alle Sitzungen reibungslos komplett remote oder im hybriden Format durchgeführt werden konnten. Zudem spielte das Thema IT-Sicherheit eine wichtige Rolle.

Ihre Ansprechpartner

Büro Präsident und Hauptgeschäftsführer



Franziska Hanke



Josefine Utecht



Constanze Weber



Jannick Joost

Finanzen, Personal, Organisation



Rolf Pompe



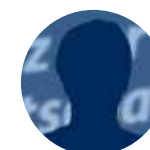
Anika Süß



Viola Meischerder



Annett Kempe-Sabbarz



Werner Meyer zu Ermgassen



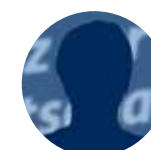
Derk-Janko Blauert



Peter Kienzle



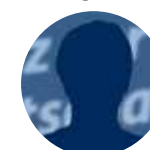
Katrin Wodara



Uwe Klöckner



Kristin Jahn



Claudia Mair



Nicole McMain

Präsidium



Dr. Stefan Wolf
Präsident



Wolfram Hatz
Vizepräsident



Arndt G. Kirchhoff
Vizepräsident



Wolf Matthias Mang
Vizepräsident



Wilfried Porth
Vizepräsident




Folkmar Ukena
Schatzmeister




Oliver Zander
Hauptgeschäftsführer

Ehrenpräsidenten




Dr. Rainer Dulger




Martin Kannegiesser

Der Präsident, der Schatzmeister und die vier Vizepräsidenten werden vom Gesamtvorstand aus seiner Mitte in das Präsidium gewählt. Die T-Gruppe und die OT-Gruppe müssen jeweils mit mindestens einem Mitglied im Präsidium vertreten sein. Das Präsidium berät die Strategie des Verbandes und bereitet entsprechende Beschlüsse des Gesamtvorstandes vor. Es ist außerdem Vorstand im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches.


Gesamtvorstand




Dr. Stefan Wolf
GESAMTMETALL
ElringKlinger AG




Arndt G. Kirchhoff
METALL NRW
KIRCHHOFF
Automotive GmbH




Wolfgang Niemsch
NIEDERSACHSENMETALL
Lanico Maschinenbau
Otto Niemsch GmbH




Cliff Börner
AGVT
FMT Produktions-GmbH
& Co. KG




Marco Langhof
VME SACHSEN-ANHALT
Teleport GmbH




Dr. Joachim Schulz
SÜDWESTMETALL
Bitzer SE




Oswald Bubel
ME SAAR




Prof. Dr. Nils Kroemer
VSME
Siemens AG
Digital Factory Division




Folkmar Ukena
NORDMETALL
LEDA Werk GmbH & Co. KG




Peter Decker
USW
Eugen Forscher GmbH




Michael Lehnert
UV SAAR
WUI Werk- und Industrie-
schutz GmbH & Co. KG




Wolfram Hatz
BAYME VBM
Motorenfabrik Hatz GmbH
& Co. KG




Wolf Matthias Mang
HESSENMETALL
Arno Arnold GmbH




Johannes Heger
PFALZMETALL
Heger Gruppe




Thomas Merfeld
VEM.DIE ARBEITGEBER
BOMAG GmbH




Dr. David Frink
NIEDERSACHSENMETALL
BEZIRKSGRUPPE
OSNABRÜCK - EMSLAND -
GRAFSCHAFT BENTHEIM
Bernard KRONE Holding
SE & Co. KG



Thomas Kaeser
VMET
Kaeser Kompressoren SE



Stefan Moschko
VME
BERLIN-BRANDENBURG
Siemens AG



Sabine Kohleisen
Mercedes-Benz Group AG

Gastmitglieder

Der Gesamtvorstand besteht aus den Vorsitzenden der Mitglieder, die der T-Gruppe angehören, aus Vertretern der Mitglieder, die der OT-Gruppe angehören, und dem Präsidenten sowie ggf. weiteren von der Mitgliederversammlung zugewählten Persönlichkeiten. Er ist für alle Angelegenheiten des Verbandes zuständig, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung oder dem Tarifpolitischen Vorstand vorbehalten sind.

Tarifpolitischer Vorstand



Dr. Stefan Wolf
GESAMTMETALL
ErlingKlinger AG



Prof. Dr. Nils Kroemer
VSME
Siemens AG
Digital Factory Division



Dr. David Frink
NIEDERSACHSENMETALL
BEZIRKSGRUPPE
OSNABRÜCK - EMSLAND -
GRAFSCHAFT BENTHEIM
Bernard KRONE Holding
SE & Co. KG



Oswald Bubel
ME SAAR



Wolf Matthias Mang
HESSENMETALL
Arno Arnold GmbH



Sabine Kohleisen
Mercedes-Benz Group AG



Wolfram Hatz
BAYME VBM
Motorenfabrik Hatz GmbH
& Co. KG



Thomas Merfeld
VEM.DIE ARBEITGEBER
BOMAG GmbH



Johannes Heger
PFALZMETALL
Heger Gruppe



Stefan Moschko
VME
BERLIN-BRANDENBURG
Siemens AG



Thomas Kaeser
VMET
Kaeser Kompressoren SE



Wolfgang Niemsch
NIEDERSACHSENMETALL
Lanico Maschinenbau
Otto Niemsch GmbH



Arndt G. Kirchhoff
METALL NRW
KIRCHHOFF
Automotive GmbH



Dr. Joachim Schulz
SÜDWESTMETALL
Bitzer SE



Marco Langhof
VME SACHSEN-ANHALT
Teleport GmbH



Folkmar Ukena
NORDMETALL
LEDA Werk GmbH & Co. KG

Gastmitglieder

Der Tarifpolitische Vorstand besteht aus den Vorsitzenden der Mitglieder der T-Gruppe und dem zugewählten Vorsitzenden. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die in einem Zusammenhang mit dem Abschluss, der Kündigung oder der Durchführung von Tarifverträgen oder Verhandlungen stehen.

Stand: 31.05.2022

Ausschüsse



Der Ausschuss für Arbeit und Entgelt ...
... unterstützt die Mitgliedsverbände bei ihren Aktivitäten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen – beim Abschluss von Tarifverträgen, deren Auslegung und Anwendung sowie deren Ausfüllung durch betriebliche Regelungen.
Vorsitzender: Peter Heck, Siemens AG



Der Ausschuss für Internationale Sozialpolitik ...
... erfasst und analysiert aktuelle internationale tarif- und sozialpolitische Entwicklungen in der M+E-Industrie. Er berät über die Umsetzung von EU-Richtlinien und arbeitet dabei mit den internationalen Organisationen der M+E-Arbeitgeberverbände und der Wirtschaft zusammen.
Vorsitzender: Rainer Ludwig, Ford-Werke GmbH



Der Ausschuss für Kommunikation ...
... ist das Beratungs- und Koordinierungsgremium für die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der M+E-Verbände, die durch ihre Vertreter und durch Kommunikationsexperten ihrer Unternehmen im Ausschuss mitarbeiten.
Vorsitzende: Sabine Kohleisen, Mercedes-Benz Group AG



Der Bildungsausschuss ...
... organisiert die Meinungsbildung zu allen wichtigen Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Er beobachtet bildungspolitische Entwicklungen und leitet daraus Folgerungen für die Qualifikationsaktivitäten der M+E-Industrie ab.
Vorsitzender: Thomas Leubner, Siemens AG



Der Verwaltungsausschuss der Gefahrengemeinschaft ...
... bereitet Entscheidungen des Tarifpolitischen Vorstandes zur gegenseitigen finanziellen Unterstützung bei der Abwehr von Streiks vor.
Vorsitzender: N. N.



Der Volkswirtschaftliche Ausschuss ...
... analysiert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft und die M+E-Industrie, beurteilt tarifpolitische Alternativen nach ihren wirtschaftlichen Auswirkungen und entwickelt volkswirtschaftliche Argumente für die Tarifpolitik.
Vorsitzender: Alexander Peters, NEUMAN & ESSER GROUP



Der Montagetarifausschuss ...
... ist das Forum für die Diskussion und Meinungsbildung zu allen tarifpolitisch und rechtlich wichtigen Fragen der Montagearbeit.
Vorsitzender: N. N.

Das Leistungsangebot von Gesamtmetall und seinen Mitgliedsverbänden setzt einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch voraus. In den regelmäßig tagenden Ausschüssen erarbeiten die Fachleute der Verbände gemeinsam mit Unternehmensvertretern und – bei Bedarf – externen Experten verbandliche Positionen.

Stand: 31.05.2022

Mitgliedsverbände von Gesamtmetall

Gesamtmetall ist der bundesweite Dachverband der regionalen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland.



SÜDWESTMETALL

T-Gruppe

Südwestmetall
Verband der Metall- und
Elektroindustrie Baden-
Württemberg e.V.
Türkenstraße 2
70191 Stuttgart
Tel.: 0711 7682-0
www.suedwestmetall.de



Vorsitzender
Dr. Joachim
Schulz



Hauptgeschäftsführer
Peer-Michael
Dick

HESSENMETALL

T- und OT-Gruppe

HESSENMETALL
Verband der Metall- und Elektro-
Unternehmen Hessen e.V.
Emil-von-Behring-Straße 4
60439 Frankfurt
Tel.: 069 95808-0
www.hessenmetall.de



Vorsitzender
Wolf Matthias
Mang



Hauptgeschäftsführer
Dirk
Pollert

vem.
DIE ARBEITGEBER

T- und OT-Gruppe

vem.die arbeitgeber e.V.
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 9
56073 Koblenz
Tel.: 0261 40406-0
www.vem.diearbeitgeber.de



Vorsitzender
Thomas
Merfeld



Hauptgeschäftsführer
Thorsten
Bröcker

USW

OT-Gruppe

USW
Unternehmensverband
Südwest e.V.
Türkenstraße 2
70191 Stuttgart
Tel.: 0711 7682-0
www.usw-online.de



Vorsitzender
Peter
Decker



Hauptgeschäftsführer
Peer-Michael
Dick

**NIEDERSACHSEN
METALL**

T-Gruppe

NiedersachsenMetall
Verband der Metallindustriellen
Niedersachsens e.V.
Schiffgraben 36
30175 Hannover
Tel.: 0511 8505-0
www.niedersachsenmetall.de



Präsident
Wolfgang
Niemsch



Hauptgeschäftsführer
Dr. Volker
Schmidt

VMET

T-Gruppe

VMET
Verband der Metall- und
Elektro-Industrie in Thüringen e.V.
Lossiusstraße 1
99094 Erfurt
Tel.: 0361 6759-0
www.vmet.de



Vorsitzender
Thomas
Kaeser



Hauptgeschäftsführer
Stephan
Fauth

vbm

T-Gruppe

vbm
Verband der Bayerischen Metall-
und Elektroindustrie e.V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Tel.: 089 55178-100
www.vbm.de



Präsident
Wolfram
Hatz



Hauptgeschäftsführer
Bertram
Brossardt

VME
Verband der Metall- und Elektroindustrie
Berlin-Brandenburg

T-Gruppe

VME
Verband der Metall- und
Elektroindustrie in Berlin
und Brandenburg e.V.
Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Tel.: 030 31005-0
www.vme-net.de



Vorsitzender
Stefan
Moschko



Hauptgeschäftsführer
Christian
Amsinck

AGVT

OT-Gruppe

AGVT
Allgemeiner Arbeitgeberverband
Thüringen e.V.
Lossiusstraße 1
99094 Erfurt
Tel.: 0361 6759-0
www.agvt.de



Sprecher der
M+E-Gruppe
Cliff
Börner



Hauptgeschäftsführer
Stephan
Fauth

bayme

OT-Gruppe

bayme
Bayerischer Unternehmensverband
Metall und Elektro e.V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Tel.: 089 55178-100
www.bayme.de



Präsident
Wolfram
Hatz



Hauptgeschäftsführer
Bertram
Brossardt

PFALZMETALL

T- und OT-Gruppe

PfalzMetall
Verband der Pfälzischen Metall-
und Elektroindustrie e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 11-13
67433 Neustadt/Weinstraße
Tel.: 06321 852-225
www.pfalzmetall.de



Präsident
Johannes
Heger



Hauptgeschäftsführer
Karsten
Tacke

VSME

T-Gruppe

VSME
Verband der Sächsischen
Metall- und Elektroindustrie e.V.
Bautzner Straße 17
01099 Dresden
Tel.: 0351 25593-0
www.vsme.de



Präsident
Prof. Dr. Nils
Kroemer



Hauptgeschäftsführer
Dr. Andreas
Winkler

METALL NRW

T- und OT-Gruppe

METALL NRW
Verband der Metall- und
Elektro-Industrie Nordrhein-
Westfalen e.V.
Uerdinger Straße 58-62
40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4573-0
www.metall.nrw



Präsident
Arndt G.
Kirchhoff



Hauptgeschäftsführer
Johannes
Pöttering

ME SAAR
DIE METALL • ELEKTROINDUSTRIE

T-Gruppe

ME Saar
Verband der Metall- und Elektro-
industrie des Saarlandes e.V.
Harthweg 15
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681 95434-0
www.mesaar.de



Präsident
Oswald
Bubel



Hauptgeschäftsführer
Martin
Schlechter

VME

T-Gruppe

VME
Verband der Metall- und Elektro-
industrie Sachsen-Anhalt e.V.
Humboldtstraße 14
39112 Magdeburg
Tel.: 0391 62888-0
www.vme.org



Vorsitzender
Marco
Langhof



Hauptgeschäftsführer
Matthias
Menger

NORDMETALL
Verband der Metall- und
Elektroindustrie e.V.

T- und OT-Gruppe

NORDMETALL
Verband der Metall- und
Elektroindustrie e.V.
Kapstadtring 10
22297 Hamburg
Tel.: 040 6378-4200
www.meinarbeitgeberverband.de



Präsident
Folkmar
Ukena



Hauptgeschäftsführer
Dr. Nico
Fickinger

UWSAAR
DER UNTERNEHMENSVERBAND

OT-Gruppe

UV Saar
Unternehmensverband
Saarland e.V.
Harthweg 15
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681 95434-0
www.uvsaar.de



Präsident
Michael
Lehnert



Geschäftsführer
Martin
Schlechter

ME
ARBEITGEBER

Hauptgeschäftsführung

Hauptgeschäftsführer
Oliver Zander (-100)
Büroleiter
Jannick Joost (-213)

Assistentinnen Präsident / Hauptgeschäftsführer
Franziska Hanke (-101) Josefine Utecht (-102)

Tarif- und Sozialpolitik

Geschäftsführer
Jens Dirk Wohlfel (-300)
Assistentin: Katrin Brauner (-301)

Bildung und Internationale Beziehungen

Geschäftsführerin
Indra Haderl (-250)
Assistentinnen: Sandra Burkhardt (-202) N.N. (-251)

Tarifpolitik

Abteilungsleiterin
Sabine Schäfer (-310)

Referentinnen
Annette Kapaty (-305)
Alexandra Rakei (-312)

Assistentin
Katrin Brauner (-301)

Sozialpolitik

Abteilungsleiterin
Antonia Fischer-Dieskau* (-304)

Referentinnen
Annette Bartos (-303)
Julia Vanessa Stahn*** (-308)

Assistentin
Liane Schäfer (-351)

Arbeitswissenschaft und Arbeitspolitik

Abteilungsleiter
Holger Rademacher (-254)

Referentin
Anja Kretzschmar* (-255)

Assistentin
Katrin Brauner (-301)

Recht

Abteilungsleiter
David Beltz** (-350)

Referentinnen
Regine Klingberg* (-309)
Jessica Longard* (-353)

Assistentin
Liane Schäfer (-351)

Finanzen, Personal, Organisation

Abteilungsleiter
Rolf Pompe (-150)

Personal
Anika Süß* (-302)

Finanzen
Viola Meischerder (-154)
Annett Kempe-Sabbarz* (-158)

IT/Kommunikation
Werner Meyer zu Ermgassen* (-153)
Derk-Janko Blauert* (-156)
Peter Kienzle (-157)

Assistentin/
Veranstaltungen
Katrin Wodara* (-151)

Kommunikation und Presse

Abteilungsleiter
Martin Leutz (-206)

Presseprescher
Alexander Dennebaum (-215)

Stellv. Pressesprecherin/
Referentin für
Öffentlichkeitsarbeit
Iris Grundmann (-218)

Assistentin
Simone Sauer (-201)

Volkswirtschaft und Statistik

Abteilungsleiter
Lars Kroemer (-210)

Referent
Jannick Joost (-213)

Assistentin
Anne-Katrin Bieriangel* (-211)

Nachwuchssicherung

Abteilungsleiter
Wolfgang Gollub (-207)

Assistentin
Sandra Burkhardt (-202)

Berufsbildung

Abteilungsleiter
Sven-Uwe Räß (-204)

Assistentin
Sandra Burkhardt (-202)

Internationale Beziehungen

Abteilungsleiter und
Leiter Büro Brüssel
Stefan Solle (-260)

Referent
Robert Thurm (-253)

Referenten
Büro Brüssel
Julian Caligiuri (-262)
Benedikt Fischer (-217)

Assistenz
N.N. (-251)

Gesamtmittel | Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Voßstraße 16
10117 Berlin
Internet: www.gesamtmittel.de

Zentrale
Telefon: 030 55150-0
Fax: 030 55150-400
E-Mail: zentrale@gesamtmittel.de

Abteilungen
Telefon: 030 55150 (-Durchwahl)
Fax: 030 551505 (-Durchwahl)
E-Mail: nachname@gesamtmittel.de

Qualitätsmanagement-Beauftragte
Datenschutzbeauftragter
Teilzeit

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Annette Bartos (-303)
Referentin Mitgliederbetreuung
Anika Süß* (-302)

KSV-Ausgleichsvereinigung der Metall- und Elektro-Industrie e.V. in Bürogemeinschaft mit Gesamtmittel

